

Reinhold Popp • Ulrike Garstenauer
Ulrich Reinhardt • Doris Rosenlechner-Urbaneck (Hrsg.)

Zukunft. Lebensqualität. Lebenslang.

Reinhold Popp, Ulrike Garstenuer,
Ulrich Reinhardt,
Doris Rosenlechner-Urbaneck (Hg.)

Zukunft. Lebensqualität. Lebenslang

Schriftenreihe Zukunft:Lebensqualität

Institutioneller Herausgeber:

Zentrum für Zukunftsstudien
der Fachhochschule Salzburg GmbH

Band 6

LIT

Reinhold Popp, Ulrike Garstenauer, Ulrich Reinhardt,
Doris Rosenlechner-Urbaneck (Hg.)

Zukunft. Lebensqualität. Lebenslang

Generationen im demographischen Wandel

LIT

Umschlagbild: iStockphoto

Diese Publikation wurde unterstützt von der Fachhochschule Salzburg, der Arbeiterkammer Salzburg, der Wirtschaftskammer Salzburg, der Stiftung für Zukunftsfragen Hamburg und der Salzburg AG.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-643-50500-2

© **LIT VERLAG** GmbH & Co. KG

Wien 2013
Krotenthallergasse 10/8
A-1080 Wien
Tel. +43 (0) 1-409 56 61
Fax +43 (0) 1-409 56 97
E-Mail: wien@lit-verlag.at
<http://www.lit-verlag.at>

LIT VERLAG

Dr. W. Hopf Berlin 2013
Verlagskontakt:
Fresnostr. 2
D-48159 Münster
Tel. +49 (0) 2 51-62 03 20
Fax +49 (0) 2 51-23 19 72
E-Mail: lit@lit-verlag.de
<http://www.lit-verlag.de>

Auslieferung:

Deutschland: LIT Verlag Fresnostr. 2, D-48159 Münster
Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22, Fax +49 (0) 2 51-922 60 99, E-Mail: vertrieb@lit-verlag.de
Österreich: Medienlogistik Pichler-ÖBZ, E-Mail: mlo@medien-logistik.at
Schweiz: B + M Buch- und Medienvertrieb, E-Mail: order@buch-medien.ch
E-Books sind erhältlich unter www.litwebshop.de

Inhalt

Zukunft. Lebensqualität. Lebenslang. Einleitung <i>Reinhold Popp, Ulrike Garstenauer, Ulrich Reinhardt, Doris Rosenlechner-Urbanek</i>	1
Soziale Nachhaltigkeit aus europäischer und globaler Perspektive <i>Franz Fischler</i>	5
I. Zusammenleben der Generationen	
Lebensqualität lebenslang <i>Reinhold Popp und Ulrich Reinhardt</i>	13
Familiale Generationenbeziehungen: solidarisch, aber belastet <i>Cornelia Schweppe</i>	29
„Zukunft Stadt“ – Demographische Planung in Bielefeld <i>Susanne Tatje</i>	41
II. Lebenslust vs. Lebensoptimierung	
Wofür es sich zu leben lohnt. Elemente materialistischer Philosophie <i>Robert Pfaller</i>	63
Human Enhancement und die Zukunft des menschlichen Körpers <i>Christopher Coenen</i>	79
Glücklich, leistungsfähig und kommunikativ in jeder Lebensphase? Die Frage nach neuropharmakologisch optimierter Lebensqualität <i>Petra Schaper-Rinkel</i>	97

III. Generationen – Geschlecht – Arbeit

Anforderungen an eine generationen- und geschlechtergerechte Arbeitswelt <i>Ulrike Garstenauer</i>	119
Gesundheitsfördernde Führung und Generationenmanagement <i>Heinrich Geißler</i>	143
Kurzbiographien der AutorInnen	159

Zukunft. Lebensqualität. Lebenslang. Einleitung

Reinhold Popp, Ulrike Garstenauer, Ulrich Reinhardt,
Doris Rosenlechner-Urbanek

„Generationen im demographischen Wandel“ – so lautete das Thema der Tagung, die in Kooperation mit dem Europäischen Forum Alpbach im Mai 2012 an der Fachhochschule Salzburg stattfand. Unter reger Beteiligung von WissenschaftlerInnen und VertreterInnen von Verwaltung, Politik und Studierenden wurden die demographischen Herausforderungen für die Generationenbeziehungen beleuchtet. Das zentrale Anliegen dieser Veranstaltung war es nicht nur, Problemlagen zu identifizieren, sondern auch die Chancen, die mit einer sich verändernden Bevölkerungspyramide einhergehen. Jenseits von der Frage, wie der „Generationenvertrag“ über die nächsten Jahrzehnte aufrechterhalten werden kann, zeigten abwechslungsreiche Vorträge und Diskussionen, welche Themen in unterschiedlichen Handlungsfeldern bereits jetzt brisant sind und in der nahen Zukunft noch an Wichtigkeit gewinnen werden.

Die Beiträge dieses Buches dokumentieren – mit einigen Vertiefungen und Ergänzungen – die Vorträge der Tagung. Was sie verbindet, ist der Fokus auf der Frage, welche politischen, sozialen und arbeitsweltlichen Rahmenbedingungen es braucht, um Lebensqualität in unterschiedlichen Lebenslagen zu gewährleisten. Einleitend betont der Präsident des Europäischen Forum Alpbach und ehemaliger EU-Kommissar Franz Fischler, wie sehr eine lebenswerte Zukunft von einem komplexen Zusammenspiel von ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit abhängt, und bedenkt dabei europäische und globale Einflussfaktoren.

Der erste thematische Block widmet sich dem „Zusammenleben der Generationen“. Reinhold Popp und Ulrich Reinhardt bieten in ihrem Arti-

kel „Lebensqualität lebenslang“ einen ersten Eindruck, wie Deutsche und ÖsterreicherInnen zu unterschiedlichen Lebensphasen und zur Altersvorsorge stehen. Befragungsergebnisse deuten darauf hin, dass – auch wenn dem Generationenvertrag im Hinblick auf seine Nachhaltigkeit Skepsis entgegengebracht wird – ein Generationenkrieg nicht zu drohen scheint.

Diesem Stimmungsbild folgt ein Beitrag von Cornelia Schweppe, in dem die Herausforderungen für familiäre Familienbeziehungen genauer unter die Lupe genommen werden. Die Sozialpädagogin hebt hervor, dass diese nicht durch mangelnde Solidarität zwischen den Mitgliedern, sondern durch fehlende gesellschaftliche Rahmenbedingungen belastet sind. In einer transnationalen Perspektive wird ersichtlich, welche weitreichenden Auswirkungen die Privatisierung von und die fehlende öffentliche Verantwortung für Pflege und Kinderbetreuung für Familien im weltweiten Kontext haben.

Das Zusammenleben von Generationen auf kommunaler Ebene wird in dem Beitrag von Susanne Tatje thematisiert. Darin stellt sie die Demographiepoltik der Stadt Bielefeld vor. Anhand von konkreten Projekten wird deutlich gemacht, wie sich eine Gemeinde familien-, migrations- und bildungspolitisch auf den demographischen Wandel vorbereiten und darauf reagieren kann.

„Lebenslust vs. Lebensoptimierung“ nennt sich der zweite Themenblock, in dem gesellschaftliche Glücks- und Genussfähigkeit den Prinzipien der Leistungssteigerung und „Verbesserung“ des Menschen gegenübergestellt werden. Der Philosoph Robert Pfaller setzt sich in seinem Beitrag mit der Frage auseinander, wofür es sich zu leben lohnt. Dabei wirft er ein kritisches Licht auf die westliche Verbotsgesellschaft und plädiert für gesellschaftliche Gebote des Genießens. Die Kehrseite einer einseitigen Ausrichtung auf den höheren Lebenszweck, den es zu erfüllen gilt, sind Erschöpfungsdepressionen – siehe die Volkskrankheit „Burn-out“ –, während Kulturtechniken, die das Leben erst lebenswert machen, vernachlässigt werden.

Kritische Betrachtungen finden sich ebenfalls in den Kapiteln von Christopher Coenen und Petra Schaper-Rinkel, in denen die AutorInnen den Logiken von Human Enhancement generell und Neuro-Enhancement im Speziellen auf den Grund gehen. Christopher Coenen setzt sich mit dem Konzept des „Human Enhancement“ auseinander, das zu therapeutischen

und nicht-therapeutischen Zwecken verfolgt werden kann. In seinem Artikel zeigt er auf, welche philosophisch-ethischen Problemstellungen mit einer radikalen Befürwortung von Phantasien zur „Verbesserung und Überwindung des Menschen“ einhergehen.

Die Politikwissenschaftlerin Petra Schaper-Rinkel argumentiert, dass Psychopharmaka oder leistungssteigernde Medikamente zwar individuelle Lebensqualität versprechen, jedoch bei genauerer Betrachtung gesellschaftliche, strukturelle Probleme auf die individuelle Ebene verlagern. In neoliberalen, „aktivierenden“ Gesellschaften wird Lebensqualität zunehmend zu einer Frage des Gehirn-Stoffwechsels und ist nicht länger eine politische Frage nach der Erweiterung von kollektiven und individuellen Handlungsspielräumen.

Der letzte Themenblock „Generationen – Geschlecht – Arbeit“ widmet sich einem geschlechter- und altersgerechten Arbeitsleben, dessen Gestaltung nicht nur unter die unternehmerische Führungsverantwortung fällt, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt. Ulrike Garsenauer weist auf die kulturellen und strukturellen Faktoren hin, die den Zugang von Frauen zum und die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt erschweren bzw. verhindern. Die Nachteile, die durch geschlechtsspezifische Rollenbilder, die Aufteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit und die vertikale und horizontale Segregation des Arbeitsmarktes entstehen, verstärken sich im Lebensverlauf und lassen die politischen Herausforderungen für ein gleichberechtigtes (Erwerbs-)Leben deutlich werden.

Im letzten Beitrag zeigt Heinrich Geißler Möglichkeiten zur gesundheitsfördernden Führung in Unternehmen und zum Generationenmanagement auf. Anhand verschiedener Strategien wie des „Anerkennenden Erfahrungsaustauschs“ oder des „Arbeitsbewältigungs-Coachings“ wird deutlich gemacht, wie eine gesamtheitliche Förderung der Arbeitsfähigkeit im Lebensverlauf aussehen kann.

Wir danken

- dem langjährigen Generalsekretär des Europäischen Forums Alpbach, Dr. Richard Kruspel, für die exzellente Zusammenarbeit im Rahmen der Tagungsreihe „Zukunft: Lebensqualität“ (2008-2012),
- für die Förderung der vorliegenden Publikation: der Arbeiterkammer

- Salzburg, der Wirtschaftskammer Salzburg, der Stiftung für Zukunftsfragen – Hamburg, der FH Salzburg und der Salzburg AG,
- für wichtige inhaltliche Anregungen: Simon Krutter,
 - für das Lektorat: Uta Scholl – korrifee.at,
 - sowie für die organisatorische und graphische Unterstützung:
Elisabeth Zechenter und Annemarie Hochkönig.

Salzburg, April 2013
Die HerausgeberInnen

Soziale Nachhaltigkeit aus europäischer und globaler Perspektive

Franz Fischler

Nachhaltigkeit ist mittlerweile einer der am häufigsten gebrauchten, aber auch häufig missbrauchten Begriffe der Gegenwart. Daher bleibt nichts anderes übrig, als zunächst einmal klarzustellen, worum es dabei gehen soll. Am Wichtigsten ist es, den Begriff der Nachhaltigkeit zukunftsbezogen zu sehen. In diesem Sinne geht es darum, eine lebenswerte Zukunft möglich zu machen – es geht um eine „Enabling“-Strategie. Diese Strategie muss aber auch eine „gesamthafte“ sein in dem Sinne, wie das bereits von der Brundtland-Kommission¹ postuliert wurde. Es geht um ein Gleichgewicht zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Verantwortung, wobei logischerweise Nachhaltigkeit in einem umso größeren Ausmaß gegeben ist, je stabiler dieses Gleichgewicht gehalten werden kann.

Nachdem diese Systeme jedoch sehr komplex sind, müssen wir lernen, besser mit solchen vielschichtigen Systemen umzugehen. Zu lange haben wir uns mit zu sehr vereinfachenden Modellbetrachtungen begnügt, zu sehr haben wir immer wieder das Ganze des Systems in seine Teile zerlegt und diese analysiert, zu wenig sind wir auf die Beziehungen, die die Teile zueinander haben, eingegangen. Nachdem wir in der Zwischenzeit neue wissenschaftliche Werkzeuge zur Verfügung haben, die es erlauben, den Komplexitätsgrad wissenschaftlicher Untersuchungen wesentlich zu

¹ Der Bericht der United Nations World Commission on Environment and Development kann unter dem Titel „Our Common Future/Brundtland Report (1987)“ nachgelesen werden unter: http://en.wikisource.org/wiki/Brundtland_Report, abgerufen am 3.12.2012.

erhöhen, sollte es gelingen, neue und bessere Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu geben.

Das Dilemma eines Kurzvortrags ist es jedoch, dass man auf Tatsachen nur hinweisen, der Komplexität eines Themas jedoch nicht umfassend nachkommen kann. Daher soll sich dieser Beitrag auf die von Seiten der EU ergriffenen Strategien und Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Dimension im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie beschränken. Dies ist vor allem auch deshalb nützlich, weil immer häufiger von verschiedenen Seiten die Kritik laut wird, dass gegenüber den Anliegen der Ökonomie und Ökologie die soziale Verantwortung ins Hintertreffen geraten würde. Diese Kritik ist auch insofern berechtigt, als die Krise, die mit einer Bankenkrise (Lehman Brothers) begonnen hatte, in der Folge eine Wirtschaftskrise und diese wiederum eine soziale Krise ausgelöst hat. Die Arbeitslosenzahlen und ihre Entwicklung sprechen da eine deutliche Sprache. Glücklicherweise haben wir die Beschäftigungsproblematik in Österreich bisher am wenigsten zu spüren bekommen, doch ist Österreich in diesem Zusammenhang in Europa einer der ganz wenigen positiven Ausnahmefälle. Arbeitslosenraten jenseits der zehn Prozent und bei Jugendlichen sogar deutlich über 20 Prozent sind geradezu ein Menetekel für die Zukunft. Es ist daher mehr als dringlich zu versuchen, gegen diese Entwicklung anzukämpfen. Dies kann aber nur gelingen, wenn es eine koordinierte Vorgangsweise zwischen der nationalen und der europäischen Ebene gibt, denn der größte Teil der Sozialpolitik (Daseinsvorsorge, soziale Sicherheit, Sozialeinrichtungen) befindet sich sinnvollerweise in der nationalen Zuständigkeit. Was man auf der EU-Ebene tun kann, ist: klare Ziele formulieren, koordinieren, kontrollieren und Incentives vereinbaren.

Was die Zielsetzungen anbetrifft, so sind diese in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und in den europäischen Verträgen ausreichend verankert. Es gibt keinen zweiten Grundrechtskatalog auf der Welt, in dem soziale Rechte und Freiheiten, Rechte für Schwache und Menschen mit Beeinträchtigungen sowie der Gleichheitsanspruch der Geschlechter, Ethnien, Weltanschauungen und Generationen auch nur annähernd so ausführlich behandelt sind. Ebenso ist im Artikel 3 des EU-Vertrages verankert, dass es ein zentrales Ziel der EU ist, „[...] eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt [...]“, anzustreben.

An Programmatik fehlt es also nicht, die Frage ist vielmehr, was die EU unternimmt, um ihre Ziele in konkrete Politik zu gießen.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat als Antwort auf das Krisenjahr 2009 die Strategie Europa 2020 vorgeschlagen, um zu verhindern, dass uns ein verlorenes Jahrzehnt ins Haus steht. Seine in der Zwischenzeit von den Mitgliedstaaten akzeptierten Vorschläge sehen drei Qualifizierungen für das anzustrebende Wachstum vor: „smart, inclusive and green“ soll dieses anzustrebende Wirtschaftswachstum sein. „Smart“, indem die R&D (Research and Development)-Rate von zwei auf drei Prozent des BIP angehoben, die Zahl der Schulabbrecher von 14 auf zehn Prozent gedrückt und die Akademikerquote von 30 auf 40 Prozent angehoben wird. „Inclusive“ soll das Wachstum werden, indem die Beschäftigungsquote von zwei Dritteln auf 75 Prozent gesteigert, die Quote der älteren Beschäftigten zwischen 55 und 64 Jahren massiv angehoben und die Jugendarbeitslosigkeit stark vermindert wird. Weiters soll die Zahl der armutsgefährdeten Personen von 80 Millionen auf 60 Millionen reduziert werden.

Die Ziele für das grüne Wachstum stehen schon seit einiger Zeit fest. Es sollen die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent gesenkt, die Energieeffizienz um 20 Prozent gesteigert und der Anteil von erneuerbaren Energieträgern auf 20 Prozent angehoben werden. Der Vorteil dieses Konzepts besteht darin, dass messbare Ziele vorliegen, so dass jederzeit überprüft werden kann, wie weit man mit der Umsetzung gekommen ist. Um voranzukommen, wurde entschieden, sogenannte „Flaggschiff“-Projekte zu entwickeln. Leider ist davon zurzeit nicht allzu viel zu hören, weil die gesamte politische Debatte von den Fiskalthemen Griechenland, Fiskalunion und Schuldenabbau überlagert wird. Man sollte jedoch nicht unterschätzen, dass eine ausschließliche Schuldenabbaupolitik jegliches Wachstum abwürgen und mehr Schaden als Nutzen verursachen kann. Auch hier muss es darum gehen, ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen diesen konfligierenden Zielen zu finden. Wir brauchen neben der Fiskalunion auch die Sozialunion, sonst droht der ganze Laden auseinanderzufallen.

Nochmals sei jedoch darauf hingewiesen, dass das, was die EU zur Sozialunion beitragen kann, nur der kleinere Teil dessen ist, was zu ihrer Realisierung notwendig ist. Der größere Teil muss von den Mitgliedstaaten auf den Weg gebracht werden. Auch in einem Land wie Österreich, das

in Sachen Wachstum und Soziales zu den „Frontrunnern“ unter den EU-Staaten zählt, sind tiefgreifende Reformen längst überfällig. Bildungsreform, Steuerstrukturreform, Pensionsreform, Verwaltungsreform, Spitalsreform, Föderalismusreform, Wahlrechtsreform, Bundesheerreform – das sind vorläufig immer noch bloße Schlagworte, die darauf warten, mit Inhalt gefüllt zu werden.

Es soll hier nur das Thema der Steuerstrukturreform kurz herausgegriffen werden, um zu zeigen, dass Veränderungen dringend notwendig sind, um unser Steuersystem sozial zukunftsfähig zu machen. Wenn man allein die durchschnittliche Steuerstruktur der EU-Staaten als Basis nimmt, sieht man, dass wir ausgabenseitig weit über dem Schnitt liegen, wobei der Löwenanteil der Steuern von den Lohnabhängigen aufgebracht wird, während die Steuerbelastungen des Kapitals und der Ressourcen im EU-Vergleich deutlich unterdurchschnittlich ausfallen.

Daraus ergibt sich auch ganz klar, wo der Hebel anzusetzen ist: Auf der Ausgabenseite müssen wir unsere Bürokratielastigkeit drastisch reduzieren, unseren Hang, der Förderweltmeister für alles und jedes sein zu wollen, einbremsen und mehr in unsere produktive Zukunft investieren. Dieser Umbau muss aber so erfolgen, dass unter dem Strich die Gesamtausgabenlast zumindest nicht mehr weiter steigt. Auf der Einnahmenseite sollen wir unseren angestrebten Ruf als „Umweltvorzeigeland“ nicht mehr länger aufs Spiel setzen und die Ressourcensteuern auf ein international vergleichbares Niveau heben, und auch die stärkere Besteuerung der nicht investierten Kapitalerträge darf nicht mehr länger ein Tabu sein.

Doch zurück zur Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit Europas. Machen wir unsere Gesellschaft tatsächlich zukunftsfähig, indem wir das BIP-Wachstum pushen? Geht es wirklich nur um „Immer Mehr“? – und wie lässt sich dieses Immer-Mehr mit der Begrenztheit unserer Ressourcen und mit den Grenzen der Belastbarkeit unseres Globus in Einklang bringen? Haben wir nicht die ganze Zeit das Falsche gemessen und uns auf diese Weise selbst in die Irre geführt? Die Kritik an den BIP-Wachstums-Gläubigen besteht ja schon seit längerem, und daher gibt es auch bereits einige Initiativen, um qualitatives Wachstum oder gar die Lebensqualität mit entsprechenden Indikatoren auszudrücken. Die Europäische Kommission hat schon vor zwei Jahren das Dokument „Beyond GDP“ zur Diskussion gestellt und angeregt, zu den bestehenden Wachstumsindikatoren zusätzli-

che qualitative Indikatoren hinzuzufügen. Der frühere französische Staatspräsident Sarkozy hat den Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz beauftragt, eine Kommission mit derselben Zielsetzung zu leiten. Diese Kommission schlägt in ihrem Bericht u. a. vor, auch die Einkommen und den Konsum zu messen. Auch andere internationale Organisationen (OECD, Weltbank) haben Modelle publiziert, die eine Verbesserung der Berechnung des Fortschritts zum Inhalt haben.

Leider wird keines von all diesen Modellen bisher angewendet, und die Politik konnte bisher nicht davon überzeugt werden, dass eine solche Umstellung notwendig ist und allein schon die Tatsache, dass wir fortfahren, das Falsche zu messen, unsere Zukunftsfähigkeit reduziert.

Dabei gibt es neuerdings schon ernst zu nehmende Stimmen, die an der Möglichkeit der Fortsetzung unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems im postkapitalistischen Zeitalter ihre Zweifel anmelden. So hat Claus Schwab – der Erfinder des World Economic Forums in Davos – vor einigen Monaten die bange Frage gestellt: „Was kommt nach dem Kapitalismus?“

Man sieht, für Diskussionen ist ausreichend gesorgt. Kein Wunder daher, dass hinter den wirtschaftlichen Fragestellungen immer mehr politische Dilemmata sichtbar werden. Auf der europäischen Ebene erleben wir seit einiger Zeit ein gegenseitiges Sich-Aufschaukeln, ja sogar eine Verstärkung der Auseinandersetzungen zwischen denen, die für mehr Europa eintreten, und den Populisten, die zurück in die Kleinstaaterei wollen. Wir erleben aber auch, dass sich die BürgerInnen mangels klarer Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit und aufgrund von fehlendem Leadership von der Politik mehr und mehr abwenden. Dies gilt auch für Europa, das zwar stark in seiner Programmatik ist, aber schwach in der Kommunikation und Umsetzung.

Was wir daher brauchen, ist eine Art „Europäischer Frühling“. Damit ist das stärkere Engagement der jüngeren Generation gemeint, um deren Zukunft es ja schließlich in erster Linie geht. Das ist kein Aufruf, den „Grand-Place“ in Brüssel in einen „Tahrir-Platz“ zu verwandeln, sondern eine Einladung, dass alle Türen offenstehen und Europa gewissermaßen darauf wartet, dass genügend Bereitschaft und Initiative vorhanden ist, die Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

I.

Zusammenleben der Generationen

Lebensqualität lebenslang¹

Reinhold Popp und Ulrich Reinhardt

„Die verschiedenen Altersstufen der Menschen halten einander für verschiedene Rassen. Alte haben gewöhnlich vergessen, dass sie jung gewesen sind, oder sie vergessen, dass sie alt sind, und Junge begreifen nie, dass sie alt werden können.“
(Kurt Tucholsky)

Einleitung

Das Zentrum für Zukunftsstudien – Salzburg (Reinhold Popp) und die Stiftung für Zukunftsfragen – Hamburg (Ulrich Reinhardt) führen in regelmäßigen Abständen sowohl in Österreich als auch in Deutschland repräsentative Erhebungen zu ausgewählten Zukunftsfragen durch.² Die Ergebnisse dieser Befragungen ermöglichen einen guten Vergleich zwischen den in beiden Ländern dominierenden Zukunftsbildern.³ Für den vorliegenden

¹ Dieser Beitrag erschien in leicht modifizierter Form in der Zeitschrift „Wirtschaftspolitische Blätter“, 2/2012, S. 317-329.

² Die angeführten repräsentativen Befragungsmethoden des Zentrums für Zukunftsstudien und der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen sind wissenschaftlich abgesichert und fundiert. Allen aufgeführten Untersuchungen liegt methodisch eine Quotenstichprobe zugrunde. Die Ermittlung der Quoten erfolgte auf Basis amtlicher Statistiken und Berechnungen. Für die Bestimmung der Auskunftspersonen erhielten die Außenmitarbeiter des durchführenden Marktforschungsinstituts die Merkmale Geschlecht und Alter der Befragten sowie Beruf des Haushaltsvorstandes und Haushaltsgröße direkt, die Merkmale Ortsgröße und Bundesland indirekt – jeder Außenmitarbeiter hatte an seinem Wohnort zu befragen – vorgegeben. Die Feldarbeiten wurden von dem Kooperationsinstitut GfK Marktforschung geleitet und kontrolliert. Anzahl und Repräsentanz: Österreich, 1.000 Personen, ab 15 Jahren; Deutschland, 4.000 Personen ab 14 Jahren; Feldzeit in den Jahren 2010–2012.

³ Zur Theorie und Methodik der Zukunftsforschung siehe: Popp/Schüll (2009); Popp (2012); Popp/Zweck (2013).

Beitrag wurden einige zukunftsorientierte Fragen zum Generationenverhältnis ausgewählt.

Lebensqualität ist ein Mix aus vielen Faktoren

„Lebensqualität“ hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Modewort entwickelt. So gibt es bei Google unter dem deutschen Begriff mehr als drei Millionen Einträge, unter dem englischen Begriff „Quality of Life“ sogar mehr als 200 Millionen. Unter dem Stichwort „Lebensqualität“ werden Urlaubsreisen gebucht, Lebensmittel angepriesen, Privatpensionsverträge beworben, Hobbys gepflegt, Haubenrestaurants besucht, Häuser geplant oder Zufriedenheit und Wohlbefinden empirisch gemessen.

Im Bereich der Quality-of-Life-Forschung umfasst der Begriff Lebensqualität sowohl die Qualität der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen des Lebens als auch die subjektive Bewertung dieser Voraussetzungen (Popp et al. 2010, S. 16ff.; Ulich/Wiese 2011, S. 5f.).

Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es einen signifikanten Zusammenhang zwischen Lebensstandard und Lebensqualität (Popp et al. 2010, S. 71ff.): Für die meisten Menschen ist Geld offensichtlich die ökonomische Basis eines guten Lebens. Menschen, die mehr Geld zur Verfügung haben, sind signifikant zufriedener als solche, die jeden Cent dreimal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben. Wer um seine Existenz bangen muss, kann sich Lebensqualität ganz einfach nicht leisten. Wissenschaftlich betrachtet deutet nichts darauf hin, dass sich Menschen zwischen Geld und Glück entscheiden müssten. Allerdings führt mehr Geld nicht immer zu mehr Glück. Wenn das Einkommen so hoch ist, dass die meisten materiellen Bedürfnisse befriedigt sind, lässt sich das subjektive Glücksempfinden durch zusätzlichen Geldsegen nur mehr sehr eingeschränkt steigern. Diese begüterte Zielgruppe konzentriert sich deshalb bei der Suche nach zusätzlicher Lebensqualität vor allem auf immaterielle Werte. Was für die Lebensqualität wohlhabender Menschen gilt, stimmt jedoch keineswegs für die untere und nur sehr begrenzt für die mittlere Einkommensgruppe (ausführlich dazu: Popp et al. 2010, S. 72).

Im Alltagssprachlichen Gebrauch wird der Begriff Lebensqualität jedoch meist auf die emotionalen Aspekte des individuellen Wohlbefindens

reduziert und weitgehend synonym mit den Begriffen Glück oder Wohlbefinden verwendet. Bei dieser subjektiven und gefühlsorientierten Betrachtung verblasst der objektiv starke Einfluss von Lebensstandard und Geld auf alle Lebensbereiche. Dies spiegelt sich auch in den Erhebungsergebnissen wider, wobei die Meinungen der Österreicher und der Deutschen stark übereinstimmen.

Lebensqualität ist die Summe aus vielen Einzelteilen

Von je 100 Befragten stimmen der Aussage zu: „Lebensqualität ist die Summe vieler Faktoren. Von den folgenden Begriffen sind für mich wichtig, damit ich glücklich und zufrieden bin ...“

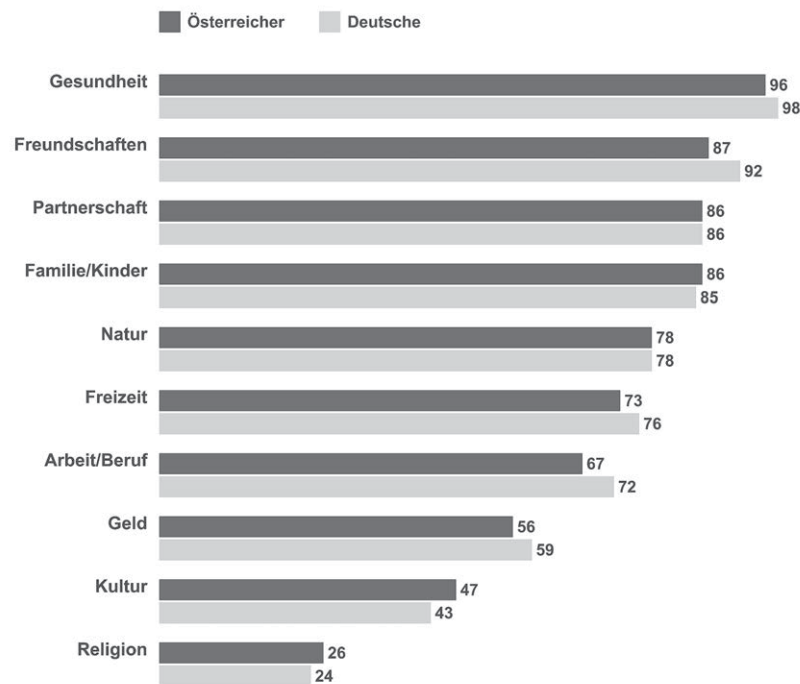


Abb. 1: Lebensqualität ist die Summe aus vielen Einzelteilen

Unser Zeitwohlstand wächst weiter

„Mit 66 Jahren, da fängt das Leben an.“ 1977, als Udo Jürgens mit dieser Hymne des aktiven Alterns die Hitparaden stürmte, war 66 ein hohes Alter, das viele Menschen gar nicht erreichten. Wer jedoch dieses Alter erreichte, lebte als Mann – statistisch betrachtet – noch etwa neun Jahre und als Frau noch 14 Jahre. Heutzutage fängt das Leben mit 66 auch nicht an. Aber in unseren privilegierten Breiten hat ein Mann, der es bis zum 66. Geburtstag geschafft hat, immerhin 15 Lebensjahre vor sich, und eine 66-jährige Frau sogar weitere 20 Jahre (laut Statistik Austria).

Das durchschnittliche Lebenszeitbudget, also das statistisch erwartbare Zeitbudget von der Geburt bis zum Tod, stieg in den vergangenen hundert Jahren um knapp 200.000 Stunden pro Person an. Wir haben also unseren Zeitwohlstand in einem beachtlichen Ausmaß vermehrt! Zukünftig wächst die Lebenserwartung kontinuierlich, so dass viele heuer geborene Kinder noch einige Geburtstage zu Beginn des 22. Jahrhunderts feiern werden.

Nur etwa ein Zehntel des Lebens widmen wir dem Beruf – drei Viertel unserer Lebenszeit verbringen wir in unseren Wohnräumen

Die heutzutage im Beruf verbrachte Zeit beträgt selbst im Falle einer – nur von wenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erreichten – durchgehenden Vollzeit-Arbeit im gesamten Lebensverlauf (bei etwa 1.800 Arbeitsstunden pro Jahr) nur rund 73.000 Stunden. Das sind etwa elf Prozent der gesamten Lebenszeit. Zukünftig wird die Lebensarbeitszeit durch die Erhöhung des Rentenalters leicht ansteigen. Allerdings erhöht sich auch die Lebenserwartung, so dass der Anteil der Berufszeit an der Lebenszeit die Elf-Prozent-Marke nicht überschreiten wird.

In diesem Zehntel der Lebenszeit müssen wir jedoch die finanzielle Wertschöpfung für die restlichen neun Zehntel des Lebens erarbeiten. Dies ist wohl auch der Hauptgrund dafür, dass wir diesem objektiv kleinen beruflichen Teil des Lebens subjektiv eine so große Bedeutung zuschreiben. Die Qualität der beruflichen Arbeit leistet nebenbei bemerkt einen wesentlichen Beitrag zur Qualität des gesamten Lebens.

Aber knapp 90 Prozent der Lebenszeit werden außerhalb des Berufs gestaltet. Dieser große Teil unseres Zeitbudgets besteht selbstverständlich nicht nur aus Freizeit. Immerhin schlafen wir ja auch fast ein Drittel unseres Lebens und haben wir außerhalb des Berufes noch viele weitere wichtige Dinge zu erledigen, zum Beispiel Partnerschaften pflegen, Kinder erziehen, einkaufen, kochen, waschen, Staub saugen, putzen.

Übrigens: Wer länger lebt, wohnt auch länger. Etwa drei Viertel unserer Lebenszeit, also ca. 530.000 Stunden, gestalten wir in unseren vier Wänden; ca. 40 Prozent davon im Bett. Die Wohnung bildet also gemeinsam mit dem direkten Wohnumfeld das wichtigste Zentrum für Wohlbefinden und Lebensqualität. Dies gilt in besonderer Weise für ältere Menschen, die überdurchschnittlich viel Zeit im Wohnbereich verbringen. Deshalb kommt der auf die Bedürfnisse der nachberuflichen Lebensphase hin gestalteten Angebotsstruktur in der Wohnung und im Wohnumfeld ein besonders hoher Stellenwert zu.

Für das Wohlbefinden in unseren Wohnwelten spielen Medien aller Art eine immer größere Rolle: Schon heute wird allein dem häuslichen Fernsehkonsum im gesamten Lebensverlauf mehr Zeit gewidmet als der beruflichen Arbeit.

Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit wird ein immer wichtigeres Querschnittsthema

Die Qualität des Lebens entwickelt sich im Spannungsfeld zwischen Beruf bzw. (akademischer) Ausbildung, Familie, Freizeit und Konsum. Für die Vereinbarkeit dieser Lebensbereiche hat sich in unserer Umgangssprache der Begriff „Work-Life-Balance“ eingebürgert. Dieser Begriff suggeriert, dass es um eine Balance zwischen Beruf und Leben geht. In Wahrheit ist der Beruf selbstverständlich ein Teil des Lebens und es geht um eine möglichst hohe Lebensqualität in allen Bereichen unserer menschlichen Existenz. Ulich/Wiese (2011) schlagen in diesem Zusammenhang den Begriff „Life Domain Balance“ vor.

Die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit dieser Lebensbereiche sind derzeit keineswegs optimal. Werden sich die Bedingungen für diese Vereinbarkeit zukünftig verbessern? Laut einer internationalen Vergleichsstudie der Hamburger Stiftung für Zukunftsfragen glauben dies in der

Schweiz beachtliche 64 Prozent der Menschen, in Deutschland lediglich 41 Prozent und in Österreich gar nur 31 Prozent (Reinhardt/Roos 2009, S. 323) Es ist zu hoffen, dass die so zukunftsoptimistischen Schweizer in dieser Frage Recht behalten werden, obwohl der lange Arm der immer intensiveren und zunehmend psychisch belastenden Arbeitswelt zukünftig immer weiter in den Rest des Lebens hineinreichen wird.

Die größten Hindernisse für die vorher angesprochene höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen sind übrigens außerhalb der Arbeitswelt zu finden, nämlich einerseits im Bereich der familiären Rollenbilder und andererseits auch in der unterentwickelten Infrastruktur für die professionelle Betreuung von Kleinkindern.

Schönste und beste Lebensphase

Als aufschlussreich erweisen sich an dieser Stelle auch die Antworten auf die Frage, welche Lebensphase die Menschen in Österreich und Deutschland als die schönste und beste in ihrem Leben erachten.

Sowohl in Österreich als auch in Deutschland wird die Mitte des Lebens als die schönste und beste Lebensphase angesehen. In dieser Phase finden die meisten wichtigen Entscheidungen und Ereignisse statt, zum Beispiel Heirat, Familiengründung, fester Arbeitsplatz, Unabhängigkeit von den Eltern, finanzielle Eigenverantwortung usw. Dicht auf den Fersen ist dieser Zeitspanne in beiden Ländern die junge Erwachsenenzeit als die schönste Phase des Lebens. Relativ weit abgeschlagen folgen dann die Kindheit und die Jugend, die in den 1980er und 90er Jahren noch deutlich positiver bewertet wurden. Im Vergleich zwischen Deutschen und Österreichern ist auffällig, dass die Österreicher noch stärker die Mitte des Lebens als Lebensideal betonen, wohingegen die Deutschen tendenziell die Kindheit und Jugend etwas mehr glorifizieren. Einigkeit herrscht in beiden Ländern jedoch bei einer Aussage: Jede Lebensphase ist gleich schön. Deutlich mehr als ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger diesseits und jenseits der Alpen ist hiervon überzeugt.

Nur von wenigen Österreichern und Deutschen wird die Lebensphase über 50 als die schönste und beste wahrgenommen. Dies heißt aber nicht, dass diese Lebensphase überwiegend negativ betrachtet wird, wie eine 2008

vom Zentrum für Zukunftsstudien Salzburg in Österreich durchgeführte Erhebung zeigt.

Schönste und beste Lebenszeit? Die „Mitte des Lebens“ ist das neue Lebensideal

Von je 100 Befragten nennen als „schönste und beste Lebensphase“, in der man „Zeit zum Leben und Freude am Leben“ hat:

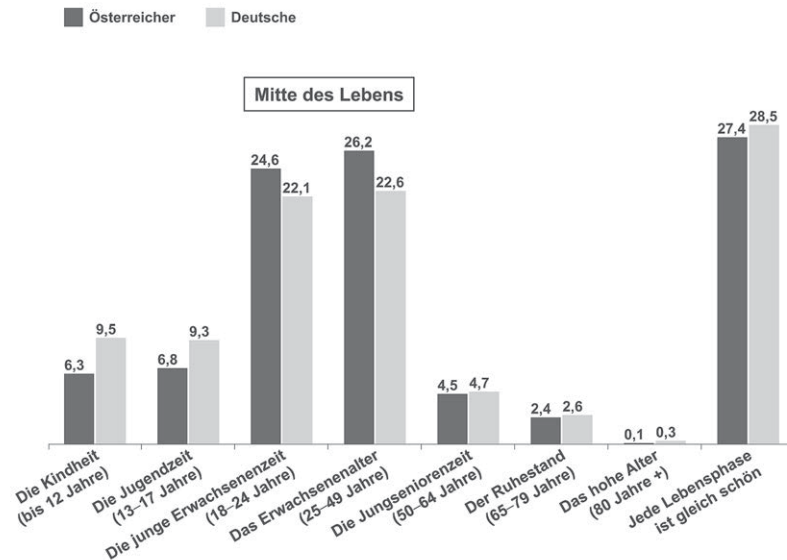


Abb. 2: Schönste und beste Lebenszeit

Bei dieser Erhebung wurden die noch berufstätigen Österreicherinnen und Österreicher repräsentativ befragt, welche Zukunftserwartungen sie im Hinblick auf ihre nachberufliche Lebensphase haben. Insgesamt überwiegen die positiven Zukunftsbilder: 52 Prozent glauben, dass Stress und Belastungen in der Pension abnehmen, 22 Prozent stellen sich auf ein etwa gleich bleibendes Belastungsniveau ein. 51 Prozent sind davon überzeugt, dass sich nach dem Ausscheiden aus dem Beruf an ihrer sozialen Anerkennung nicht viel verändern wird, und 22 Prozent erhoffen sogar eine Verbesserung. Eine sehr ähnliche Einschätzung besteht im Hinblick auf die sozialen Kontakte. 41 Prozent rechnen mit einem Qualitätszuwachs im Aktivitätsbereich „sinnvolle und erfüllte Freizeit“, 37 Prozent gehen von einem etwa gleich bleibenden Freizeitleben aus. 45 Prozent der Österrei-

cher freuen sich auf mehr persönliche Freiheit (siehe dazu auch Popp et al. 2010, S. 54).

Mehrperspektivische Altersvorsorge

Der Begriff „Altersvorsorge“ wird fast immer nur im Zusammenhang mit langfristiger Geldanlage verwendet. Die materielle Vorsorge ist zwar extrem wichtig. Aber es geht um mehr, nämlich um die Verbindung der vier Bereiche, die gemeinsam das Haus der Zukunftsvorsorge bilden:

- materielle Vorsorge,
- gesundheitliche Vorsorge,
- soziale Vorsorge,
- mentale Vorsorge.

Materielle Vorsorge

Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung der Stiftung für Zukunftsfragen – Hamburg und des Zentrums für Zukunftsstudien – Salzburg wurden die Österreicher und Deutschen gebeten, die folgende Aussage zu bewerten: „Der Generationenvertrag ist längst tot. In Zukunft muss jede Generation für sich selber sorgen.“

Die Befragungsergebnisse sind ernüchternd. Denn beachtliche 39 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher und 46 Prozent der Deutschen halten den Generationenvertrag für nicht zukunftsfähig. Vor allem jüngere Menschen äußern sich mehrheitlich skeptisch und hoffen nur bedingt auf eine eigene Rente bzw. Pension.

Bei genauerer Betrachtung sind derartige Horrorvisionen freilich nicht besonders plausibel. Denn der Zusammenbruch des umlagefinanzierten Pensionssystems hätte extrem negative wirtschaftliche und politische Folgen wie massenhafte Altersarmut, gigantische Kaufkraftverluste und einen radikalen Verlust des Vertrauens in unser politisches und wirtschaftliches System. Deutlich wahrscheinlicher ist es, dass das in Österreich und Deutschland geltende Umlagesystem langfristig das wichtigste Fundament für die Existenzsicherung in der nachberuflichen Lebensphase bildet, wenn auch – nach einer Reihe von Reformen – in einem schrittweise reduzierten Ausmaß. Diese Pensions- bzw. Rentenreformen wurden und werden allerdings in Deutschland deutlich weniger sozialverträglich realisiert als



Abb. 3: Haus der Zukunftsvorsorge

in Österreich. Bei der großen Masse der zukünftigen Pensionistinnen und Pensionisten können private Vorsorgeprodukte wie eigene Ersparnisse, private Renten- und Lebensversicherungen, Betriebspensionen und Ähnliches das umlagefinanzierte System nur ergänzen. Diese Ergänzungs-Varianten werden freilich zukünftig immer wichtiger.

Gesundheitliche Vorsorge

Die Österreicher und Deutschen leben nicht nur immer länger, sondern bleiben im Alter auch immer länger gesund. Auch bei der Frage, was aus Sicht der Bevölkerung der wichtigste Faktor für Glück und Zufriedenheit

ist, landet die persönliche Gesundheit – sowohl in Deutschland als auch in Österreich – unangefochten an erster Stelle, wie wir zu Beginn des Beitrags zeigen konnten. Gesundheit gilt somit für die große Mehrheit der Menschen als wichtigstes Kriterium für die Qualität des Lebens.

Laut einer repräsentativen Erhebung des Zentrums für Zukunftsstudien befürchtet übrigens nur ein knappes Drittel (32 %) der Österreicherinnen und Österreicher für die nachberufliche Phase eine Verschlechterung des Gesundheitszustands, 39 Prozent erwarten sich keine nennenswerte Veränderung, und zehn Prozent meinen sogar, dass es ihnen in der Pension gesundheitlich besser geht (Popp et al. 2010, S.54). Die Österreicherinnen und Österreicher sehen also durchaus realistisch, dass das Alter zwar naturgemäß mit einem erhöhten Gesundheitsrisiko verbunden ist, jedoch Krankheit und Pflegebedarf – jedenfalls statistisch betrachtet – nicht die zentralen Probleme des gesamten nachberuflichen Lebens sind.

Allerdings ist „Gesundheit“ ein sehr vager Begriff, und es existieren diverse Definitionen. In diesem Zusammenhang wäre es sicherlich spannend, differenziert zu untersuchen, wie die Mehrheit der Bürger selbst den Begriff „Gesundheit“ definiert. Allem Anschein nach geht es den meisten Menschen nicht um die sehr weit gefasste Gesundheitsdefinition der Weltgesundheitsorganisation, sondern vor allem um das Freisein von Krankheiten. Neben einer gesunden Ernährung gelten vor allem Sport und Bewegung als besonders wirkungsvolle Maßnahmen der Gesundheitsförderung. Möglicherweise denken viele Österreicher und Deutsche im Zusammenhang mit einem gesunden Leben mehr an Askese als an Lebensgenuss. In diesem Zusammenhang befasst sich der Philosoph Robert Pfaller in seinem sehr lesenswerten Buch (2011) kritisch mit dem Thema: „Wofür es sich zu leben lohnt“.

Soziale und mentale Vorsorge

Die beiden letzten Säulen des Zukunftshauses bilden die soziale und die mentale Vorsorge: Zwei von fünf Deutschen sehen in der Erhaltung familiärer Bindungen eine geradezu lebensnotwendige Vorsorgemaßnahme für das Alter – und handeln auch danach. Die von der Stiftung für Zukunftsfragen – Hamburg nur für Deutschland repräsentativ gestellte Frage „Haben Sie unabhängig von der materiellen Absicherung etwas unternommen, um für den Ruhestand vorzusorgen?“ beantworten 40 Prozent mit dem Hinweis

auf die Familienbeziehungen. Die Frauen legen etwas mehr Wert darauf (42 %) als die Männer (37 %), die Landbewohner mehr (43 %) als die Großstädter (32 %) und Paare (47 %) deutlich mehr als Singles (20 %). Am meisten Wert auf familiäre Bindungen legen jedoch die Rentner bzw. Pensionisten (49 %). Für sie ist die Familie eine tragende Säule im Alter.

Zur Familie gesellt sich die Pflege des Freundeskreises als zweite wichtige Zukunftsinvestition für das Alter. Fast alle Bundesbürger pflegen systematisch den Kontakt mit Freunden – nicht nur aus Freude am geselligen Leben, sondern auch und gerade mit dem Gedanken, dadurch etwas Dauerhaftes für das ganze Leben zu schaffen, was sich im Alter vielleicht sogar „auszahlt“ bzw. „rechnet“. Bei aller Freundschaft spielen also nicht nur emotionale, sondern auch rationale Erwägungen eine nicht unbedeutende Rolle: Der Freundeskreis kann Basis für eine soziale Lebensqualität im Alter sein.

Allzu viel Ruhestand ist aber für die meisten Menschen auch in der nachberuflichen Lebensphase nicht wünschenswert. Für viele Bürger sind daher „Do it yourself“-Aktivitäten und Hobbys weitere Vorsorgemöglichkeiten für das Alter. Wichtig ist hierbei vor allem die flexible und bedürfnisorientierte zeitliche Planung. Insofern überrascht es nicht, dass das Mitmachen nach einem individuellen und selbst bestimmten Zeitschema eines der wichtigsten Kriterien für ehrenamtliches Engagement ist.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass neben der materiellen und der gesundheitlichen Vorsorge auch der Aufbau und die Pflege sozialer Netzwerke – von Beziehungen zur Familie und zu Freunden über die Mitgliedschaft in Vereinen bis hin zum ehrenamtlichen Engagement – wesentliche Elemente der Vorbereitung auf die immer länger werdende nachberufliche Lebensphase sind. Altersvorsorge im hier gemeinten Sinne ist somit eine mehrperspektivische Daseinsvorsorge mit einer nachhaltigen Kombination von materieller, gesundheitlicher, sozialer und mentaler Zukunftssicherung.

Wird es für die heutige Jugend zukünftig schwerer, abgesichert zu leben?

Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung der Stiftung für Zukunftsfragen – Hamburg und des Zentrums für Zukunftsstudien – Salzburg aus dem Jahre 2010 wurden die Österreicher und Deutschen gebeten, die folgen-

de Aussage zu bewerten: „Für die junge Generation ist es in Zukunft viel schwieriger, ebenso abgesichert und im Wohlstand zu leben wie die heutige Elterngeneration.“ Diese Aussage hält sowohl in Deutschland als auch in Österreich die große Mehrheit der Befragten für plausibel. Allerdings sind die Österreicherinnen und Österreicher deutlich weniger skeptisch als die Deutschen.

Abgesichert leben – schwerer für die Jugend?

Von je 100 Befragten stimmen der Aussage zu: „Für die junge Generation ist es in Zukunft viel schwieriger, ebenso abgesichert und in Wohlstand zu leben wie für die heutige Elterngeneration.“

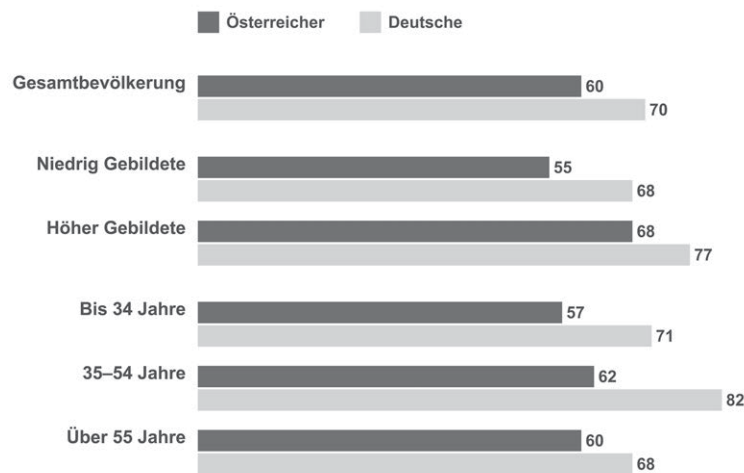


Abb. 4: Abgesichert leben – schwerer für die Jugend?

Droht ein Krieg zwischen den Generationen?

Das Zentrum für Zukunftsstudien – Salzburg und die Stiftung für Zukunftsfragen –Hamburg wollten es genau wissen und haben 2010 sowohl die Deutschen als auch die Österreicher repräsentativ befragt, was sie von einem möglichen Krieg der Generationen halten.

Zu diesem Zweck wurden die Befragten gebeten, die folgenden Aussagen zu bewerten:

- „Die Alten leben auf Kosten der Jungen.“
- „Viele Alte verpassen die Erbschaft ihrer Kinder und Enkel.“
- „Die Alten sollten mehr ihr eigenes Leben genießen und weniger für die Jungen sparen.“
- „Den Konflikt zwischen den Generationen empfinde ich als ernstzunehmendes Zukunftsproblem.“

Droht ein Krieg der Generationen?

Von je 100 Befragten stimmen der Aussage zu:

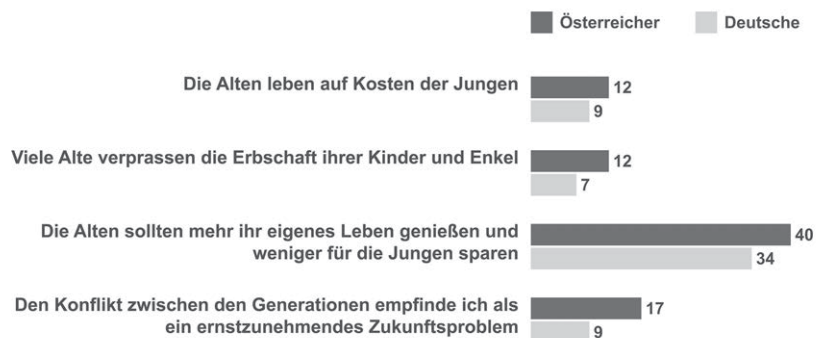


Abb. 5: Droht ein Krieg der Generationen?

Die Befragungsergebnisse sprechen sowohl in Deutschland als auch in Österreich eindeutig gegen die Horrorvision eines schweren gesellschaftlichen Konflikts zwischen Jungen und Alten. So stimmen etwa nur zwölf Prozent der Österreicher und neun Prozent der Deutschen der Aussage zu, dass die Alten auf Kosten der Jungen leben. Offensichtlich rechnen die meisten Menschen fest damit, dass sich die Senioren der Zukunft ähnlich stark wie heute an der Mitfinanzierung der Lebenshaltungskosten ihrer Kinder und Enkel beteiligen. Dazu kommt noch ein bisher nie erreichtes Volumen an vererbbarem Vermögen. Nur sieben Prozent der Deutschen und zwölf Prozent der Österreicher stimmen der negativen Aussage zu, dass viele Alte die Erbschaft ihrer Kinder und Enkel verpassten.

Die Mehrheit der Österreicher und Deutschen glaubt also keineswegs daran, dass sich die älteren Mitbürger auf einem Ego-Trip ohne Rücksicht

auf Verluste bei den Jüngeren befinden. Ganz im Gegenteil. Beachtliche 34 Prozent der Deutschen und 40 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher animieren die Senioren sogar zu weniger Altruismus: „Die Alten sollten mehr ihr eigenes Leben genießen und weniger für die Jungen sparen.“

Insgesamt halten nur 17 Prozent der Österreicher und neun Prozent der Deutschen einen Konflikt zwischen Jung und Alt für ein nennenswertes Zukunftsproblem. Ein Krieg der Generationen ist also in beiden Ländern nicht in Sicht.

In Anbetracht der relativ großen Harmonie zwischen den Altersgruppen sollten wir den Kampfbegriff „Überalterung“ aus unserem Sprachgebrauch streichen. Denn das Wörtchen „über“ suggeriert,

- dass hier eine quasi natürliche Norm überschritten wurde,
- dass es von einem Teil der Bevölkerung – nämlich von den Alten – viel zu viele gäbe,
- und dass diese überzählige Bevölkerungsgruppe noch dazu den jüngeren Rest der Bevölkerung über Gebühr belaste.

Offensichtlich wird der Menschheitstraum vom langen und qualitätvollen Leben – zumindest in unseren geographischen Breiten – zunehmend zur Realität. Dies wäre eigentlich ein guter Grund für große Freude. Allem Anschein nach überwiegen jedoch die Ängste. Zukunftsängste aller Art – auch die demographisch bedingten – lassen sich am besten mit einer produktiven Mischung aus nüchterner Analyse und kreativer Zukunftsplanung bewältigen! In diesem Zusammenhang sollten wir viel mehr über die zukünftige Gestaltung der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen eines immer längeren Lebens und über die Mittel und Möglichkeiten des zukünftigen Zusammenlebens der Generationen nachdenken.

Literatur

- Opaschowski Horst W./ Reinhardt, Ulrich (2007) *Altersträume – Illusion und Wirklichkeit*. Darmstadt.
- Pfaller, Robert (2011) *Wofür es sich zu leben lohnt. Elemente materialistischer Philosophie*. Frankfurt a. M.
- Popp, Reinhold (Hg.) (2005) *Zukunft: Freizeit: Wissenschaft. Festschrift zum 65. Geburtstag von Univ.-Prof. Dr. Horst W. Opaschowski*. Berlin, Wien, Münster.

- Popp, Reinhold (2011) *Denken auf Vorrat. Wege und Irrwege in die Zukunft*. Berlin, Wien, Münster.
- Popp, Reinhold (Hg.) (2012) *Zukunft und Wissenschaft. Wege und Irrwege der Zukunftsforschung*. Berlin, Heidelberg.
- Popp, Reinhold/ Schüll, Elmar (Hg.) (2009) *Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis*. Berlin, Heidelberg.
- Popp, Reinhold/ Hofbauer, Reinhard/ Pausch, Markus (2010) *Lebensqualität – Made in Austria. Gesellschaftliche, ökonomische und politische Rahmenbedingungen des Glücks*. Wien.
- Popp, Reinhold/ Pausch, Markus/ Reinhardt, Ulrich (Hg.) (2011) *Zukunft. Bildung. Lebensqualität*. Berlin, Wien, Münster.
- Popp, Reinhold/ Reinhardt, Ulrich/ Zechenter, Elisabeth (HgInnen) (2011) *Zukunft. Kultur. Lebensqualität*. Berlin, Wien, Münster.
- Popp, Reinhold (Hg.); Steinbach, Dirk/ Linnenschmidt, Katja/ Schüll, Elmar (2011) *Zukunftsstrategien für eine alterngerechte Arbeitswelt. Trends, Szenarien und Empfehlungen*. Berlin, Wien, Münster.
- Popp, Reinhold/ Zweck, Axel (Hg.) (2013) *Zukunftsforschung im Praxistest*. Berlin, Heidelberg.
- Reinhardt, Ulrich (Hg.) (2011) *United Dreams of Europe. Mit einem Begleitwort des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso*. Rottach-Egern.
- Reinhardt, Ulrich/ Roos, George T. (Hg.) (2009) *Wie die Europäer ihre Zukunft sehen. Antworten aus 9 Ländern*. Darmstadt.
- Ulich, Eberhard/ Wiese, Bettina S. (2011) *Life Domain Balance. Konzepte zur Verbesserung der Lebensqualität*. Wiesbaden.

Familiale Generationenbeziehungen: solidarisch, aber belastet

Cornelia Schweppe

Einleitung

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit familialen Generationenbeziehungen, d. h. mit Beziehungen zwischen Familienmitgliedern unterschiedlicher Generationen. Familiale Generationenbeziehungen sind nicht nur Thema der Wissenschaft, sondern auch Gegenstand vielfältiger öffentlicher Diskurse und von hoher gesellschaftspolitischer Relevanz. Denn der demographische Wandel und die Veränderungen der Lebensformen der einzelnen Generationen bringen neue und vielfältige Veränderungen in den familialen Generationenbeziehungen mit sich, die gesellschaftspolitische Fragen und Herausforderungen nach sich ziehen – man denke nur an die durch die Verlängerung der Lebenszeit zunehmende Pflegebedürftigkeit, die, historisch gesehen, noch nie mit derart langen Pflegezeiten und derart gravierenden Pflegezuständen alter Menschen (Demenz) verbunden war.

Familiale Generationenbeziehungen waren und sind immer zugleich eine Geschichte von starker Solidarität sowie gravierenden Konflikten. In öffentlichen und auch wissenschaftlichen Diskursen stehen jedoch seit einiger Zeit die problematischen Verhältnisse im Vordergrund; familiäre Generationenbeziehungen werden immer wieder als Krisenszenarien oder als Verfallsprozesse thematisiert. Der folgende Beitrag wird dieser Diagnose nachgehen. Dabei wird gezeigt, dass entgegen dieser Annahme familiäre Generationenbeziehungen insgesamt eng und solidarisch sind, sie aber mit gesellschaftlichen Strukturproblemen konfrontiert sind, die zu strukturellen Überlastungen von Familien und zu Konflikten in den familialen Generationenbeziehungen führen können.

Familiale Generationenbeziehungen wurde bislang weitgehend im nationalen Rahmen analysiert. Dadurch wurde nicht nur die Transnationalisierung von Familien, das zunehmende Zusammenleben der Generationen über Länder hinweg übersehen, sondern es blieb auch weitgehend unbeachtet, wie die Bewältigung struktureller Be- und Überlastungen von Familien in den transnationalen Raum getragen wird. Insofern wird der folgende Beitrag auch die Bedeutung einer transnationalen Öffnung für die familiäre Generationenforschung veranschaulichen.

Familiale Generationenbeziehungen – Empirische Befunde

Die bisherigen Forschungsergebnisse der familialen Generationenforschung in Deutschland zeigen, dass die gelebten Beziehungen zwischen den Generationen insgesamt eng und solidarisch sind. Dies betrifft alle drei Dimensionen familialer Solidarität, d. h. die affektive, die assoziative und die funktionale Solidarität von familialen Generationenbeziehungen (vgl. im Folgenden vor allem Bertram 2000; Szydlik 2000). Dabei umfasst die *affektive Solidarität* das subjektive Zusammengehörigkeits- und Verbundenheitsgefühl von Personen und beinhaltet Elemente der emotionalen Nähe und Zuneigung. Die bisherigen Forschungsergebnisse zeigen, dass sich Angehörige verschiedener Generationen eng miteinander verbunden fühlen. Die *assoziative Solidarität* bezieht sich auf gemeinsame Aktivitäten und beinhaltet die Frage nach der Art und Häufigkeit der Kontakte. Auch hier zeigt sich, dass Familien relative häufige, regelmäßige und enge Kontakte haben. Schließlich umfasst die *funktionale Solidarität* Unterstützungshandlungen, also das Geben und Nehmen in Bezug auf Geld (monetäre Hilfen), Zeit (instrumentelle Hilfeleistungen) und Raum (Koexistenz). Auch hier liegen positive Werte vor. Dabei werden *monetäre Transfers*, d. h. Geld- und Sachleistungen, im Wesentlichen von der älteren an die jüngeren Generationen, vor allem an Kinder, aber auch Enkelkinder geleistet.¹ Materielle Transfers in die umgekehrte Richtung lassen sich dagegen kaum nachweisen; wenige der Älteren erhalten materielle Zuwendungen von den Kindern und praktisch niemand von den

¹ Dies kann auch für andere Länder, z. B. für Frankreich (vgl. Attias-Donfut 2001) und Norwegen (vgl. Gulbrandsen/Langsether 2000), bestätigt werden.

Enkelkindern. Dabei sind die Beträge, die von der älteren an die jüngeren Generationen weitergegeben werden, breit gestreut. Ebenso muss auf deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, Männern und Frauen und HauptschulabgängerInnen und AkademikerInnen hingewiesen werden, wobei sich bei der Kategorie des Ausbildungsgrades die deutlichsten Diskrepanzen abzeichnen. Hier zeigt sich das prekäre Verhältnis von monetären Hilfen und sozialer Ungleichheit (vgl. Szydlik 2000).

Im Gegensatz zu den monetären Hilfen fließen die *nicht-monetären* in die entgegengesetzte Richtung. Die Kinder- und die Enkelgeneration leisten nicht-monetäre Hilfen der Großelterngeneration gegenüber, während dies bei den Großeltern der Kindergeneration und der Enkelgeneration gegenüber sehr viel weniger der Fall ist (vgl. Kohli 1997; auch Kohli et al. 2000; Szydlik 2000).

Von der Haushaltsstatistik zu transnationalen Generationenbeziehungen

Diese vielfältigen und solidarischen Generationenbeziehungen konnten jedoch nur in den Blick geraten, indem Abschied genommen wurde von einer auf der Grundlage der Haushaltsstatistik basierenden Generationenforschung und die tatsächlich „gelebten Beziehungen“ zwischen den Generationen in den Fokus gerückt wurden (vgl. Bertram 2000). Die haushaltsbasierte Generationenforschung verfälschte das Bild, weil sie nur etwas über die in einem Haushalt lebende Personenzahl aussagte, aber kaum etwas über die Beziehungen zwischen den Personen oder zu Familienmitgliedern außerhalb dieses Haushaltes. Die These, dass ein gemeinsamer Haushalt und das Zusammenleben von Generationen Voraussetzungen für intensive Beziehungen zwischen den Generationen sind, erwies sich als falsch. Äußere Bande scheinen nicht (mehr) die Voraussetzung für innere zu sein (BMFSFJ 2001). Mobilität und Flexibilität der Familienformen haben nicht zu einer nachlassenden Verbindlichkeit zwischen den Generationen geführt.

Allerdings wurden die tatsächlich gelebten Generationenbeziehungen im Wesentlichen im Kontext des Zusammenlebens von Familiengenerationen innerhalb eines nationalstaatlichen Rahmens analysiert. Durch diese nationale Ausrichtung der Generationenforschung in Deutschland konnten

die zunehmende Transnationalisierung von Familien und die grenzüberschreitende Gestaltung von Generationenbeziehungen kaum in den Blick geraten.

Dabei betrifft die Transnationalisierung von Familien keine Minderheit mehr und steigt stetig. Sie betrifft auch nicht nur Familien mit Migrationshintergrund, die vielfältige Beziehungen zu Familienangehörigen in den Herkunftsländern oder anderen Ländern haben; immer größere Teile der Bevölkerung auch ohne Migrationshintergrund sind in transnationale Familienbeziehungen eingebunden. Einige Zahlen verdeutlichen dies. Laut dem deutschen Statistischen Bundesamt wurden z. B. 2010 in der Bundesrepublik Deutschland rund elf Prozent aller Ehen binational geschlossen (das sind rund 44.000 Ehen). Damit war ca. jede achte eine binationale Eheschließung.² Diese hohe Zahl von binationalen Ehen ist bedingt durch die gewachsene Diversifizierung der Bevölkerung sowie durch zunehmende grenzüberschreitende Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten im Rahmen von Urlaubs-, Arbeits- oder Studienaufenthalten. Ein ganz ähnliches Bild zeichnet sich bei den Daten zu den Geburten von Kindern ab. Zirka zwölf Prozent der 2010 in Deutschland geborenen Kinder wurden in binationalen Verbindungen mit einem deutschen Elternteil geboren, d. h. etwa jedes achte Kind. Von den Kindern mit deutscher Staatsangehörigkeit haben 17,5 Prozent, und damit rund jedes sechste Kind, mindestens eine weitere Staatsangehörigkeit. 22 Prozent der in Deutschland geborenen Kinder haben mindestens einen ausländischen Elternteil, das ist mehr als jedes fünfte Kind.³ Mau (2007) geht davon aus, dass gerade Kindern aus binationalen Ehen durch die „Verdoppelung der Herkunftsbezüge“ transnationale Fa-

² <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Eheschliessungen/Tabellen/EheschliessungenDeutschAuslaender.html?nn=50736>, abgerufen am 3.1.2012. Dabei ist davon auszugehen, dass diese Zahlen die Gesamtzahl binationaler Ehen unterschätzen. Sie reflektieren nur jene Ehen, die vor einem deutschen Standesamt geschlossen wurden (vgl. Mau 2007). Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass Eingebürgerte als Deutsche zählen – dass also zahlreiche Ehen von Menschen „mit Migrationshintergrund“ als deutsch-deutsche Ehen gelten.

³ <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Aktuell.html?nn=50738>, abgerufen am 5.1.2012. Das Statistische Bundesamt erfasst nur die gegenwärtige Staatsangehörigkeit; alle Eingebürgerten werden als Deutsche gezählt, so dass vermutlich die realen Zahlen über den angegebenen Werten liegen.

miliennetzwerke und familiale Generationenbeziehungen „in die Wiege“ gelegt seien (ebd., S. 118).

Die Transnationalisierung von Familien wird daher ein zentrales Thema in Zusammenhang mit der Frage nach familialen Generationenbeziehungen. Werden familiale Verbindungen und familiale Generationenbeziehungen im Rahmen weiter geographischer Distanzen aufrechterhalten? Wie gestalten sie sich? Obwohl die internationale Familienforschung diesbezüglich noch am Anfang steht, öffnet sie sich langsam gegenüber diesen Fragen und liefert erste Einblicke.

Insbesondere die über lange Zeit dominierende Annahme, dass die Wohnentfernung eine wesentliche Voraussetzung für familiale Generationenbeziehungen sei (zusammenfassend vgl. Szydlík/Schupp 1998), wurde differenziert. Nach der Abkehr von der haushaltsbezogenen Generationenforschung galt die geographische Nähe zwischen den Generationen als zentrales Kriterium und Voraussetzung für die Aufrechterhaltung von Generationenbeziehungen und solidarischer Beziehungsstrukturierung. Die transnationale Familienforschung legt dagegen dar, dass auch transnationale Familien vielschichtige Beziehungen aufrechterhalten und sich die Verantwortung gegenüber der Familie aufgrund geographischer Distanz nicht auflöst (vgl. z. B. Bryceson/Vuorela 2002). Mit dem Begriff der transnationalen Mutterschaft wird beispielsweise darauf verwiesen, dass Mütter, die migrieren, sich keineswegs aus der Verantwortung für die Sorge, Betreuung und Erziehung ihrer in den Herkunftsländern gebliebenen Kinder zurückziehen. Während die alltägliche Sorge, Betreuung und Erziehung in der Regel durch „Ersatzmütter“ erfolgt – sei es durch bezahlte Kräfte oder durch den Rückgriff auf Verwandte oder Bekannte –, greifen die leiblichen Mütter z. B. über moderne Telekommunikationsmittel häufig, kontinuierlich und intensiv über die Distanz ein (vgl. Salazar Parreñas 2001a; Bernhard et al. 2005). Auch gegenüber alten Menschen lässt die Sorge und Verantwortung innerhalb von transnationalen Familien nicht nach, ebenso wenig wie die Verantwortung von alten Menschen gegenüber den jüngeren Familiengenerationen (vgl. z. B. Baldassar et al. 2007; Mazzucato 2008). Biographische Studien zeigen verlässliche und solidarische familiale Generationenbeziehungen über die gesamte Lebenszeit hinweg (Bender et al. 2011).

Beeindruckende Daten liegen auch im Hinblick auf die funktionale

Solidarität transnationaler Familien vor. So werden die von Migrantinnen und Migranten an ihre Herkunftsländer getätigten Geldüberweisungen für das Jahr 2012 auf 406 Milliarden US-Dollar geschätzt⁴; die meisten dieser finanziellen Transfers gehen an Familienangehörige. Die enorme Höhe dieser Rücküberweisungen, die in den letzten Jahren rapide angewachsen sind, wird insbesondere durch den Sachverhalt offenbar, dass sie häufig höher sind als Auslandsinvestitionen und gegenwärtig mehr als dreimal so hoch wie die Mittel, die die Entwicklungshilfe bereitstellt.⁵

Familiäre Generationenbeziehungen – Ungleichzeitigkeiten

Angesichts der dargestellten Ergebnisse ließe sich fragen, ob sie nicht genügend Beweismaterial liefern, um den Krisendiskurs über familiäre Generationenbeziehungen ad acta zu legen. Eine nachlassende Verbindlichkeit zwischen den Generationen ist kaum nachweisbar.

Eine solche Schlussfolgerung wäre zu kurz gegriffen. Denn: Die Daten sagen wenig über die Qualität der Beziehungen aus – „eng“ kann z. B. auch „zu eng“ bedeuten und vielfältige Belastungen mit sich bringen. Sie verbergen vor allem aber die veränderten Lebensbedingungen und -formen der einzelnen Familiengenerationen, die erhebliche Auswirkungen auf familiäre Generationenbeziehungen haben können, weil sie ganz neue Anforderungen, Rollen und Aufgaben mit sich bringen. Unter der Oberfläche der gesicherten und engen Generationenbeziehungen können sich neue Be- und Überlastungen verbergen, oder es kann gar ein erhebliches Konfliktpotenzial vorhanden sein, das auf große Strukturprobleme bzw. strukturelle Überforderungen der Familie verweist. Am Beispiel des historisch relativ neuen Phänomens der zunehmenden Pflegebedürftigkeit, die mit der Verlängerung der Altersphase, insbesondere durch Hochaltrigkeit, einhergeht, soll dies verdeutlicht werden.

⁴ <http://web.worldbank.org>. Diese Zahl bezieht sich nur auf offiziell registrierte Geldüberweisungen. Die tatsächliche Höhe ist vermutlich sehr viel höher.

⁵ <http://web.worldbank.org>

Pflegebedürftigkeit von alten Menschen

Auch hier zeigen empirische Studien deutlich, dass von einem „Abschieben“ der Alten aus der Familie nicht die Rede sein kann. Die Familie ist der größte Pflegedienst für hilfs- und pflegebedürftige alte Menschen.

Unter der Oberfläche, die eine Normalität der Pflegeleistungen für alte Menschen innerhalb der Familie und ihre Absicherung durch die Familie suggeriert, wird jedoch ein großes Konfliktpotenzial sichtbar. Eine Vielzahl von Studien hat auf zum Teil extreme Anforderungen an die Pflegenden hingewiesen, die in ihrer Lebensgestaltung und -planung nicht nur stark eingeschränkt, sondern auch mit außerordentlichen psychischen, sozialen, zeitlichen, körperlichen und finanziellen Problemen oft bis zum völligen Zusammenbruch belastet sind (vgl. z. B. Schneekloth/Müller 2000).

Hinter der Fassade intakter Generationenbeziehungen und durch die Familie abgedeckter Altenpflege scheint sich ein strukturelles Problem aufzutun, welches sich daraus ergibt, dass das öffentliche Institutionensystem auf den zunehmenden Bedarf an Pflege und Unterstützung von Alten nur begrenzt und unzulänglich reagiert hat. Es lassen sich also Ungleichzeitigkeiten zwischen dem Pflegebedarf und dem gesellschaftlichen Institutionensystem, d.h. den öffentlichen sozialen Diensten und Unterstützungen, erkennen. So können deutliche Lücken im institutionellen Versorgungsnetz für hilfs- und pflegebedürftige alte Menschen festgestellt werden.

Auch erhebliche konzeptionelle Schwächen des Altenhilfesystems werden sichtbar. Mit der Einführung der Pflegeversicherung in Deutschland ist eine Verfestigung des medizinischen Paradigmas verbunden, nach dem Pflegebedürftigkeit nur als Folge von Krankheit und Behinderung leistungsrechtlich anerkannt wird und sich professionelle häusliche Pflege vor allem auf somatische und hygienische Aspekte sowie Ordnungsaspekte bezieht. Der so auf medizinische Kriterien reduzierte Pflegebegriff gibt ein normatives Gerüst für die Pflege vor und vernachlässigt, dass sich Pflege auch unabhängig von medizinischen Kriterien begründen und beschreiben lässt und es sich um ein von den an der jeweiligen Pflegebeziehung Beteiligten auszuhandelndes Geschehen handelt (vgl. Jansen/Klie 1999).

Erhebliche Probleme sind auch im stationären Altenhilfebereich feststellbar. Während in der Kinder- und Jugendhilfe auf ein ausdifferenziertes Betreuungsspektrum für Kinder, die nicht mehr in der Ursprungsfamilie

verbleiben können, zurückgegriffen werden kann, stehen in der Altenpflege neben den unzureichenden Möglichkeiten des betreuten Wohnens meist nur die von den Alten selbst gefürchteten, aber auch von Angehörigen oft nicht akzeptierten Altenheime zur Verfügung.

Bisher ist es versäumt worden, angemessene Formen der organisierten Hilfe im Hinblick auf den wachsenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung und ihre neuen und teilweise sich verschärfenden Problemlagen zu entwickeln. Obwohl sich auch bei der Pflege von alten Menschen zunehmend eine Verzahnung von familialen und professionellen Diensten abzeichnet (vgl. Zeman 1996), wird die Familie mithilfe moralischer Appelle an familiäre Solidaritätsnormen häufig zum Lückenbüßer für fehlende und mangelhafte Versorgungsstrukturen, familiäre Pflege zum Zwang mangelhafter Alternativen. Die fehlende gesellschaftliche Antwort wird privatisiert und in die Familie verlagert, die aber aufgrund des veränderten familialen Zusammenlebens häufig damit überfordert und in der Konsequenz strukturell überlastet ist.

Strukturelle Belastungen familialer Generationenbeziehung und die Suche nach Möglichkeiten der Bewältigung im transnationalen Raum

Solche Ungleichzeitigkeiten zeigen sich auch in anderen Bereichen familialer Generationenbeziehungen. Als Beispiel seien die qualitativen Mängel und die institutionellen Lücken des öffentlichen Systems bei der Betreuung von Kindern genannt, die erhebliche Krisenpotenziale in sich bergen.

Diese neuen Be- und Überlastungen können als Strukturprobleme gefasst werden, die sich aus der Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen in Bezug auf die Lebensformen und -anforderungen der einzelnen Familiengenerationen und das familiäre Zusammenleben einerseits und das öffentliche Institutionensystem andererseits ergeben. Das öffentliche Institutionensystem hinkt den Anforderungen aufgrund veränderter Lebensformen und Lebensverhältnisse der Generationen und des gewandelten familialen Generationengefüges hinterher und hat auf diese höchstens ansatzweise reagiert. Es entstehen Lücken im Hinblick auf Versorgungs-, Erziehungs-, Betreuungs-, Unterstützungs- und Pflegeleistungen sowohl der jüngeren als auch der älteren Generation(en), die im Rahmen der Familie abge-

deckt werden bzw. werden müssen und welche zu enormen Belastungen im Hinblick auf die Generationenbeziehungen und das Leben der einzelnen Generationenmitglieder führen können, weil sie der Tendenz nach strukturell damit überlastet sind. Zur Bewältigung und Deckung dieses Bedarfs greifen Familien zunehmend auf außerfamiliale Unterstützungen zurück bzw. geben Aufgaben der Pflege, Betreuung, Versorgung und Erziehung an bezahlte Arbeitskräfte ab.

Dabei zeigt sich, dass die Bearbeitung dieser Ungleichzeitigkeiten der Entwicklungen in der familialen Sorge und der öffentlichen Unterstützung zunehmend Prozesse zur Folge hat, die in den transnationalen Raum hineinreichen. Diesbezüglich sei insbesondere auf das Phänomen migrantischer Haushaltsarbeiterinnen hingewiesen. Damit sind Frauen gemeint, die vor allem aus Osteuropa, aber auch aus Lateinamerika, Afrika oder Asien stammen und die neben Haushaltsarbeiten oder der Kinderbetreuung insbesondere auch Aufgaben der Altenpflege übernehmen. Dies ist ein weltweit zu beobachtendes Phänomen, das sich ständig ausweitet (vgl. z. B. Bach 2012; Salazar Parreñas 2001b).

Die Care-Forschung macht seit Ende der 1990er Jahre auf diesen zunehmenden Transfer von Versorgungs-, Betreuungs- und Pflegedienstleistungen aus armen Ländern in Haushalte reicher Länder aufmerksam (vgl. z. B. Hochschild 2000). Sie füllen eine Lücke in der Bewältigung des veränderten Versorgungs-, Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegebedarfs privater Haushalte vor allem in wohlhabenden Ländern infolge familialer Strukturveränderungen, steigender Frauenerwerbsarbeit, des wachsenden Bedarfs der Altenbetreuung und -pflege sowie der fortschreitenden Privatisierung im öffentlichen Betreuungs-, Versorgungs- und Pflegesystem. Dabei kommt den Haushaltsarbeiterinnen mit Migrationshintergrund deshalb eine bedeutende Rolle zu, weil sie im Vergleich zu einheimischen Arbeitskräften diese schlecht bezahlten, ungesicherten und prekären Arbeitsverhältnisse häufig eher akzeptieren.

Ausblick

Kehren wir zur Ausgangsfrage nach dem Krisenszenarium familialer Generationenbeziehungen zurück. Familialen Generationenbeziehungen ist ein Krisen*potenzial* inhärent, das aber nicht durch einen vermeintlichen Verfall

solidarischer Beziehungen bedingt ist, sondern durch fehlende bzw. unangemessene öffentliche Antworten auf familiäre Bedarfe der Unterstützung, Begleitung, Ergänzung oder des Ersatzes. Der private Generationenvertrag benötigt die Absicherung durch den öffentlichen, ohne den der private tatsächlich auf dem Spiel steht und die Solidarität familialer Generationenbeziehungen schnell in eine schwere Krise geraten kann. Dies verweist auf die Notwendigkeit eines öffentlichen Generationenvertrages, der sich durch eine angemessene „immaterielle Fürsorge“ mittels Bereitstellung passender und ausreichender sozialer, personenbezogener Dienstleistungen und Hilfen charakterisiert (Rauschenbach 1998, S. 26) und dafür Sorge trägt, dass die familial erbrachten Leistungen der Versorgung, Betreuung, Erziehung, Unterstützung und Pflege der ihm angehörenden Generationen abgesichert werden. Um den privaten Generationenvertrag auf der Ebene der Familie zu stärken, bedarf es demnach der Neugestaltung des öffentlichen Generationenvertrages. Durch die Transnationalisierung von Familien und die erweiterten Familienzusammenhänge und Generationenbeziehungen über den nationalen Referenzrahmen hinaus werden die Generationenforschung und die Sozialpolitik damit unmittelbar in den transnationalen Raum getragen.

Literatur

- Attias-Donfut, Claudine (2001) *The Dynamics of Elderly Support. The Transmission of Solidarity Patterns between Generations*. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, Heft 1/2001, 9-15.
- Bach, Yvonne (2012) *Austauschprozesse in transnationalen Familien. Das Beispiel indonesischer Haushaltsarbeiterinnen in Singapur und ihrer Familien im Herkunftsland*. Diss. Universität Mainz, Fachbereich 02.
- Baldassar, Loretta/ Baldock, Cora V./ Wilding, Raelene (2007) *Families Caring Across Borders. Migration, Ageing and Transnational Caregiving*. Basingstoke.
- Bernhard, Judith/ Landolt, Patricia/ Goldring, Luin (2005) *Transnational, Multi-Local Motherhood: Experiences of Separation and Reunification among Latin American Families in Canada*. CERIS Working Papers No. 40. Toronto.
- Bertram, Hans (2000) *Die verborgenen familiären Beziehungen in Deutschland: Die multilokale Mehrgenerationenfamilie*. In: Kohli, Martin/ Szydlik, Marc (Hg.) *Generationen in Familie und Gesellschaft*. Opladen, 97-121.

- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2001) *Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation*. Berlin.
- Bryceson, Deborah F./ Vuorela, Ulla (2002) *The Transnational Family: New European Frontiers and Global Networks*. Oxford.
- Gulbrandsen, Lars/ Langsether, Asmund (2000) *Wealth Distribution between Generations: A Source of Conflict or Cohesion?* In: Arber, Sara/ Attias-Donfut, Claudine (Hginnen) *The Myth of Generational Conflict in Ageing Societies*. London, 69-87.
- Hochschild, Arlie Russell (2000) *Global Care Chains and Emotional Surplus Value*. In: Hutton, Will /Giddens, Anthony (Hg.) *On the Edge*. London, 130-146.
- Jansen, Birgit/ Klie, Thomas (1999) *Häuslichkeit*. In: Jansen, Birgit et al. (HgInnen) *Soziale Gerontologie*. Weinheim, Basel, 521-539.
- Kohli, Martin (1997) *Zwischen den Generationen: Entfernungen, Beziehungen, Leistungen*. In: Lepenies, Annette (Hgin) *Alt und Jung. Das Abenteuer der Generationen*. Frankfurt, Basel, 49-56.
- Kohli, Martin et al. (2000) *Generationenbeziehungen*. In: Kohli, Martin/ Kühnemund, Harald (Hg.) *Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey*. Opladen, 176-211.
- Mau, Steffen (2007) *Transnationale Vergesellschaftung. Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten*. Frankfurt a. M., New York.
- Mazzucato, Valentina (2008) *Transnational Reciprocity: Ghanaian Migrants and the Care of their Parents Back Home*. In: Alber, Erdmute/ Van der Geest, Sjaak/ Whyte, Susan R. (HgInnen) *Generations in Africa: Connections and Conflicts*. Münster, 111-133.
- Rauschenbach, Thomas (1998) *Generationenverhältnisse im Wandel. Familie, Erziehungswissenschaft und soziale Dienste im Horizont der Generationenfrage*. In: Ecarius, Jutta (Hgin) *Was will die jüngere mit der älteren Generation? Generationenbeziehungen in der Erziehungswissenschaft*. Opladen, 13-40.
- Rosenmayr, L. (1996) *Altern im Lebenslauf*. Göttingen.
- Salazar Parreñas, Rhacel (2001a) *Mothering from a Distance: Emotions, Gender and Inter-Generational Relations in Filipino Transnational Families*. In: *Feminist Studies* 27(2), 361-390.
- Salazar Parreñas, Rhacel (2001b) *Servants of Globalization. Women, Migration, and Domestic Work*. Stanford.
- Schneekloth, Ulrich/ Müller, Udo (2000) *Wirkungen der Pflegeversicherung*. Schriftenreihe des BMG, Band 127. Baden-Baden.
- Szydlik, Marc (2000) *Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern*. Opladen.
- Szydlik, Marc/ Schupp, Jürgen (1998) *Stabilität und Wandel von Generationenbeziehungen*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Heft 4, 297-315.

Zeman, Peter (1996) *Häusliche Pflegearrangements. Zum Aushandlungsgeschehen zwischen lebensweltlichen und professionellen Helfersystemen*. Deutsches Zentrum für Altersfragen. Diskussionspapier Nr. 4. Berlin.

„Zukunft Stadt“ – Demographische Planung in Bielefeld

Susanne Tatje

Herausforderung demographischer Wandel

Noch vor wenigen Jahren konnte die Mehrzahl der Deutschen mit dem Begriff „Demographischer Wandel“ nichts anfangen. Laut einer Forsa-Umfrage hatten im Jahr 2003 über 50 Prozent der Deutschen noch nie den Begriff „demographischer Wandel“ gehört (vgl. Kröhnert 2006). Heute würde das Ergebnis mit Sicherheit anders aussehen: Der demographische Wandel ist ein wichtiges Thema geworden – es gibt kaum eine Talk-Show oder politische Sendereihe, in der noch nicht über Kinderlosigkeit und Bevölkerungsschwund in Deutschland diskutiert wurde. In der Demographie-debatte verabschiedet man sich zusehends von Horrorvisionen entvölkerter und vergreister Städte; heute wird zunehmend über die Chancen einer alternden Gesellschaft nachgedacht. Das ist eine positive Entwicklung, denn es gilt, sich von einer angstbesetzten Diskussion zu lösen und die Auseinandersetzung über Ziele der Stadtentwicklung konstruktiv zu führen.

Wenn wir die Folgen demographischen Wandels in den Blick nehmen wollen, brauchen wir eine weit reichende Perspektive. Der Wandel ist weder aufzuhalten noch umkehrbar, aber wir können Veränderungen in Städten und Gemeinden mitgestalten und in eine positive Richtung lenken. Es hängt von uns ab, ob alte Menschen in unserer Gesellschaft isoliert leben oder ins Gemeinwesen eingebunden werden. Wir stecken den Rahmen dafür ab, wie Kinder in einer älter werdenden Gesellschaft aufwachsen und welche Chancen Bildung und Ausbildung ihnen eröffnen. Mein Anliegen ist es, dass in der Stadt Bielefeld die Chancen dieser Entwicklung genutzt werden. Es geht mir um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit

dem Thema, die sowohl schwierige Aspekte des demographischen Wandels im Auge behält als auch seine Chancen für die Stadtentwicklung erkennt und nutzt.

Demographischer Wandel in Städten und Gemeinden

Bevor die Chancen der demographischen Entwicklung für unsere Stadt skizziert werden, hier ein kurzer Blick auf die demographische Entwicklung. In Deutschland leben zurzeit rund 82 Millionen Menschen. Im Jahr 2050 sind es nach aktuellen Vorausberechnungen wahrscheinlich nur noch 69 bis 74 Millionen – so die Daten der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes¹ und der Länder von 2009. Das sind 13 bis acht Millionen Menschen weniger als heute. Nicht alle Städte und Regionen sind gleich betroffen; es gibt Städte, in denen die Zahl der Einwohner immer noch zunimmt. Es gibt aber auch Städte, vor allem in Ostdeutschland, deren Einwohnerzahl sich in den vergangenen 20 Jahren halbiert hat.

Abnehmende Geburtenzahlen und steigende Lebenserwartung verändern die Altersstruktur der Bevölkerung: Heute besteht die Bevölkerung zu 19 Prozent aus Kindern und jungen Menschen unter 20 Jahren, zu 61 Prozent aus 20- bis unter 65-Jährigen und zu 20 Prozent aus über 65-Jährigen. Prognosen zufolge werden 2060 etwa 20 Prozent der Bevölkerung zwischen 65 und 79 Jahre alt sein. Jeder siebte ist dann sogar 80 Jahre und älter; das entspricht etwa 14 Prozent der Bevölkerung. Neben Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit gilt die Differenz der Zu- und Fortzüge² als dritte Säule des demographischen Wandels. Der Wanderungssaldo ist jedoch nicht exakt vorauszusagen, weil Wanderungen sowohl von der Mi-

¹ Quelle: 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung Deutschlands bis 2060. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 18.11.2009 in Berlin. Verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Vorausberechnung/Bevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?__blob=publicationFile, abgerufen am 25.7.2012. Diese zwischen den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern koordinierte Vorausberechnung zeigt die mögliche Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2060. Die Vorausberechnung beruht auf Annahmen zu Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Saldo der Zuzüge nach und Fortzüge von Deutschland, woraus sich insgesamt zwölf mögliche Varianten zukünftiger Entwicklung ergeben.

² Relevant sind hier nur Außenwanderungen, also Wanderungen über die Landesgrenze.

grationspolitik in Deutschland abhängen als auch vom Migrationspotenzial der Herkunftsländer beeinflusst werden – also von deren politischer, sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und demographischer Entwicklung.

Auch wenn demographische Prognosen mit Unsicherheiten verbunden sind und sich langfristige Veränderungen nicht absolut vorhersagen lassen, zeigt die skizzierte Entwicklung, dass Städte und Gemeinden handeln müssen. Direkt oder indirekt sind die Folgen des demographischen Wandels in vielen Alltagsbereichen schon heute zu spüren. So schließen plötzlich vertraute Einrichtungen des täglichen Umfelds – wie Schulen, Kirchen oder Schwimmbäder – nicht nur, aber auch aus demographischen Gründen.

Demographiepolitik in Bielefeld

Demographischer Wandel bedeutet für Bielefeld wie für die meisten Regionen der Bundesrepublik Deutschland zum einen, dass die Bevölkerungszahlen stetig zurückgehen. Zugleich verschiebt sich aufgrund niedriger Geburtenzahlen und höherer Lebenserwartung die Altersstruktur. Daraus folgen ein geringerer Anteil jüngerer Menschen an der Gesamtbevölkerung und das Ansteigen des Anteils Älterer. Auch die dritte Entwicklung wird der Stadt Bielefeld in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ein neues Gesicht geben: Wir werden nicht nur weniger und älter, sondern auch kulturell vielfältiger. Schon jetzt hat knapp ein Drittel der Bielefelder Bürgerinnen und Bürger ausländische Wurzeln. Wie bunt und multikulturell unsere Stadt ist, zeigt auch die folgende Zahl: Die Menschen, die in Bielefeld leben, stammen aus 158 Herkunftsländern. Sie bringen sehr unterschiedliche Erfahrungen mit, von denen wir lernen können.

Die Stadt Bielefeld reagierte früh auf die demographischen Veränderungen und richtete als erste deutsche Kommune schon 2004 den Arbeitsbereich „Demographische Entwicklungsplanung“ ein, in der Verwaltung hochrangig im Dezernat des Oberbürgermeisters angesiedelt. Aufgabe der Demographiebeauftragten³ ist eine strategische, demographieorientierte Planung, die alle kommunalen Handlungsfelder umfasst. Es geht nicht um Entwicklung einzelner Projekte oder Maßnahmen; Ziel ist vielmehr,

³ Die Funktion der Demographiebeauftragten ist gekoppelt an die Funktion der Leitung des neu eingerichteten Amtes für Demographie und Statistik.

Anregungen für das Nutzen von Chancen in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung zu geben und bei städtischen Entscheidungen auf die demographischen Entwicklungen und Folgen aufmerksam zu machen.

Das kommunale Handlungskonzept mit Vorschlägen, wie die Stadt sich auf zukünftige Herausforderungen durch den demographischen Wandel einstellen kann, gehört inzwischen zur den Basisinstrumenten der städtischen Planung, und das Konzept „Demographischer Wandel als Chance?“ wurde nach intensiven Beratungen in Verwaltung und politischen Gremien einstimmig im Rat der Stadt verabschiedet (Tatje 2007a). Damit hat sich die Stadt Bielefeld auf ihre Zukunfts-Ziele verständigt. Wichtig dafür war, dass die Strategie einheitlich gestaltet und politisch abgestimmt werden konnte.

Sechs demographiepolitische Ziele für die Stadt

Als Grundlage für die demographische Planung skizziert das Konzept Ergebnisse demographischer Forschungen und leitet daraus Fragen ab, die für die kommunale Praxis vordringlich sind. In den Entwicklungsprozess waren unterschiedliche Akteure aus Verwaltung und Gesellschaft eingebunden: Universität, Wohnungsmarktakteure, Wohlfahrtsverbände sowie Bürgerinnen und Bürger.

Das Konzept entwickelte sechs demographiepolitische Ziele für Bielefeld, die jetzt Schritt für Schritt umgesetzt werden, und zwar in den Handlungsfeldern Stadtentwicklung, Integration, Bildung, Familie, Gesundheit und Wirtschaft. Es umfasst eine demographieorientierte Gesamtstrategie für Bielefeld und dient als Instrument, die Weichen für die Zukunft rechtzeitig zu stellen. Sechs Ziele sind benannt:

- Wir fördern Integration!
- Wir werden die familienfreundlichste Stadt in NRW!
- Wir wohnen zukunftsfähig!
- Wir lernen lebenslang!
- Wir gehen fit in die Zukunft!
- Wir wirtschaften für die Zukunft!

In einer Pilotphase wurde als erstes das demographiepoltische Ziel „Wir wohnen zukunftsfähig!“ erarbeitet.⁴ Im Anschluss daran wurde das demographiepoltische Ziel „Wir fördern Integration!“ in den Blick genommen und das 1. Bielefelder Integrationskonzept erarbeitet. Aktuell wird am demographiepoltischen Ziel „Wir lernen lebenslang!“ gearbeitet.

Alle drei Projekte zeigen, wie notwendig dezernatsübergreifende Arbeit gerade beim Thema Demographie ist. Wir brauchen einen stärker „demographischen Blick“, um passgenaue Konzepte und Projekte für die Zukunft zu entwickeln; der demographische Wandel ist ein Querschnittsthema und betrifft in seiner Komplexität ganz verschiedene Bereiche der Stadt.

Drei Beispiele für demographische Planung

Drei Politikfelder sollen an dieser Stelle beispielhaft skizziert werden, die die Entwicklung demographischer Prozesse in Bielefeld langfristig beeinflussen und damit steuern können:

- eine aktive kommunale Familienpolitik,
- eine auf Integration setzende Zuwanderungspolitik und
- Bildungspolitik als Standortfaktor.

Auch mit diesen „Stellschrauben“ kann die prognostizierte Entwicklung nicht aufgehalten werden, aber sie können möglicherweise die Auswirkungen mildern.

Beispiel 1: Familienpolitik

Obwohl Familie nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert im Leben der Menschen hat, liegt die Geburtenrate bundesweit seit mehr als zwei Jahrzehnten zwischen 1,3 und 1,4 Kindern je Frau: Während Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit derzeit durchschnittlich 1,2 Kinder bekommen⁵, beträgt die Geburtenrate der in Deutschland lebenden Frauen mit Migrationshintergrund und ausländischer Staatsangehörigkeit rund 1,9 Kinder

⁴ Die Ergebnisse des Pilotprojektes berücksichtigt auch der Masterplan Wohnen, in dem unterschiedliche Akteure wohnungspolitische Leitlinien für Bielefeld erarbeitet haben. Nähere Informationen siehe Demographiebericht 2008.

⁵ Das Statistische Bundesamt geht für seine Prognose von 1,4 Kindern pro Frau aus (vgl. Statistisches Bundesamt 2009).

pro Frau, allerdings mit abnehmender Tendenz.⁶ Der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg sieht als Hauptursache für die geringe Geburtenzahl in Deutschland den hohen Anteil von Frauen (rund ein Drittel), die zeit- lebens kinderlos bleiben.⁷ Die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder nimmt folglich je Generation um etwa ein Drittel ab.

Aus internationalen Studien ist bekannt, dass die Wirkungen von Familienpolitik auf die Geburtenrate umstritten sind. Vor allem rein finanzielle Unterstützungen haben offenbar nur wenig Effekt. Von grundsätzlicher Bedeutung sind dagegen ein kinder- und familienfreundliches Klima sowie die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Individuelle Lebensvorstellungen und der demographische Wandel der Gesellschaft erfordern eine Veränderung der familienpolitischen Rahmenbedingungen (vgl. Klammer 2006; BMFSJ 2006). Nun werden diese Rahmenbedingungen nicht in den Städten, sondern auf Landes- oder Bundesebene beschlossen. Trotzdem kann auch Kommunalpolitik einiges bewirken: Eine zukunftsorientierte kommunale Familienpolitik sorgt zum Beispiel für flexible und qualitativ hochwertige Ganztags- und Betreuungsmöglichkeiten (Esch et al. 2005), für Ganztagsangebote an Schulen, Sprachförderkurse für Kinder aus Migrationsfamilien, familienorientiertes Engagement der Unternehmen, Unterstützung bei familiären Pflegeleistungen oder Hilfs-, Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Familien mit sozialen Problemen.

In Bielefeld haben sich unterschiedliche Akteure auf den Weg gemacht, um Familienpolitik neu zu gestalten. Ein lokales Bündnis für Familien arbeitet seit Jahren an dieser Thematik; es gibt besondere Projekte wie „minimax“ in der Kindertagesstätte „Flachsfarm“⁸, und das Sozialdezernat

⁶ Siehe Bericht der Enquete-Kommission des Landtages von Nordrhein-Westfalen 2004, S. 43. Laut Dr. Jürgen Flöthmann, Bevölkerungswissenschaftler an der Universität Bielefeld, gibt es allerdings Anzeichen, dass sich diese Zahlen zukünftig stärker angleichen werden, so vorgetragen in der Sitzung der Demographie-Projektgruppe „Räume der Zukunft“ der Stadt Bielefeld im Januar 2005.

⁷ Vgl. Birg 2006.

⁸ Hierbei handelt es sich um ein Angebot der von Laer Stiftung: Kinder ab dem 4. Lebensmonat werden bis zum Schuleintritt auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten betreut. Den Eltern werden darüber hinaus Dienstleistungen angeboten, die es ermöglichen, Familie und Beruf besser miteinander in Einklang zu bringen: Es gibt erweiterte Öffnungszeiten an Werktagen, Kinderbetreuung am Wochenende, einen Bring- und Holdienst, Betreuung über Nacht (z. B. bei Schulungen, Tagungen oder Messen) oder individuelle Betreuung außerhalb der Öffnungszeiten auch im eigenen Haushalt.

verfolgt den familienpolitischen Schwerpunkt durch unterschiedliche Maßnahmen, die nicht nur auf quantitative Verbesserung der Angebotsstruktur, sondern auch auf qualitative Weiterentwicklung der pädagogischen Konzepte abzielen. So wurden zum Beispiel elf kommunale Familienzentren eingerichtet. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass den Eltern in jedem Stadtbezirk mindestens ein Familienzentrum zur Verfügung steht. Daneben stellt die Stadt Mittel für die Steigerung der Erziehungskompetenz bereit: so genannte „Elterntrainings-Kurse“ sowie Beratungsangebote wie Sprechstunden von Erziehungsberatungsstellen in Familienzentren. Und um Familien und allein erziehende Mütter so früh wie möglich bei der Bewältigung ihres Alltages zu unterstützen, wurden tragfähige Netze mit Familienhebammen und ehrenamtlichen Patinnen etabliert.

Im Hinblick auf die demographische Entwicklung ist auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiges Thema: Das Angebot von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen ist deutlich erhöht worden, die Versorgung mit Ganztagsplätzen in Tageseinrichtungen für Kinder wird kontinuierlich gesteigert. Dies bedeutet: Fast jeder zweite Betreuungsplatz in Bielefeld ist ein Ganztagsplatz. In den Fokus der Diskussion um vorschulische Betreuung rückt die inhaltliche Arbeit in den Einrichtungen, wie z. B. die Sprachförderung; vorrangiges Ziel ist die maximale Annäherung an eine Chancengleichheit aller Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung.⁹

Kinder- und Familienpolitik hat sich inzwischen zu einem wichtigen Politikfeld und Standortfaktor entwickelt.

Beispiel 2: Zuwanderungspolitik

Da die Prognosen bis 2050 einen deutlich höheren Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund zumindest in den Städten ankündigen und der Anteil jüngerer Altersgruppen in Großstädten noch erheblich höher sein wird, gibt es hier für die Stadtpolitik besonderen Handlungsbedarf. Der demographische Wandel stellt die Integrationspolitik in Bielefeld vor zwei zentrale Herausforderungen:

⁹ Weitere Informationen finden sich auf der Homepage der Stadt Bielefeld unter www.bielefeld.de.

Erstens: Um die Potenziale der jüngeren Migrantinnen und Migranten für die Volkswirtschaft nutzbar zu machen, bedarf es einer besonderen Förderung und Unterstützung in Bildung, Ausbildung und Beruf. Integrationspolitik muss ethnische Ghettos verhindern; es dürfen sich keine unüberschreitbaren Grenzen etablieren. Der demographische Wandel erfordert dringend mehr Integrationsangebote in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Beruf. Deshalb sollten Städte ihre Ressourcen bündeln und gezielt für Maßnahmen zugunsten des geringer werdenden Nachwuchses einsetzen.

Kommunales Handeln kann viel bewirken, wenn Schwerpunkte festgelegt werden. Das setzt allerdings voraus, dass sich Politik und Verwaltung bewusst mit dem Faktor Demographie auseinandersetzen. In Bielefeld rückte das Thema Integration auch als Konsequenz des Demographiekonzepts deutlicher ins Blickfeld. Daraus folgt zum Beispiel, dass die Bedürfnisse junger Menschen mit Migrationshintergrund stärker beachtet werden. Dabei geht es nicht immer nur um große strategische Ziele, sondern auch um innovative Einzelprojekte, mit denen die Weichen für die Zukunft unserer Stadt gestellt werden. Dazu einige Beispiele:

- In Bielefeld brachte eine Initiative aus verschiedenen Akteuren eine groß angelegte Sprachförderung in allen Kindergärten auf den Weg, um Sprachdefizite schon im Kindergartenalter aufzufangen: „Miteinander leben. Miteinander reden“.
- Das Projekt „TextChecker“ für Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse setzt an den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen an und soll Analphabetismus vorbeugen.
- Das Förderprogramm für besonders begabte Mädchen mit Migrationshintergrund wird von der Wirtschaft mitgesponsert, und die Freude der Schülerinnen beim Empfang der Auszeichnungen bestätigt immer wieder das starke Anreizpotenzial dieses Programms.
- Auch beteiligt sich die Stadt Bielefeld an dem Projekt „Nati per Leggere – zum Lesen geboren“ des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ergänzt werden diese Bildungsprogramme durch Mütterkurse zu Erziehungs- und Kindergesundheitsfragen in Kindertageseinrichtungen.¹⁰

¹⁰ Hierbei handelt es sich um Projekte und Maßnahmen des Amtes für Integration und interkulturelle Angelegenheiten. Weitere Informationen finden sich auf der Homepage der Stadt Bielefeld unter www.bielefeld.de.

Zweitens: Auch für die ältere Generation der zugewanderten Menschen müssen zukünftig verstärkt Angebote geschaffen werden, die ihren religiösen und kulturellen Hintergrund beachten, zum Beispiel bei der Pflege oder in Altenheimen (vgl. Spiegel Special 2/2008). Das ist ein Handlungsfeld, mit dem sich Bielefeld seit einiger Zeit befasst.

Eine wichtige Konsequenz aus den demographischen Veränderungen und damit aus der steigenden Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund hat die Stadt Bielefeld bereits 2007 gezogen und das Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten im Dezernat des Oberbürgermeisters eingerichtet. Hier werden jetzt die Themen Zuwanderung und Integration fachbereichsübergreifend gebündelt und die Aktivitäten koordiniert. So leitete das Amt den Prozess zur Konzipierung des Integrationskonzeptes. Unter dem Leitbild „Zusammenleben in Vielfalt“ formuliert das Integrationskonzept Ziele und schlägt Maßnahmen vor, um das Zusammenleben von Deutschen und Zugewanderten in Bielefeld zu verbessern. An diesem Projekt beteiligten sich rund 140 Personen aus Behörden, öffentlichen Institutionen, Verbänden, Trägern und Vereinen; 38 Prozent davon haben einen Migrationshintergrund. In die Entwicklung des Integrationskonzeptes konnten Akteure aus Verwaltung und Politik, Vereinen, Verbänden und sehr unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen eingebunden werden.¹¹

Beispiel 3: Bildung

Zukünftig wird die Zahl der unter 20-Jährigen stark zurückgehen, das heißt: Auch die Bildungseinrichtungen und die Jugendhilfe werden stark von den demographischen Entwicklungen betroffen. Mit dem Eintreten der prognostizierten, drastisch abnehmenden Kinderzahlen leeren sich Kindergärten und Schulen. Manche Politiker sehen hier bereits große Einsparmöglichkeiten. Sie wollen mit diesen Geldern beispielsweise Belastungen in Verbindung mit dem Ausbau der Altenhilfestruktur ausgleichen und argumentieren dabei mit den Folgen des demographischen Wandels. Das mag angesichts der schwierigen öffentlichen Haushaltslage erst einmal nachvollziehbar erscheinen, notwendig sind aber andere Strategien (Tat-

¹¹ Weitere Informationen zum Integrationskonzept siehe Homepage der Stadt Bielefeld unter www.bielefeld.de.

je 2005a), denn die künftig sinkenden Kinderzahlen – bis zum Jahr 2020 wird ein Rückgang von 15 Prozent und bis 2050 um mindestens 20 Prozent erwartet – zeigen deutlich, dass unserer Gesellschaft ein Mangel an qualifizierten Nachwuchs-Arbeitskräften droht. Und die Zukunft gehört Ländern, die in Bezug auf das Qualifikationspotenzial ihrer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im internationalen Wettbewerb, besonders im Zusammenhang mit der Globalisierung von Märkten, mithalten. Bildung und Qualifizierung der Arbeitskräfte werden also für das Wirtschaftswachstum immer bedeutender.

Außerdem haben Bildungsdefizite in unserer Gesellschaft weitreichende Folgen: Je niedriger der Bildungsabschluss, desto höher das Risiko von Arbeitslosigkeit und Armut (Deutsches Kinderhilfswerk 2007)¹². Bildung entscheidet mit darüber, ob die Voraussetzungen zur Verwirklichung der eigenen Lebenspläne erreicht werden können, Bildungsangebote eröffnen jungen Menschen eine Perspektive für ihr späteres berufliches Leben und damit Zugang zu relevanten gesellschaftlichen Positionen. Bildung ist schon jetzt Voraussetzung für eine Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen – von der Wirtschaft über die Politik bis zur Kultur. Und hier sind die Chancen unterschiedlich verteilt, schreibt die ZEIT-Journalistin Elisabeth Niejahr (Niejahr 2003; 2004). Der wissenschaftliche Beirat für Familienfragen sieht seit Jahren ein „Zuwenig“ an Betreuungs-, Bildungs- und Förderangeboten, die gerade für Kinder aus benachteiligten Herkunftsverhältnissen wichtig sind. Studien und Statistiken belegen seit langem, dass Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund hier besonders betroffen sind: Selbst von hier geborenen Zuwandererkindern verlassen nur etwa 40 Prozent die Hauptschule mit einem Abschluss, und die Folge ist eine geringere Ausbildungsbeteiligung. So können nur etwa 38 Prozent eine berufliche Ausbildung vorweisen. Der Anteil deutscher Jugendlicher liegt mit 68 Prozent deutlich höher. Folgen von schlechteren Schulabschlüssen und fehlender Ausbildung sind meist eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit oder ein späterer Verlust des Arbeitsplatzes, denn beide sind an den Bildungsabschluss gekoppelt.

Für die demographische Planung in unseren Städten und Gemeinden

¹² Die neuen Zahlen zur Kinderarmut der Bundesregierung sind hier noch nicht berücksichtigt.

bedeutet dies, dass keine vorschnellen Schlüsse aus den Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur gezogen werden dürfen, also nicht gleich Schulen geschlossen werden, weil die Schülerzahlen sinken. Demographische Planung berücksichtigt vielmehr weitere Faktoren, zum Beispiel die zunehmende Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund oder den wachsenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in einer immer älter werdenden Gesellschaft.

Und so kann am Ende der Diskussion eine sinkende Schülerzahl auch dazu führen, dass sogar mehr statt weniger Geld in den Bildungsbereich fließt; dass Schulen nicht geschlossen, sondern Klassen kleiner werden und damit die Qualität des Unterrichts verbessert wird; oder dass der Ganztagsbetrieb ausgebaut wird – und dazu gehört auch eine gesunde, warme Mittagsmahlzeit, die für *alle* Kinder erschwinglich ist, weil die Kommune sie bezuschusst –; oder dass Probleme schon vor Schuleintritt erkannt werden.

Auch den Universitäten und Fachhochschulen kommt eine hohe Bedeutung zu. In Bielefeld ist die Hochschullandschaft auch aus demographischer Sicht wichtig: Sie trägt als wichtiger Standortfaktor zur Verjüngung der Stadt bei, indem sie junge Leute anzieht. Das damit verbundene hohe kreative Potenzial sollten wir gezielt nutzen.

Bei Überlegungen zur Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft sollte die Weiterbildung nicht aus dem Blick geraten: Die Alterspyramide zeigt, dass die größte Gruppe der Arbeitnehmer heute zwischen 40 und 50 Jahre alt ist. In 15 bis 25 Jahren wird diese Gruppe in den Ruhestand gehen – mit gravierenden Folgen für die Wirtschaft. Denn dann fehlen in den Unternehmen und Verwaltungen qualifizierte ältere Arbeitnehmer mit Erfahrungswissen. Kommunen sollten also schon heute aktiv werden und ein Bündel unterschiedlicher Maßnahmen entwickeln, die diesen Übergang intelligent gestalten. Zusätzlich muss die Kommune Absprachen treffen mit Unternehmen vor Ort, damit diese ihr Engagement verstärken und sich an der Qualifizierung älterer Arbeitnehmer beteiligen.

Eine große Rolle spielt auch die Kooperation mit der Universität: Für 550 „Studierende ab 50“ stehen pro Halbjahr 250 Vorlesungen und Seminare zur Auswahl, die die älteren mit den jüngeren Studierenden gemeinsam besuchen; zusätzlich gibt es selbst organisierte Arbeitsgemeinschaften. Bei „Studieren ab 50“ treffen Menschen mit unterschiedlichsten Lebenserfah-

rungen zusammen. Sie sind in einer Lebensphase, in der es für sie weniger Verpflichtungen gibt, und können sich persönlich weiterentwickeln, aktiv einbringen und so etwas bewegen.

Kommunale Politik kann also einiges bewirken, wenn sie sich im Kontext der demographischen Entwicklung auf Schwerpunkte festlegt. Bildung und Weiterbildung gehören mit Sicherheit dazu – und in Verbindung mit einer durchdachten Familienpolitik und einer attraktiven Wirtschaftsförderungspolitik kann die Entwicklung unserer Städte positiv beeinflusst und in eine gute Richtung gelenkt werden. Es gilt, die grundsätzliche Frage zu klären, welchen Stellenwert Bildung, Erziehung und Weiterbildung in der kommunalen Politik zukünftig einnehmen. Und auch das ist zu bedenken: Schulen und Jugendangebote in einem Stadtviertel bedeuten Lebensqualität, sie sind für Familien ein Grund, sich anzusiedeln. Wenn es darum geht, trotz des demographischen Wandels intakte Stadtviertel zu behalten, muss auch dieser Aspekt berücksichtigt werden (vgl. Häußermann et al. 2004; Zimmer-Hegmann et al. 2005).

Auch Bielefeld wird älter

Im Folgenden geht es unter demographiepolitischen Gesichtspunkten darum, wie ein positives zukünftiges Zusammenleben in einer Stadt zu gestalten ist, deren Durchschnittsalter steigt: Modellrechnungen des Landesamtes für Statistik Nordrhein-Westfalen ergeben, dass sich bis 2050 die Zahl der Pflegebedürftigen etwa verdoppeln wird. Besonders stark ansteigen wird die Pflegebedürftigkeit in der Altersgruppe der über 80-Jährigen. Studien belegen, dass auch in der Altersgruppe zwischen 65 und 75 Jahren das Pflegerisiko deutlich zunimmt und ab 75 Jahren ein rapider Anstieg der Pflegebedürftigkeit erwartet werden muss (vgl. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, S. 1).

Mit zunehmendem Alter wird die Versorgung zeitaufwendiger und pflegeintensiver, weshalb Angehörige die Pflege oft in professionelle Hände geben. Experten zufolge wird die häusliche Pflege auch deshalb seltener, weil sich die Familienstrukturen ändern: Die Erwerbstätigkeit von Frauen wird weiter zunehmen, ebenso die Mobilität der Menschen, und so wird in Zukunft die häusliche Pflege durch die Kinder eher ein Wunsch bleiben als Wirklichkeit werden. Als Konsequenz steigt die Nachfrage nach ambu-

lanten und stationären Betreuungsangeboten, und dies wirkt sich stark auf die kommunale Versorgung aus. Im Sinne einer menschenwürdigen Politik für alte Menschen müssen schon heutige Planungen diese Aspekte stärker berücksichtigen.

Der demographische Wandel und die rasch ablaufenden Veränderungsprozesse der Familienstruktur erfordern neue Wege im Miteinander der Generationen, wenn das Zusammenleben aller Generationen mit gegenseitiger Förderung und Unterstützung bei wechselseitiger Verantwortung der Generationen füreinander als zentraler Wert erhalten bleiben soll. Es wäre für alle von Vorteil, wenn Kinder, die ohne Großeltern oder mit einem allein erziehenden Elternteil aufwachsen, dennoch zur älteren Generation Kontakt aufnehmen könnten und umgekehrt die älteren Menschen ohne eigene Kinder und Enkelkinder in ihrer Nähe die Entwicklung des Nachwuchses miterleben und mitgestalten könnten. Deshalb gewinnen in Zukunft Wohnformen an Bedeutung, die eine Alternative zu Single-Dasein, Kleinstfamilie oder dem Allein-Erziehen anbieten. Die Stadt kann dabei unterstützend wirken, indem sie Planungsprozesse miteinander vernetzt, Konzepte aus generationenübergreifender Perspektive entwickelt und es Eigentümern ermöglicht oder erleichtert, Wohnraum barrierefrei umzubauen und damit zugleich kinderfreundlich und altersgerecht, also generationengerecht zu gestalten. Richtlinien für städtisches Wohnen können dafür sorgen, dass städtische Mittel nur noch vergeben werden, wenn barrierefrei gebaut wird.

Auch das Ehrenamt ist ein wichtiger Faktor: Ältere Menschen können Kinder und Jugendliche durch gezielte Bildungsprogramme unterstützen, etwa in Sprachkursen für den Nachwuchs mit Migrationshintergrund oder durch Hilfe bei der Berufsfindung in so genannten „Patenschaften“. Umgekehrt können Jugendliche die Älteren mit den neuen Technologien vertraut machen. Ein Beispiel für das Miteinander der Generationen war das generationenübergreifende Demographie-Projekt „Bücher schlagen Brücken“ des Landes Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2009 und 2010, bei dem Bielefeld Modellstadt war. Ziel des Projektes war es, Junge und Ältere über Bücher ins Gespräch zu bringen und den Austausch zwischen den Generationen zu fördern. 50 Jugendliche aus verschiedenen Bielefelder Schulen haben sich daran beteiligt. Die Jugendlichen bekamen zunächst eine Intensivschulung mit konkreten Vorlese-Tipps, lasen dann in drei Senio-

reineinrichtungen Bielefelds Geschichten vor und sprachen mit den älteren Menschen darüber.

Stadtteil- und Quartiersentwicklung

Im folgenden Kapitel möchte ich einen weiteren Aspekt skizzieren, der in Bielefeld bei der Entwicklung von innovativen Stadtkonzepten zunehmend in den Blickpunkt gerät.

In schrumpfenden Städten wird eine deutliche Polarisierung von Lebenslagen und Lebensbedingungen erkennbar. Mit den demographischen Veränderungen wird sich diese Aufteilung noch stärker konturieren. Studien zufolge entwickeln sich künftig nicht allein die Städte, sondern auch ihre einzelnen Stadtteile auf unterschiedliche Weise. Heute leben die meisten armen „Inländer“, wie Alte und Alleinerziehende, in solchen Stadtteilen, in denen auch die meisten „Ausländer“ zu finden sind – so beschreiben Wissenschaftler wie Klaus Peter Strohmeier die Situation im Ruhrgebiet oder in Berlin. Damit ist eine hohe Fluktuation der Zuzüge und Wegzüge verbunden: Rein rechnerisch wird als Folge von Zu- und Wegzügen in den ärmsten Stadtteilen innerhalb von fünf Jahren die Bevölkerung vollständig ausgetauscht. In diesen so genannten Durchgangsquartieren ist dann verständlicherweise auch die Integration am geringsten ausgeprägt, und die Bewohner identifizieren sich nur schwach mit ihrem Stadtteil (Strohmeier/Häußermann 2006).

Auch in Bielefeld zeigt sich diese Tendenz schon seit geraumer Zeit: In einigen Stadtbezirken steigt der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, und andere Stadtteile verändern sich in ganz andere Richtung; dort leben dann etwa zunehmend mehr alte Menschen. Und auch in Bielefeld gibt es Stadtbezirke, in denen sich soziale Probleme häufen.

Deshalb dürfen bei der Entwicklung von Stadtgebieten nicht allein städtebauliche Aspekte im Vordergrund stehen; es gilt, die sozialen Entwicklungen und Auswirkungen im Auge zu haben, um einer weiteren Aufspaltung der Stadtgesellschaft entgegenzuwirken. Vordringlich ist dabei die Entwicklung von Stadtteilkonzepten, die möglichst vielfältige Aspekte des Zusammenlebens einbeziehen.

Allerdings sind die Planungen der Stadt- und Stadtteilentwicklung meist von ganz anderen Interessen dominiert: Der Spiegel-Artikel „Stadt-

luft macht high!“ beschrieb pointiert, wie Städte mit teuren so genannten „Leuchtturm-Projekten“ ihr Image aufzubessern und andere Städte zu übertrumpfen versuchen (vgl. Der Spiegel 2009).

Im Demographie-Projekt „Räume der Zukunft“ suchten schon 2005 unterschiedliche Akteure, wie städtische Planerinnen und Planer, lokale Vertreter aus Wohnungswirtschaft, Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Jugendarbeit, Schule und Universität eine Antwort auf die Frage, wie die Stadt in Zukunft solche Gebiete fördern kann, die besonders stark von demographischen Veränderungen betroffen sind. Am Beispiel des Stadtbezirks Mitte wurden – quasi als Werkzeugkasten – Vorschläge für ein „soziales Frühwarnsystem“ erarbeitet, die für die Entwicklung aller Stadtteile als Anregung und Leitfaden genutzt werden können und sollen. Es ging dabei vor allem um die Integration von Zuwanderern, die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in einer älter werdenden Gesellschaft und die Teilhabe älterer Menschen im Quartier (Tatje 2006).

Auf dieser Grundlage werden auch andere städtische Konzepte und Projekte entwickelt; ein Beispiel sind die Richtlinien für städtisches Wohnen. Wichtiger Baustein dieser Richtlinien ist, dass städtische Mittel nur noch vergeben werden, wenn barrierefrei gebaut wird. Das ist nicht nur für alte, kranke und behinderte Menschen mit Gehhilfe oder Rollator wichtig, sondern auch für Familien mit Kindern und Kinderwagen.

Zukunft gestalten

Meinen Part bei der Zukunftsgestaltung sehe ich vordringlich darin, die Chancen des demographischen Wandels zu nutzen und dabei alle Gruppen im Blick zu behalten. Bürgerinnen und Bürger sollen sich an der Zukunftsgestaltung beteiligen und sich bei Workshops, Stadtteilkonferenzen oder Bürgerschafts-Foren in die Diskussion einmischen.

Aus diesem Grund habe ich in meinem Arbeitsbereich auch Projekte entwickelt, bei denen Menschen ihre Ideen einbringen können. Dazu einige Beispiele:

- Die Zukunftswerkstätten zur Frage: „Wie wollen wir leben in Bielefeld im Jahr 2050?“. Hier entwickelten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, Jung und Alt, gemeinsam mit Akteuren der Stadtgesellschaft ihre Vorstellungen für unsere Stadt (Tatje 2005b).

- Die „Demographischen Stadtrundgänge“, auf denen an unterschiedlichen Stationen Experten das „Weniger-, Älter- und Bunter-Werden“ des Stadtviertels exemplarisch erklärten. Ziel war es, das „sperrige“ Demographiethema für Bürgerinnen und Bürger verständlich zu präsentieren, sie damit für das Thema zu gewinnen und für notwendige Veränderungen zu sensibilisieren (Tatje 2007b).
- Kongresse und Tagungen oder Workshops zu demographiepolitischen Themen, zum Beispiel das Symposium „Zukunft findet Stadt – Stadt findet Zukunft“. Das Bielefelder Symposium betrachtete den demographischen Wandel aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln; mit Künstlern, Architekten, Stadtplanern, Journalisten und Wissenschaftlern wurden Zukunftskonzepte diskutiert. Ziel war es, auch Bürgerinnen und Bürger an der Diskussion über die Zukunft ihrer Stadt zu beteiligen (Tatje 2007b).
- Das Projekt „Räume der Zukunft – Sichtwechsel im Liegestuhl“ sollte das Bewusstsein für den demographischen Wandel schärfen und den Bürgerinnen und Bürgern das Thema näherbringen. Zunächst setzten sich rund 130 Schülerinnen und Schüler mit dem Aspekt „weniger, älter und bunter“ auseinander und hielten dann ihre Gedanken dazu auf Leinwänden fest. Diese Leinwände wurden der Öffentlichkeit in einer Ausstellung vorgestellt und danach auf Liegestühle montiert, die ebenfalls die Jugendlichen gebaut hatten. Anschließend dienten diese Liegestühle bei Kulturveranstaltungen an drei ausgewählten Orten Bielefelds als Besucherstühle. Bielefelder Bürgerinnen und Bürger waren eingeladen, darin Platz zu nehmen, ein kulturell vielfältiges Angebot an Musik, Pantomime und Lesung auf sich wirken zu lassen und so aus wortwörtlich neuer Perspektive über den demographischen Wandel im eigenen Stadtteil nachzudenken (Tatje 2011).

Städte brauchen eine „demographieorientierte Kommunalpolitik“. Politik sollte dabei die Rahmenbedingungen gestalten, damit Menschen möglichst weitgehend ihre Vorstellungen über ihr eigenes Leben realisieren können. Für die Zukunftsgestaltung brauchen wir aber auch eine Verwaltung, die flexible Lösungen entwickelt. Ebenso wichtig sind weitsichtige Politiker und Politikerinnen, die sich auch auf unbequeme Diskurse einlassen und nicht nur bis zum nächsten Wahltermin planen – und Veröffentlichungen wie diese, auf dass Bürgerinnen und Bürger zusammen mit Akteuren der

Stadtgesellschaft sich mit vielen Aspekten der Stadt und ihrer Geschichte vertraut machen und die Fragen der Zukunft gemeinsam diskutieren.

Erst ein „Policy-Mix“ aus verschiedenen Aktivitäten kann dazu beitragen, die Folgen der demographischen Entwicklung – wo immer möglich – abzufedern. Städte brauchen eine „demographieorientierte Kommunalpolitik“, an der sich *alle* beteiligen und mitwirken.

Städte brauchen aber auch die Zusammenarbeit über die Stadtgrenzen hinaus. Ein Konkurrenzkampf mit Nachbarstädten um junge Familien nützt niemandem und führt im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung nicht weiter. Wünschenswert wäre, dass sich benachbarte Kommunen miteinander verständigen und erörtern, wie sie mit der sich ändernden Bevölkerungsstruktur umgehen wollen. Denn zukünftig wird es in Europa immer stärker um regionale Entwicklungen gehen, und hier gilt, genau wie für Städte: Die Weichen für die Zukunft können wir nur gemeinsam stellen.

Literatur

- Baumert, Jürgen et al. (HgInnen) (2001) *Pisa 2000: Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*. Opladen.
- Berger, Peter A./ Kahlert, Heike (HgInnen) (2006) *Der demografische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*. Frankfurt a. M.
- Bericht der Enquete-Kommission des Landtages von Nordrhein-Westfalen (2004) *Zukunft der Städte in Nordrhein Westfalen*. Düsseldorf.
- Bertram, Hans (2005) *Nachhaltige Familienpolitik – Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik*. Hg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- Birg, Herwig (2001) *Die demographische Zeitenwende*. München.
- Birg, Herwig (2006) *Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt*. München (2005; 2. Aufl. 2006).
- BMFSJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2006) *7. Familienbericht: „Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit“*. Berlin.
- Demographiebericht 2008 (2009) In: *Zukunft Stadt – Demographischer Wandel in Bielefeld*, Heft 5, Hg.: Stadt Bielefeld. Bielefeld. Auch verfügbar unter: Homepage der Stadt Bielefeld, www.bielefeld.de.
- DER SPIEGEL (2009) *Stadtluft macht high*. Heft 18/2009.
- Deutsches Kinderhilfswerk (Hg.) (2007) *Kinderreport Deutschland 2007. Daten, Fakten, Hintergründe*. Freiburg.

- Esch, Karin/ Mezger, Erika/ Stöbe-Blossey, Sybille (Hginnen) (2005) *Kinderbetreuung – Dienstleistung für Kinder*. Wiesbaden.
- Handlungsprogramm der Landesregierung NRW (2005) *Den Demographischen Wandel gestalten*. Düsseldorf.
- Häußermann, Hartmut/ Kapphan, Andreas (2000) *Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990*. Berlin.
- Häußermann, Hartmut/ Holm, Andrej/ Zunzer, Daniela (2002) *Stadterneuerung in der Berliner Republik. Beispiel Prenzlauer Berg*. Berlin.
- Häußermann, Hartmut/ Kronauer, Martin/ Siebel, Walter (Hg.) (2004) *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung*. Frankfurt a. M.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005) *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*. Frankfurt a. M.
- Klammer, Ute (2006) *Lebenslauforientierte Sozialpolitik – ein Lösungsansatz zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie im demographischen Wandel*. In: Berger, Peter A./ Kahlert, Heike (HgInnen) *Der demografische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*. Frankfurt a. M., 237-266.
- Kröhnert, Steffen (2006) *Wege in die demografische Zukunftsfähigkeit*. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) *Dossier Demographischer Wandel in Deutschland*. Berlin. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/70889/wege-in-die-zukunft>, abgerufen am 24.7.2012.
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, Pressemitteilung 187/04.
- Niejahr, Elisabeth (2003) *Das Märchen vom Aufstieg*. In: ZEIT Online 30/2003.
- Niejahr, Elisabeth (2004) *Alt sind nur die anderen*. Frankfurt a. M.
- Prantl, Heribert/ von Hardenberg, Nina (2008) *Schwarz, Rot, Grau. Altern in Deutschland*. München.
- Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (2002) *Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik*. BT-Drucksache 14/8800. Berlin.
- SPIEGEL special (2006) *Jung im Kopf. Die Chancen der alternden Gesellschaft*. Nr. 8/2006.
- SPIEGEL special (2008) *Allah im Abendland. Der Islam und die Deutschen*. Nr. 2/2008.
- Statistisches Bundesamt (2009) *Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006) *Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus Leben in Europa für Deutschland 2005*. Wiesbaden.
- Strohmeier, Klaus Peter (unter Mitarbeit von Safet Alic) (2006) *Segregation in den Städten*. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Gesprächskreis Migration und Integration. Bonn.

- Strohmeier, Klaus Peter, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS), in Kooperation mit Hartmut Häußermann (2006) *Sozialraumanalyse – Soziale, ethnische und demografische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten*. Gutachten für die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ des Landtags Nordrhein-Westfalen. Dortmund und Bochum. ILS-NRW-Schriften Bd. 201.
- Tatje, Susanne (2005a) „*Es geht um die gleichen Kinder*“ – *Zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule*. In: Esch, Karin/ Mezger, Erika/ Stöbe-Blossey, Sybille (Hginen) *Kinderbetreuung – Dienstleistung für Kinder*. Wiesbaden, 95-110.
- Tatje, Susanne (2005b) *Wie wollen wir leben?* In: *Zukunft Stadt*, Heft 1, Hg.: Stadt Bielefeld. Bielefeld.
- Tatje, Susanne (2006) *Räume der Zukunft*. In: *Zukunft Stadt*, Heft 2, Hg.: Stadt Bielefeld. Bielefeld.
- Tatje Susanne (2007a) *Demographischer Wandel als Chance? – Das Bielefelder Konzept*. In: *Zukunft Stadt*, Heft 3, Hg.: Stadt Bielefeld. Bielefeld.
- Tatje, Susanne (2007b) *Zukunft findet Stadt*. In: *Zukunft Stadt*, Heft 4, Hg.: Stadt Bielefeld. Bielefeld.
- Tatje, Susanne (2011) *Räume der Zukunft – Sichtwechsel im Liegestuhl*. In: *Zukunft Stadt* Heft 8, Hg.: Stadt Bielefeld. Bielefeld.
- Zimmer-Hegmann, Ralf/ Mielke, Bernd/ Meyer, Christian/ Walczak, Markus/ Strohmeier, Klaus Peter/ Kersting, Volker/ Terpoorten, Tobias (2005) *Städte- und Regionalmonitoring*. Gutachten für die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ des Landtags Nordrhein-Westfalen. Dortmund und Bochum. ILS-NRW-Schriften Bd. 198.

II.

Lebenslust vs. Lebensoptimierung

Wofür es sich zu leben lohnt. Elemente materialistischer Philosophie

Robert Pfaller

Die Frage, wofür es sich zu leben lohnt, mag auf den ersten Blick als eine besonders anspruchsvolle philosophische Herausforderung erscheinen – sozusagen als die „Eine-Million-Euro-Frage“ der Philosophie; jene Frage also, zu der man erst gelangt, wenn schon alle Telefonjoker verbraucht sind, und an die sich wahrscheinlich nur die ganz besonders waghalsigen Philosophen heranwagen, sofern gerade diese das nicht überhaupt lieber bleiben lassen – aus Furcht, sich zu blamieren. Wenn Sie dieser Frage aber nur eine Minute Ihrer Zeit widmen, werden Sie vielleicht überrascht feststellen, dass sie sich erstaunlich leicht beantworten lässt. Es werden Ihnen sofort gute Beispiele einfallen – Beispiele etwa von der Art: an einem Frühsommernachmittag vom Regen überrascht mit einem Bekannten unter einem Vordach Zuflucht suchen, die einzige verbliebene Zigarette rauchen und über Fragen des Lebens müßig nachdenken, bis der Regen wieder aufgehört hat. Oder an einem Sommernachmittag mit Kindern spielen, bis es dunkel wird; oder mit dem geborgten alten Alfa Romeo eines Freundes eine Runde um den Häuserblock fahren; oder eine Katze kitzeln. Ich beanspruche keineswegs, dass alle diese Beispiele für alle von Ihnen gleichermaßen plausibel sind, aber ich würde die These vertreten, dass Ihnen allen schon nach einer Minute des Nachdenkens mindestens ähnlich gute Beispiele für Ihr Leben, wenn nicht auch für das Leben anderer Menschen einfallen werden. Sie sehen daran etwas, was uns in der Philosophie oft begegnet, dass die Schwierigkeit einer Frage nicht in ihrer Beantwortung liegt. Die philosophischen Fragen zeichnen sich fast alle dadurch aus, dass das Schwierige an ihnen nicht die Antworten sind.

Eine entscheidende Schwierigkeit liegt vielmehr zunächst darin, die Fragen richtig zu verstehen und sie nicht mit anderen, ähnlichen zu verwechseln. Gerade die Frage, wofür es sich zu leben lohnt, muss hier von einer bestimmten Missverständlichkeit befreit werden. Sie ist nämlich etwas ganz anderes als die Frage, *wozu* es sich zu leben lohnt. Die Frage, *wozu* es sich zu leben lohnt, ist die Frage, welchen großen Projekten, welcher Mission, welcher erhabenen Aufgabe wir das Leben unterordnen könnten. Die Frage, wofür es sich zu leben lohnt, ist hingegen etwas ganz anderes – nämlich eine Frage, die davon ausgeht, dass man das Leben nicht notwendigerweise etwas anderem unterordnen muss. Zu überlegen, wofür es sich zu leben lohnt, heißt also, dem Leben selbst einen Wert zuzuerkennen – einen Wert, der unabhängig ist von allen Tauschwerten, gegen die sich das Leben mehr oder weniger vorteilhaft eintauschen lässt. Der Philosoph Michel de Montaigne hat dementsprechend im frühen 17. Jahrhundert geschrieben, wir dürften niemals vergessen, dass es unsere vornehmste Aufgabe sei, zu leben. Demnach ist es bestenfalls das Zweitvornehmste, das Leben irgendeiner Sache unterzuordnen. Das ist ein sehr wichtiger Hinweis, denn wenn man den vergisst, dann läuft man sehr stark Gefahr, in Schwierigkeiten zu geraten, sobald die Mission, der man das Leben untergeordnet hat, erfolgreich beendet ist. Das ist das typische Problem, das regelmäßig zum Beispiel bei Olympiasiegern nach ihrem Triumph auftritt, da sie plötzlich nicht mehr wissen, welcher Sache sie ihr Leben jetzt noch unterordnen können. Eine ähnliche Depression befällt auch Doktoranden nach Abschluss ihrer Dissertation. Das sind die typischen Symptome, die auftreten, wenn man die beiden Fragen verwechselt oder wenn man nicht merkt, dass im Schatten der Frage, wozu es sich zu leben lohnt, sich noch eine viel wichtigere und schwierigere verbirgt, nämlich die Frage, wofür es sich zu leben lohnt.

Diese Frage (und hier droht eine zweite Missverständlichkeit) ist auch nicht gleichzusetzen mit der Frage, ob das Leben sich überhaupt lohnt – verglichen mit irgendetwas anderem, etwa dem Nichts oder Ähnlichem (in diesem ganz anderen, letzteren Sinn spricht etwa der Schriftsteller Émile Cioran vom „Nachteil, geboren zu sein“). Solche grundsätzlich unbeantwortbaren Fragen kann man in einem schlechten Sinn als metaphysisch bezeichnen.

Zu fragen, wofür es sich zu leben lohnt, bedeutet hingegen lediglich

zu erkennen, dass es ein Leben gibt, das sich lohnt, und eines, das sich nicht lohnt. Das ist eine völlig unmetaphysische, nicht jenseitige, mithin immanente Betrachtung: Verglichen oder gemessen wird hier das Leben nur am Leben selbst. Man kann dieses Verfahren mit der Art vergleichen, wie manchmal über Fußball gesprochen wird: Dort gibt es Spiele, wo sich der Fußball lohnt, und solche, wo er nicht zum Anschauen ist. (Das ist doch kein Spiel, sagt man dann – genauso, wie man über ein bestimmtes Leben sagt: Das ist doch kein Leben.) Die Frage, wofür es sich Fußball zu spielen lohnt, ist somit eine fußballimmanente. Ihr einziger Maßstab ist der Fußball. Es ist nicht die Frage, ob Fußball besser ist als Handball oder gar nichts.

Fußball und Leben zeigen in dieser immanenten Betrachtung etwas Interessantes – nämlich dass sie beide etwas Doppeltes sind: eine Realität und eine Norm, an der diese Realität gemessen wird. Nur in Bezug auf lebendige Wesen, nicht aber in Bezug auf Tote oder Steine, stellen wir die Frage, ob das, was sie haben, denn auch ein Leben ist. Und auch nur in Bezug auf etwas, das unzweifelhaft Fußball ist, stellen Zuschauer und Trainer fest, dies sei heute kein Spiel oder die Mannschaft habe auf das Fußballspielen vergessen. Die Frage, wofür es sich zu leben lohnt, kann, so betrachtet, auch verstanden werden als eine Art Aufruf: eine Erinnerung an lebendige Wesen, nicht auf das Leben zu vergessen.

Nun mag es auf den ersten Blick so scheinen, als ob Menschen kein dringlicheres Bedürfnis hätten, als Antworten zu finden auf die Frage, wofür es sich zu leben lohnt. Man kann sich kaum vorstellen, dass es etwas Wichtigeres geben könnte. Allerdings zeigt aber gerade die Kultur der Gegenwart, dass diese Frage den Menschen in einem geradezu erschreckenden Ausmaß auch abhandenkommen kann. Vielleicht hat noch nie eine Kulturrepoche wie die unsere so sehr vergessen, sich diese Frage zu stellen, oder sich sogar so sehr dagegen gesträubt, sich diese Frage zu stellen.

Das deutlichste Symptom dafür, zugleich ein Symptom dafür, dass wir ein Problem mit dem Genuss, ein Problem mit dem Glück im Leben haben, ist meines Erachtens der Umstand, dass wir seit zwanzig Jahren eine Epidemie der Beschwerde beobachten können. Noch nie haben sich in reichen und privilegierten Gesellschaften so viele Menschen über irgendetwas beschwert. Die einen beschwerten sich, dass die anderen rauchen; die anderen beschwerten sich, dass die anderen Musik hören; die dritten beschwerten

sich, dass die anderen im Garten grillen und dass der Geruch des gebratenen Lamms womöglich bis auf ihre Balkons hinaufdringt. Die nächsten beschweren sich, dass die anderen angeblich verächtlich über sie reden; die nächsten beschweren sich, dass die anderen Witze über das machen, was ihnen heilig ist, usw.

Diese Beschwerde ist meiner Meinung nach ein typisches postmodernes Phänomen. Einem klinischen, psychoanalytisch oder philosophisch geschulten Blick fällt natürlich schnell auf, dass alle Dinge, über die man sich da beschwert, eigentlich Dinge sind, die man auch freudig begrüßen könnte. Man könnte sich sagen: „Das ist aber schön, dass sich Menschen finden, die auf dieser verlassenem Wiese im Hof ein Fest feiern und ein Lamm grillen, und wenn ich einen Salat oder eine Flasche Wein mitbringe, bin ich vielleicht auch eingeladen und kann mit denen feiern. Das ist doch viel schöner, als wenn dieser Hof ein verlassener Platz bleibt, so wie er es immer war.“ Die Älteren unter Ihnen werden sich vielleicht auch erinnern: Bis Mitte der 90er Jahre konnte man noch auf die Frage: „Stört es Sie, wenn ich hier rauche?“, als Antwort hören: „Aber nein, bitte tun Sie das nur, ich rauche zwar selber nicht, aber ich finde, das riecht so gut und sieht so elegant aus; ich bin sehr froh, wenn Sie rauchen.“ Das ist ein Satz, den man heute ins Museum stellen müsste, es ist ein verlorengegangenes Kulturgut unserer Zivilisation. Man sollte das unbedingt Kindern in der Volksschule beibringen, dass Menschen so etwas früher gesagt haben. Dann würden sie zu ahnen beginnen, dass man am Glück eines Anderen auch Freude haben kann.

Sie sehen also, dass alles, worüber man sich heute beschwert, eigentlich etwas ist, worüber man sich auch freuen könnte, und genau hier hat sich etwas geändert im Umgang mit dem Glück. Das ist, glaube ich, das entscheidende Merkmal unserer Epoche, dass man das Glück nicht mehr als etwas solidarisch Teilbares erfahren kann, sondern den glücklichen anderen immer als einen „Dieb des Genießens“ betrachtet – nach dem Motto: „Wenn du glücklich bist, dann hast du wahrscheinlich mein Glück gestohlen, und deswegen bin ich so unglücklich. Ich kann also mein Glück nur herstellen, indem ich dafür Sorge, dass dir dein Glück verboten wird.“ Dies ist ein Grund für den Wunsch nach den vielen Verboten, die wir im Moment so sehr grassieren sehen.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Behandlungsarten des Glücks – dass

man es einmal begrüßt und sich freut, dass der andere glücklich ist, und das Gefühl hat, man kann selbst auch davon profitieren, und dass man sich andererseits über das Glück des anderen beschwert und darin eine Beraubung des eigenen Glücks vermutet – aufgrund dieser völlig entgegengesetzten Reaktionen müssen wir den Schluss ziehen, dass das Glück offenbar etwas Schillerndes an sich hat. Das Glück ist etwas, das in manchen Epochen als etwas Großartiges wahrgenommen werden kann und in anderen Epochen als etwas Bedrohliches erscheint oder als ein Ärgernis.

Das ist eine Dimension, die wir ernst nehmen müssen, um die aktuellen Schwierigkeiten zu verstehen. Wir müssen offenbar sagen: *Dem Glück haftet immer etwas Zwiespältiges an*. Egal, welche Antworten Sie gefunden haben auf die Frage, wofür es sich zu leben lohnt – Sie werden schnell feststellen, dass bei allen Antworten, die Sie geben, immer eine zwiespältige Dimension aufblitzt: Das Rauchen ist ungesund, beim Alkohol ist es ähnlich, der ist auch nicht gesund, und zusätzlich berauscht er auch noch und mindert die Arbeitsfähigkeit. Partykleidung ist unvernünftig teuer, Partys versauen die Wohnung, und harmlosen Vergnügungen wie Musik hören oder spazieren gehen haftet immer noch die zwiespältige Dimension einer Verschwendung von Zeit an.

Überall steckt hier etwas, was mit einer profanen Ökonomie des Haushaltens mit Kräften und Ressourcen im Widerstreit liegt; etwas, das dem eigenen Budget oder der eigenen Gesundheit spottet und uns zu einer Überschreitung zwingt. Genau diese Überschreitung ist es aber, die wir so großartig finden können; nur sie sorgt dafür, dass diese Dinge und Praktiken uns das Gefühl geben, jetzt erlebe ich einen Moment, in dem es sich zu leben lohnt.

Das war wahrscheinlich auch der Grund, weshalb man selbst Leuten, die man füsiliert hat, noch einen letzten Zug an der Zigarette ermöglicht hat: Die hatten dann zumindest noch kurz das Gefühl, dass sie gelebt haben, bevor sie gestorben sind. (In diesem Sinn könnte man sagen: Uns heutige Menschen behandelt man mit den universellen Rauchverboten noch schlechter als die Todeskandidaten vor hundert Jahren.)

Wir können also sagen, dass die Dinge, für die es sich zu leben lohnt, oder die Praktiken, die in der Lage sind, uns dieses Gefühl zu verschaffen, diese Fähigkeit allesamt einem Vorgang verdanken, in dessen Verlauf etwas Zwiespältiges in etwas Großartiges verwandelt wird. Für dieses Großar-

tige haben Philosophen wie Immanuel Kant den Namen des Erhabenen verwendet; im Englischen und Französischen spricht man hier auch vom „Sublimen“ (the sublime, le sublime). So lässt sich erahnen, dass diese Verwandlung vom Zwiespältigen ins Großartige jenem Vorgang entspricht, den die Psychoanalyse als „Sublimierung“ bezeichnet hat.

Genau diese Fähigkeit des Verwandeln von etwas Zwiespältigem in etwas Großartiges ist unserer Epoche massiv abhandengekommen. Wir könnten auch sagen, die Ressource der Sublimierungsfähigkeit ist heute verlorengegangen oder knapp geworden. Nur noch die Wenigsten, oder bestimmte Eliten, oder auch ganz bestimmte, schamlose Unterschichten scheinen über diese Fähigkeit noch irgendwie zu verfügen.

Was uns dadurch verlorengegangen ist, ist nicht wenig. Es geht hier um eine Würde, einen Glanz, der immer mit einem bestimmten „Als ob“ zu tun hat. Die Verwandlung des Zwiespältigen gibt uns immer das Gefühl, als ob es nichts ausmache; wir lassen den Champagner fließen, als ob er grenzenlos fließen könnte. Bei der Party schenken wir allen ständig nach. Wir sagen nicht: „Entschuldigung, jetzt ist der Champagner schon knapp und wir heben ihn auf, denn es kommt noch jemand“; nein: Wir tun so, als ob er grenzenlos fließen könnte, und genau so trinken wir ihn auch. Diese lustvolle Verschwendung gibt uns ein Gefühl der Grenzenlosigkeit, einen Moment eines grandiosen, erfüllten Lebens. In genau diesen Momenten fühlen wir uns auch erwachsen und souverän; wir fühlen uns dem Leben ebenbürtig. In den übrigen Momenten in diesem Leben dagegen sind wir ja gleichsam subalterne Angestellte des Lebens; wir müssen immer aufpassen, was uns das Leben anordnet. Nur in den Momenten grenzenlosen Feiern pfeifen wir auf all das – dann sind wir sozusagen auf Augenhöhe mit dem Leben.

Offenbar bringen wir diese Grandezza oder diese Kunst der Verwandlung des Zwiespältigen ins Großartige nicht alleine zustande. Dies ist eine der wichtigsten und zugleich eine der kränkendsten Entdeckungen, auf die ich gestoßen bin: Menschen sind offenbar nicht alleine in der Lage, sich die Ressourcen zu verschaffen, die sie benötigen, um das, wofür es sich zu leben lohnt, als lustvoll zu erleben. So wie in der Arbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen sind auch in Bezug auf das Lohnende des Lebens die Produzenten alleine nicht in der Lage, den Produktionsvorgang

zu starten. Sie verfügen nicht über die Produktionsmittel ihres Glücks; denn sie brauchen etwas Gesellschaftliches dafür: ein gesellschaftliches Gebot.

Dieses Gebot lässt sich in unserem Alltag manchmal spüren, zum Beispiel, wenn jemand in der Firma plötzlich die Sektflasche unterm Arm hat und sagt: „Komm, jetzt stoßen wir an, die Kollegin hat Geburtstag“. In so einem kleinen, unscheinbaren Gebot zeigt sich die plötzliche Umkehrung aller möglichen Imperative, die das Arbeitsleben ausmachen: Bis dahin musste man arbeiten und durfte nicht unterbrechen, nicht schwätzen oder Alkohol trinken. Jetzt aber ist es plötzlich genau umgekehrt. Jetzt wäre es völlig schändlich, wenn man sagte: „Ich komme gleich, ich schreibe nur noch drei E-Mails“. So etwas darf man auf keinen Fall machen, und diese gebieterische Macht der Kultur zeigt sich auch daran, dass man dann unbedingt mittrinken und anstoßen muss. Sogar wenn einem der Arzt striktes Alkoholverbot erteilt hat, kann man sich nicht davor drücken, sondern bekommt dann eine kleine, symbolische Menge zum Anstoßen eingeschenkt und muss mitmachen.

Das ist eine der wertvollsten Kräfte, die Kultur aufweist. Sie wurde von den Kulturtheoretikern oft übersehen; sie haben die Kultur meist als eine verbietende Macht begriffen. Das ist ja auch nicht falsch und noch dazu sehr offensichtlich: Die Kultur lehrt uns beispielsweise stillzusitzen, den Mund zu halten und brav zuzuhören etc. – also alles, was wir im Rahmen unserer Abrichtung in der Volksschule erfahren mussten. Aber das Entscheidende an der Kultur ist etwas ganz anderes, nämlich dass uns die Kultur solche Gebote bereitstellt, Gebote zum Genuss. Und das ist bitter notwendig. Denn von selbst, auf sich alleine gestellt, sind die Individuen alles andere als genussfreundlich. Es ist ein noch viel zu optimistisches Bild, zu glauben, dass die Individuen spontane Hedonisten wären, strikt lustorientierte Schwererziehbare, die von der Kultur mühsam dazu gebracht werden müssten, sich wenigstens kurz mal einigen höheren Aufgaben zu widmen.

Es ist vielmehr genau umgekehrt, und das ist sogar viel schlimmer (der Materialismus ist in der Philosophie immer die Lehre der schlimmsten und ernüchterndsten Botschaften): Die Menschen sind von sich aus spontane Glücksfeinde, und nur, wenn sie von der Kultur einen Befehl bekommen – „Jetzt wird gefeiert!“ –, können sie ihre eigenen Hemmungen überwinden und sich dem Glück hingeben.

Eine kleine Anekdote, die diese Notwendigkeit der befehlenden Inter-

vention durch die Kultur sehr schön illustriert, hat der italienische Schriftsteller und Nobelpreisträger Dario Fo einmal in einer Fernsehsendung erzählt. Er hat gesagt, dass er schon wisse, dass es in anderen Ländern unangehörig ist, Frauen nachzuschauen, aber in Italien sei das eben genau umgekehrt. Denn die Frauen gäben sich auf der Straße ja ganz anders Mühe als zu Hause; sie gingen ganz anders, als sie sonst gehen, sie kleideten sich schöner etc., und sie wollten für diesen Aufwand schließlich auch gewürdigt werden. Sie schauten sogar kontrollierend, ob man sie auch anschaut auf der Straße, man habe also die Pflicht, sie anzusehen, und das bekomme jeder Italiener bereits als Kind eingebläut. Als er noch ein kleiner Junge war und seine Mutter mit ihm auf der Straße ging und ihn an der Hand führte, habe sie zu ihm gesagt: „Bohr nicht in der Nase, schau dir die Frauen an!“

Hier findet man also den Kern des Kulturgebots: Der kleine Junge wird aus seinem kulturfeindlichen Autoerotismus herausgerissen und soll sich benehmen, als ob er schon ein großer Mann wäre. Hier findet sich wieder dieses entscheidende „Als ob“ – genau wie beim Champagner, den man einschenken muss, als ob er unendlich fließen könnte.

Sie sehen an diesem Kulturgebot, das so notwendig ist, um zum Glück Zugang zu finden, dass wir nur unter den Bedingungen der Kultur und unter den Bedingungen der Gesellschaft Glück empfinden können; d. h. nicht als private Wesen sind wir glücksfähig, sondern nur als gesellschaftliche Wesen. Oder, wie der Soziologe Richard Sennett sagen würde: Nur in unserer Funktion als „public men“ haben wir Zugang zum Glück, nicht aber als „private persons“.

Diese Unterscheidung zwischen dem „public man“, das heißt, der Rolle, die man in der Öffentlichkeit zu spielen hat, und der „private person“, die man zu Hause sein darf, hat Sennett eingeführt in seinem Buch „Verfall und Ende des öffentlichen Lebens“. Wie Sennett dort ausführt, gab es seit der Renaissance in Europa eine solche Kultur der Zweiteilung zwischen dem privaten und dem öffentlichen Bereich. In der Öffentlichkeit spielt man eine Rolle, man wird sozusagen zum Schauspieler; man benimmt sich anders, bewegt sich anders, kleidet sich anders und spricht anders. Das ist die Funktion des „public man“ (das ist übrigens eine geschlechtsneutrale Bezeichnung, die Menschen und nicht Männer alleine betrifft). Der „public man“ ist nun zugleich die einzige Dimension, in der wir zu unserem Glück Zugang finden können. Als Privatpersonen jedoch – oder wie die antike po-

litische Philosophie gesagt hat: als „Idioten“, die sich nur um ihren eigenen Kram kümmern – sind wir zutiefst glücksunfähig.

Die Gegenwartskultur zeichnet sich in ihrem problematischen Verhältnis zum Glück gerade dadurch aus, dass sie solche Glücksgebote um keinen Preis mehr dulden will. Genau die Gebote, die uns Zugang zum Glück verschaffen können, werden von der Gegenwartskultur als ultimative Tyrannei und Fremdbestimmung wahrgenommen: „Warum soll ich mich jetzt elegant kleiden, das ist doch eine Zumutung; wieso soll ich jetzt sprechen, als ob ich erwachsen wäre, wo ich doch noch ein Kind bin“, usw. Diese Art kulturfeindlichen Reagierens ist auf jede heutige Identität anwendbar; jeder fühlt sich ständig in der Sklaverei eines anderen und sieht nicht, dass dieses vermeintlich Fremde oder Heteronome doch genau das ist, was das Allgemeine an uns ausmacht; das, was die gesellschaftliche Allmende darstellt oder aber auch die Beute der gesellschaftlichen Kämpfe. Jeder glaubt sich zu befreien, indem er sich von solchen Imperativen abkoppelt. Näher betrachtet, ist diese vermeintliche Befreiung aber lediglich ein Verzicht auf jenen Anteil an Gesellschaft, um den es unter konfliktuellen Bedingungen zu kämpfen gilt.

Hier lässt sich in den aktuellen Verhältnissen noch die Spur einer bestimmten Post-68er-Befreiungsideologie erkennen, die den Individuen immer sagte: „Sei ganz du selbst und lass dir von anderen nichts sagen oder aufdrängen!“ Man sieht heute deutlich, wie diese scheinbar befreiende Ideologie, die eigentlich alle emanzipatorischen Bewegungen nach 1968 geprägt hat – den studentischen Neomarxismus genauso wie den Feminismus, die Ökologiebewegung oder auch die postmoderne Identitätspolitik – zur sehr zwiespältigen Komplizin der neoliberalen Beraubungsbewegungen wird, die alles Öffentliche grundsätzlich zerstören durch Ökonomisierung und Privatisierung.

Daher zeichnet sich die Gegenwartskultur, die eben keine solchen Gebote mehr verteilen kann, durch eine Reihe von erschreckenden Dringlichkeiten aus. Es ist fast wie am Computer, wo man ständig von Pop-ups genervt wird und nicht weiterarbeiten kann: So tauchen in der Gegenwart, gleichsam als Pop-ups, solche Dringlichkeiten auf wie zum Beispiel die Sicherheit. Der Sicherheit zuliebe müssen wir plötzlich zulassen, dass die Geheimdienste unsere E-Mails lesen; wenn wir ins Flugzeug steigen, müssen wir selbstverständlich die Schuhe ausziehen und die Gürtel ablegen.

Oder die Gesundheit poppt up, und wir müssen also darauf achten, dass wir uns ganz gesund ernähren, dass ja niemand raucht, nicht einmal im Freien, wo wir das einatmen könnten; oder plötzlich poppt die Kosteneffizienz auf und die Universitäten müssen ökonomisiert werden und noch viel mehr Absolventen in noch kürzerer Zeit abwerfen usw.

Dies führt zu einer ganzen Reihe von Verboten, Warnungen, Kontrollen und guten Ratschlägen, die wir eigenartigerweise nicht besonders rebellisch behandeln. Verglichen damit, wie wenig wir uns in Bezug auf den Genuss der anderen gefallen lassen, lassen wir uns in Bezug auf Gesundheit, Nachhaltigkeit, Sicherheit und Kosteneffizienz unglaublich viel zumuten und sind eigentlich sehr wenig rebellionsbereit – im Gegenteil, wir finden es sogar gut, wenn uns manches verboten wird. Es gibt massive Mehrheiten für das eine oder andere Verbot; und wir haben das Gefühl, dass sich die Politik, die sich ansonsten sehr wenig um uns kümmert, wenn es z. B. darum geht, die Finanzmärkte zu regulieren, wenigstens hier einmal etwas für uns tut, indem sie uns das Rauchen verbietet – so fühlen wir uns wenigstens einmal fürsorglich behandelt. Allerdings muss man auch sagen, dass wir uns hier wie Kinder behandeln lassen. Wir möchten etwas vorgeschrieben bekommen und hätten gerne eine Autorität, die uns – und vor allem auch den älteren, erwachseneren Geschwistern – etwas verbietet. Das führt natürlich dazu, dass wir zu den Genüssen ein völlig infantiles Verhältnis entwickeln. So sehnen wir uns immer mehr nach Genüssen, denen immer mehr das zwiespältige Element entzogen ist, Bier ohne Alkohol, Schlagobers ohne Fett, Sex ohne Körperkontakt, Kunst ohne Genie und Politik ohne Entscheidungskraft. Wir haben also sozusagen Kinderbier, Kinder Schlagobers, Kindersex, Kinderkunst und Kinderpolitik.

Was wäre das Gegenteil dazu? Das Gegenteil würde klarerweise bedeuten, sich wie Erwachsene zu benehmen, und das hieße, auf der Frage zu insistieren, wofür es sich eigentlich zu leben lohnt. Das ist der entscheidende Punkt der Frage – hier komme ich auf die eingangs erwähnte Schwierigkeit zurück: Das Schwierige an dieser Frage liegt daran, sie überhaupt zu stellen; sich die Gewohnheit zu eigen zu machen, immer dann, wenn eine neue Dringlichkeit aufpoppt, zu sagen: „Gut, mag ja sein, die Sicherheit – aber wofür lohnt es sich eigentlich zu leben?“ Ich persönlich hätte zum Beispiel gerne, dass es statt Business und Economy Class beim Flugbetrieb zwei Klassen gibt, die beispielsweise „Security“ und „Pride“

heißen könnten. Es fliegen immer zwei Maschinen gleichzeitig; in der einen werden alle nacktgescannt oder bis auf die Socken gefilzt und fühlen sich dann sicher, bei der anderen werden alle flott durchgewunken, und da sitzen dann die Terroristen und die Furchtlosen, und die denken sich: „Lieber einmal gebombt als tausende Male erniedrigt“. Sich erwachsen zu benehmen heißt in diesem Zusammenhang, sich die Frage zu stellen: Wofür lohnt es sich zu leben? Das heißt natürlich nicht, jedes Gebot der Vernunft pauschal abzulehnen, das wäre völlig infantil, aber es heißt, auf vernünftige Weise vernünftig zu sein; nicht zuzulassen, dass etwas, das sich als Vernunft ausgibt, uns das Leben ruiniert. Das heißt zu sagen: „Gut, die Sicherheit und die Gesundheit werden wir nicht völlig außer Acht lassen, klar muss man an die Kosteneffizienz denken, aber wir werden zugleich in der Lage sein, alle diese Dringlichkeiten an der Frage, wofür es sich zu leben lohnt, zu relativieren.“

Man könnte sagen: „Sicherheit ist gut, aber wenn uns die Sicherheitsgebote das gute Leben verderben, werden wir sie wieder ein wenig eingrenzen, so dass sie uns das Leben nicht verderben; wir werden also auf vernünftige Weise vernünftig sein.“ Die Frage, wofür es sich zu leben lohnt, führt hier übrigens zu einer interessanten Figur der logischen Verdoppelung.

Vernunft ist nichts Einfaches, sondern Vernunft ist nur dann vernünftig, wenn man sie auf vernünftige Weise betreibt. Vernunft alleine, also nur vernünftig zu sein, ist unmittelbar ihr Gegenteil, das ist die absolute Irrationalität – wenn man immer ständig nur vernünftig ist, verdirbt man sich das Leben, was eigentlich das Unvernünftigste ist, was man tun kann.

Dies führt nämlich dazu, dass man sich maßlos mäßigt – und auch hier haben wir wieder die Verdoppelung. Der Philosoph Epikur hat klugerweise geschrieben, die Mäßigung ist schon in Ordnung, aber man muss sehr maßvoll mit ihr umgehen, sonst wird sie selbst zu einem obszönen Exzess. Hier hat Epikur anscheinend zu uns gesprochen, wir befinden uns heute in genau einer solchen Situation, wo wir uns maßlos mäßigen; wir sind wie altkluge Kinder, die alle Verbote der Erwachsenen mehr beherzigen als die Erwachsenen selbst, und die den Erwachsenen dann ständig auf die Nerven gehen, indem sie sagen: „Man soll doch keine Alufolie verwenden“, usw.

Genau diese Kinder, die den Erwachsenen ständig nacheifern und sich so sehr an dieser altklugen Vernunft erfreuen, sind dann aber völlig ratlos,

wenn sie sehen, wie ihre Eltern oder andere Erwachsene so unvernünftige Dinge tun wie Alkohol trinken, charmant scherzen, sich verlieben oder ironisch sprechen. Dies verstehen diese Kinder dann überhaupt nicht, da sie gerade erst gelernt haben, alles so auszudrücken, wie sie es meinen; und dann sagen Erwachsene das Gegenteil von dem, was sie meinen, und die anderen Erwachsenen verstehen das auch noch!

Auch an dieser Situation bemerken Sie wohl, dass die Postmoderne eine Epidemie altkluger Kindlichkeit ist – auch Sarkasmus wird heutzutage kaum mehr verstanden, da erschrecken alle oder sind gleich beleidigt und können das überhaupt nicht nachvollziehen. Die Vernunft zu verdoppeln oder auch die Mäßigung zu verdoppeln und zu sagen: „Wir sind jetzt auf vernünftige Weise vernünftig, und nicht total vernünftig, wir mäßigen uns schon, aber maßvoll, so dass wir nicht zu völlig zwanghaften Asketen werden“ – das ist eine Fähigkeit, die eine erwachsene Tugend begründet, nämlich die Tugend des Humors.

Humor heißt eigentlich, wie Sigmund Freud in seiner Studie von 1927 geschrieben hat, sich selbst aus der Perspektive eines Erwachsenen zu betrachten und liebevoll über sich selbst lächeln zu können – das heißt, man sieht sich selbst so an wie ein Erwachsener ein Kind und sagt: „Du hast dich jetzt ein wenig geängstigt, du kleiner Wurschtel, weil die Sicherheit so dringlich wurde; jetzt kannst du aber wieder aufhören, dich zu ängstigen.“ Dieser Humor führt in letzter Konsequenz natürlich auch dazu, den Tatsachen des Lebens ein bisschen unerschrockener ins Auge blicken zu können, unerschrockener als es die Postmoderne als Kulturepoche vermag. Humor zu haben heißt natürlich auch zu sagen: Ja, es stimmt, wir werden sterben, aber so schlimm ist das auch wieder nicht, schlimm wäre es nur, wenn das, was vorher passiert, nicht ein Leben genannt werden könnte.

Damit komme ich zu den Konsequenzen, die ich Ihnen versprochen habe. Ich glaube, man kann sagen, dass das, was die Soziologen, die Psychoanalytiker, die Mediziner, die Philosophen uns im letzten Jahrhundert über das Geschlecht gelehrt haben, nämlich dass Geschlecht nicht nur eine biologische Kategorie ist, sondern dass es hier auch eine imaginäre und soziale Dimension gibt, die man Gender nennt, genauso auch über das Alter gesagt werden muss. Alter ist nicht nur etwas Biologisches, sondern etwas, das kulturelle Bedeutungsaufloadungen aufweist, und deshalb bedeutet es nicht in allen Epochen dasselbe, alt zu sein. Vor dem Hintergrund einer

postmodernen Entwicklung gibt das zu ernsthaften Befürchtungen Anlass. Jetzt scheint sich besonders zu bewahrheiten, was Woody Allen einmal festgestellt hat, als er in einem Interview gefragt wurde: „Was halten sie vom Älterwerden?“, und er antwortete: „Davon kann ich nur abraten“.

Genau das ist zu befürchten angesichts einer Postmoderne, die Menschen zu altklugen Kindern erzieht – die werden auch ganz anders altern. Was muss man dagegen tun? – Ich glaube, das Wichtigste ist, dass man versucht, all diese Imperative, des Nichtrauchens – denn sonst stirbst du früher; des Nichttrinkens – denn sonst stirbst du früher; unbedingt Kontrollen machen – denn sonst wirst du gebombt etc., ein bisschen distanziert betrachtet. Man kann sie dann begreifen als etwas, das man in Anlehnung an eine Formulierung von Max Weber eine Propaganda der „innerweltlichen Unsterblichkeit“ nennen könnte. Diese Propaganda sagt ja zugleich auch: „Wenn du dich immer gut benimmst, nie rauchst, nie trinkst, keinen Sex hast und dich immer bis auf die Socken durchsuchen lässt, dann kannst du ewig leben, weil der Tod ist doch das Allerschlimmste, und so können wir das gemeinsam vermeiden.“

Die wichtigste Maßnahme gegen diese Propaganda der innerweltlichen Unsterblichkeit, die wir setzen müssen, damit es in 30 Jahren so etwas wie glückliches Altern gibt, ist ihr Einhalt zu gebieten und ihr etwas entgegenzusetzen. Wir müssen uns wehren gegen alle infantilisierenden Verbote und Ratschläge, mit denen man uns derzeit bombardiert, und sie zurückweisen und sagen: „Passt auf, wir wissen das selber; es reicht, es ist nicht notwendig, das auf jede Zigarettenschachtel zu schreiben, kümmert euch endlich um eure wirklichen Aufgaben, statt uns mit diesem Unsinn zu drangsaliieren.“ Die ersten, die sich erfolgreich gewehrt haben und das signalisiert haben, waren meines Erachtens nach die streikenden Studierenden 2009, die sich gegen die Infantilisierung der Universitäten gewehrt haben. Man hatte ja zuvor im Namen der Studierenden, von denen man angenommen hat, dass sie in Massen und bildungsfern daherkommen, erklärt, dass man ihretwegen die Universitäten ruinieren und sie zu Hamsterrädern machen muss. Wo die Studenten ständig Fristen einhalten und geprüft werden müssen, da diese Armen das sonst nicht schaffen: Sie verlieren sich sonst nämlich völlig in dieser labyrinthischen Universität, wo sie sich womöglich eigene Fragen stellen müssen. Das kann man den Studierenden nicht zumuten, so die Begründung. Dagegen haben die Studierenden ernsthaft

Nein gesagt – „Nein so sind wir nicht, wir wollen eine Universität, die ihren Namen verdient, wir wollen als Erwachsene behandelt werden und nicht als Kinder“. Genau dasselbe müssen wir in vielen Bereichen machen, genau die, in deren Namen hier gesprochen wird, müssen sich erheben und sich gegen dieses infantilisierende Sprechen zur Wehr setzen.

Die zweite Maßnahme, die man befördern muss, ist, zu versuchen, Leuten zu helfen, ein Leben zu leben. Auch hier ist es zunächst nicht wichtig, neue Bereiche zu schaffen, sondern die Zerstörung der bestehenden Bereiche zu verhindern. Ein Absolvent meiner Universität, der an einer Schule arbeitet, hat mir vor kurzem erzählt, dass an den Schulen im Moment ernsthaft erwogen werde, dort alle außerschulischen Initiativen zu unterbinden, z. B. wenn die Lehrer den 50. Geburtstag eines Kollegen feiern wollen, sollten sie das privat machen, aber nicht an der Schule, da habe das nicht verloren. Wenn die Leute aber das Feiern verlernen, dann lernen sie nicht mehr, Praktiken zu pflegen, in denen sie das Gefühl haben, es lohnt sich zu leben – und das ist etwas, das Menschen wirklich lernen und üben müssen. Wenn sie das verlernen, werden sie nämlich große Schwierigkeiten haben, sich dieses Gefühl zu verschaffen, in einem Moment, in dem ihre Projekte und Aufgaben plötzlich aufhören; in einem Moment, in dem das, dem sie das Leben untergeordnet haben, plötzlich zu Ende ist. Sie werden sich nicht aus dem Stand erinnern können an diese zweite Dimension des Lebens, die immer erst dann anfängt, wenn das Abenteuer Pause macht, und für die sie einen gesellschaftlichen Befehl brauchen – sowie die Fähigkeit, ihm zu folgen. Wenn sie das nicht beherrschen, werden die Leute mit großer Wahrscheinlichkeit in Depressionen verfallen, sobald die Pension beginnt.

Der dritte Punkt betrifft das Verhältnis von Rolle und Person. Wir müssen darauf Acht geben, die Zerstörung der gesellschaftlichen Rollen aufzuhalten; wir müssen lernen, wie Richard Sennett betont hat, die Tatsache, dass Menschen zwischen ihrer privaten Person und ihrer gesellschaftlichen Rolle unterscheiden können, als eine ganz entscheidende zivilisatorische Errungenschaft zu betrachten. Der Imperativ „Sei ganz du selbst!“ arbeitet genau auf die Zerstörung dieser Errungenschaft hin. Dieses „Be yourself!“ kann man heute in jedem Hiphop-Refrain hören, das ist auch eine Art Epidemie. Diese Formen von Jugendkult sowie der damit verbundene Schönheitskult sind lebensfeindlich, insofern Jugend und Schönheit hier als außerkulturelle Kräfte begriffen werden. Denn die Jugend ist genau deshalb

so hip, weil sie das Bild des romantischen, rebellischen Barbaren gegen die Kultur prägt. Genau das führt aber dazu, dass Leute denken, nur akzeptabel zu sein, solange sie jung aussehen, oder dass Leute glauben, sich einer Schönheitschirurgischen Operation unterwerfen zu müssen. Wenn sie nicht begreifen, dass Schönheit etwas Gespieltes ist, dass Schönheit ein Theater ist, eine öffentliche Rolle, dass das alles auf Schminke, auf Verstellung und auf Gesten beruht, wenn sie glauben, das muss echt und authentisch sein, dann glauben sie natürlich auch, das muss am Körper geändert und hergestellt werden, und sie bemühen sich, dass an ihrem Körper nichts mehr stört. Dies ist ein völlig negativer Begriff von Schönheit, da immer nur versucht wird, das Störende zu beseitigen, aber nicht etwas Schönes herzustellen. Diese Menschen haben nicht wirklich eine Idee, wie man Schönheit herstellen könnte, weil das auf einer ganz anderen Ebene liegt. Die Fähigkeit zum Spielen einer Rolle ist übrigens auch ganz entscheidend dafür, dass Generationen miteinander überhaupt auskommen können; dieser Jugendkult führt auch zu einer ganz eigenartigen Unverträglichkeit der Generationen.

Wenn Leute nicht das Gefühl haben, als öffentliche Rollen auftreten und dadurch auch eine bestimmte Neutralität herstellen zu können, sind sie nicht nur unfähig, mit Leuten anderer Kulturen, anderer Religionen, anderer Klassen, eines anderen Geschlechts etc. unverbindlich aber doch solidarisch zu sprechen, sondern sie sind auch unfähig, mit Leuten einer anderen Altersstufe zu kommunizieren. Diese Segregation kann man im Moment sehr stark beobachten. Ich komme gerade aus Linz, wo ich erfahren habe, dass dort vor kurzem eine Bar für 35-Jährige gegründet wurde, sie hieß bezeichnenderweise „The Missing Link“, weil die 35-Jährigen das Gefühl hatten, in den Bars, wo die 25-Jährigen sind, hätten sie überhaupt nichts verloren, das sei eine ganz andere Welt, und sie brauchten eine eigene Bar, wo die 35-Jährigen unter sich sein können. Wenn diese Segregation fortschreitet, dann können Sie sich vorstellen, dass wir in 30 Jahren alte Menschen haben, die das Gefühl haben, mit keinem sprechen zu können, der auch nur fünf Jahre jünger ist. Der entscheidende Punkt ist, dass wir versuchen müssen, eine Welt herzustellen, in der Menschen wieder das Gefühl haben, durch das Spielen von Rollen dem anderen angenehm sein zu können und mit anderen sprechen zu können, und in der sie in der Lage sind, das Glück des Anderen als etwas solidarisch Teilbares zu erfahren.

Das ist nämlich der Grund, weshalb diese Verfemung der Genüsse statt-

gefunden hat: Solange Menschen das Gefühl hatten, der andere spielt in der Öffentlichkeit eine Rolle, waren sie auch der Meinung, der andere tut das aus Pflichtgefühl, und er tut es mir zuliebe, deshalb wurden andere als Bereicherung wahrgenommen, sobald man sie glücklich sah. Deshalb sagten Menschen: „Es sieht so elegant aus, wenn Sie rauchen“, sie hatten das Gefühl, der andere raucht vielleicht zu Hause gar nicht, der tut das jetzt nur, damit er mir angenehm ist, damit er eleganter erscheint, damit er mich nicht nervt mit seiner Verlegenheit oder Nervosität oder mit seinen neurotischen Ticks, sondern ein bisschen ruhiger und entspannter dasteht. Wenn Leute hingegen den anderen nur noch als einen „Be Yourself“ wahrnehmen, als jemanden, der ganz er selbst ist, dann empfinden sie das Glück des anderen natürlich sofort als tyrannisch, belästigend, sozusagen als interpersonellen Imperialismus, und sagen: „Wenn Sie das schon machen müssen, dann machen Sie das bitte zu Hause.“

Das ist die Gefahr, auf die wir zusteuern, und da müssen wir entschieden gegensteuern, sonst laufen wir Gefahr, in 30 Jahren nicht einfach nur alte Menschen zu haben – was unvermeidlich ist –, sondern beträchtlich altkluge, alte Kinder – und das wäre wirklich schrecklich.

Human Enhancement und die Zukunft des menschlichen Körpers

Christopher Coenen

Einleitung

Unter dem Begriff Human Enhancement hat sich in den letzten gut anderthalb Jahrzehnten, ausgehend von verschiedenen englischsprachigen Ländern, ein eigentümlicher Diskurs über eine Vielzahl von Wissenschafts- und Technikfeldern hinweg entwickelt (Coenen et al. 2009; Savulescu et al. 2011): In ihm wird deren mögliche Relevanz für eine „Steigerung menschlicher Leistungsfähigkeit“ oder sogar für eine „Verbesserung des Menschen“ kontrovers diskutiert. Die Palette der diskutierten Wissenschafts- und Technikfelder umfasst beispielsweise die Gentechnik, die Neurotechnologien, verschiedene Bereiche der pharmazeutischen Forschung und Entwicklung, die kosmetische plastische Chirurgie und die Prothetik. Als aktuelle oder künftige spezielle Einsatzfelder von so genannten Human Enhancement-Technologien werden u. a. der Hochleistungssport – vor allem auch für Doping (Gerlinger et al. 2008) –, das Militär, der Bereich des aktiven Alterns und die Kompensation von Behinderungen genannt.

Doch die weitreichenden und zum Teil – insbesondere bei der trans-humanistischen Bewegung (Coenen 2009a) – bizarr anmutenden Erwartungen der Befürworter und Befürworterinnen des Human Enhancement sind keineswegs auf solche speziellen Einsatzgebiete beschränkt. Es sollen vielmehr Schülerinnen und Schüler, Studierende oder ganze Volkswirtschaften von einer kognitiven Leistungssteigerung durch Pharmazeutika, Neurostimulationstechnologien oder gar Gentechnik profitieren. Oder es wird der Menschheit insgesamt das baldige Erreichen einer neuen

(techno-)biologischen und zivilisatorischen Stufe in Aussicht gestellt. Wenig verwunderlich ist vor diesem Hintergrund, dass Human Enhancement vor allem von Kritikerinnen und Kritikern als eine neue Eugenik bezeichnet wird oder auch an den utopischen „Neuen Menschen“ und die oft dystopisch erscheinenden Versuche zu seiner Realisierung erinnert wird.

Der Diskurs wird bisher vor allem von der angewandten Ethik, der Technikfolgenabschätzung (TA), von Teilen der Kulturwissenschaften sowie von der transhumanistischen Bewegung und von forschungs- und technologiepolitischen Institutionen bzw. einzelnen Mitarbeitern dieser Institutionen getragen. Er hat sich, außer in der ethischen Fachliteratur und in Kunst und Populärkultur, vor allem in Aktivitäten entfaltet, die den ethischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Aspekten (ethical, legal and societal aspects, ELSA) der Nano-, Bio-, Neuro- und Informationstechnologien sowie der zugehörigen Forschungsfelder gewidmet waren, oft im Kontext der wissenschaftlichen Politikberatung (Coenen et al. 2009). Die Militärforschung spielt in dem Diskurs eine zentrale Rolle.

Im deutschsprachigen Raum und international ist mittlerweile eine große Zahl an ethischen Fachbeiträgen zum Thema erschienen, die Politikberatung und die so genannte Begleitforschung zu naturwissenschaftlich-technischen Entwicklungen haben sich (vor allem in Form von ELSA- und TA-Studien) in verschiedenen Zusammenhängen (zum Teil ausführlich) mit der Thematik befasst, in Kunst und Wissenschaftskommunikation gab es verschiedentlich Aktivitäten zu Human Enhancement, und es liegen zudem bereits Veröffentlichungen zu historischen, rechtlichen, literarischen und anderen, im politiknahen Diskurs zu Human Enhancement eher selten angesprochenen Aspekten vor.¹

In dem vorliegenden Beitrag soll daher kein Versuch unternommen werden, den Diskurs zu Human Enhancement als Ganzes abzubilden oder gar zu analysieren. Vielmehr erfolgt eine Beschränkung darauf, inwiefern er und einige seiner zentralen naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Forschungs- und Entwicklungsfelder hinsichtlich Fragen der Lebensqualität in „westlichen“ Gesellschaften relevant sind.

¹ Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sei hinsichtlich weiterführender deutschsprachiger Literatur auf folgende Arbeiten hingewiesen: Ach/Pollmann (2006); Coenen et al. (2010); Dickel (2011); Eckhardt et al. (2011); Eilers et al. (2012); Orland (2005); Saage (2011); Sauter/Gerlinger (2012); Schöne-Seifert et al. (2009); Wienke et al. (2009).

Dazu ist zunächst relativ ausführlich auf ein den bisherigen Diskurs stark prägendes definitorisches Problem einzugehen: die Abgrenzung des Begriffs Human Enhancement von dem Begriff Therapie.

Zur Definition des Human Enhancement

Bis vor kurzer Zeit für gewöhnlich – und heute immer noch oft – wird Enhancement als eine Art von Gegenbegriff zu Therapie genutzt. Human Enhancement ist demnach eine Steigerung menschlichen Leistungsvermögens oder eine „Verbesserung“ des Menschen über ein wie immer definiertes Normalmaß hinaus, bis hin zu einer Überschreitung von seit jeher bestehenden Grenzen des menschlichen Körpers, einschließlich der bekannten Grenzen seiner intellektuellen Fähigkeiten. Ein Enhancement kann aus dieser Sicht sowohl durch mit naturwissenschaftlich-technischen und medizinischen Mitteln erzielten, aber rein biologischen „Verbesserungen“ als auch durch neuartige Kopplungen von Mensch und Technik erreicht werden. Obwohl zumeist die Existenz von Grenzfällen zugestanden wird, erfolgt bei dieser Art von Definitionen eine klare Abgrenzung oder sogar eine Entgegensetzung von Therapie und Enhancement: Während Letzteres dazu dienen soll, überdurchschnittliche oder übermenschliche Leistungen zu ermöglichen, geht es in der Therapie (der zumeist dann auch die Behinderungskompensation in Gänze subsumiert wird) um die Herstellung oder Wiederherstellung von Gesundheit und einer wie immer definierten „normalen“ Leistungsfähigkeit, um eine Abmilderung von Leiden oder um einen partiellen oder vollständigen Ausgleich bestehender Nachteile.

Gegen diese Art von Definitionen spricht nicht nur der Umstand, dass eine Therapie – wie beispielsweise die auch im professionellen Golf beliebte Behebung von Sehschwächen mittels Lasertechnik – zu einer Steigerung über ein durchschnittliches Leistungsvermögen hinaus führen kann. Hinzu kommt, dass moderne Prothesen in gewisser Hinsicht ihren Nutzerinnen und Nutzern verbesserte oder neue Fähigkeiten verleihen können. Bekannt geworden ist in diesem Zusammenhang vor allem der südafrikanische Athlet Oscar Pistorius, dem es seine (anzieh- und abnehmbaren) Unterschenkelprothesen ermöglichen, im nicht-paralympischen Hochleistungssport international konkurrenzfähig zu sein. In unserem Zusammenhang womöglich noch relevanter ist aber der Umstand, dass verschiedene moder-

ne Prothesen ihren Trägerinnen und Trägern neuartige oder übermenschliche Fähigkeiten verleihen (wie beispielsweise das Überqueren breiter Abgründe mittels ausziehbarer künstlicher Beine). Auch wenn Exoprothesen (als körperexterne Hilfsmittel) gar nicht zu den Human-Enhancement-Technologien im engeren Sinn zu zählen sind, zeichnen sich hier anscheinend am Horizont neue Formen einer technobiologischen „Verbesserung“ oder Ausweitung menschlicher Körperlichkeit ab (insbesondere mit Blick auf die – seit Jahren in der Entwicklung befindlichen – neurotechnisch mit dem Körper verbundenen Gliedmaßenprothesen).

Doch es sind nicht nur solche konkreten Verwischungen der Grenzen zwischen Therapie und Behinderungskompensation einerseits und Enhancement (im herkömmlichen Sinne) andererseits, die eine Entgegensetzung von Therapie und Enhancement als fragwürdig erscheinen lassen. Zudem leiden einige Definitionen darunter, dass ihnen problematische implizite Verständnisse oder problematische Begriffe von „Gesundheit“, „Normalität“, „Behinderung“ usw. zugrunde liegen. Hier ist oft nicht nur unklar, von welchem Punkt aus eine Leistungssteigerung bzw. „Verbesserung“ gesehen oder gemessen wird, sondern es werden bei solchen Definitionen zudem häufig Formen menschlicher Körperlichkeit als defizitär eingestuft und „Behinderungen“ biologistisch pathologisiert, was zurecht aus „Ableism“-kritischen (Wolbring 2006, 2010) und anderen Perspektiven bemängelt wird. Hier besteht inhaltlich und bei den Repräsentanten und Repräsentantinnen der ethischen Fachdiskussion eine große Schnittmenge zwischen einer seit längerer Zeit behindertenfeindlich argumentierenden, utilitaristischen Schule (John Harris, Julian Savulescu und andere) und der transhumanistischen Bewegung.

Mit all den gerade genannten Einwänden konfrontiert, ziehen sich Befürworterinnen und Befürworter der Entgegensetzung von Therapie und Enhancement oft auf das politische Argument zurück, dass Therapie und Enhancement deshalb klar voneinander abgegrenzt werden müssten, weil andernfalls die Gesundheitssysteme massiv durch Kosten für nicht-therapeutische Luxus- und Lifestyle-Behandlungen überfordert würden. Es ist, wie gleich gezeigt wird, aber deshalb keineswegs notwendig, an der fragwürdigen Entgegensetzung festzuhalten.

Im Milieu der Human Enhancement befürwortenden Kreise wird diese Entgegensetzung oft ebenfalls kritisiert, wobei aber zahllose menschliche

Aktivitäten und Bestrebungen als Human Enhancement verstanden werden, von therapeutischen Eingriffen über Lesen, Lernen, physisches Training und die Nutzung von Computern und allen möglichen anderen Artefakten bis hin zu emergierenden oder zukünftigen nicht-therapeutischen Enhancements (Bostrom/Sandberg 2009). Würde sich eine solche Definition durchsetzen, so würde eine gesonderte Diskussion über Human Enhancement sinnlos. Zudem werden hier fragwürdige Visionen einer individuellen Leistungssteigerung oder auch „Verbesserung“ der menschlichen Gattung zu ewigen Menschheitszielen überhöht.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Schwierigkeiten und Schwächen der anderen Definitionen wurde in TA- und ELSA-Projekten, an denen der Verfasser beteiligt war, folgende Definition (Coenen 2009a; Coenen 2010; Ferrari et al. 2012) entwickelt: Bei Enhancements handelt es sich um auf Verbesserung abzielende Modifikationen der menschlichen Leistungsfähigkeit, die durch wissenschaftlich-technisch ermöglichte Eingriffe in den menschlichen Körper erreicht werden. Bei dieser Definition wird auf die Absicht des Eingriffs abgezielt und damit zum einen dem Umstand Rechnung getragen, dass es sich beim Human Enhancement oft vor allem um ein ideologisches Ziel handelt. Zum anderen erinnert die Definition daran, dass erfolglose und wirksame Eingriffe genau zu unterscheiden sind, was in einem Diskurs, der stark durch haltlose Behauptungen über wissenschaftliche-technische Möglichkeiten geprägt ist, besonders vonnöten ist (Ferrari et al. 2012).

Ausgehend von dieser Definition kann dann von therapeutischen Enhancements und nicht-therapeutischen Enhancements gesprochen werden. Erstere zielen darauf ab, einen besseren, oft als „Gesundheit“ definierten Ausgangszustand wiederherzustellen oder zumindest Beeinträchtigungen durch Krankheiten und Verletzungen abzumildern oder zu kompensieren. Im Falle von Beschränkungen der Leistungsfähigkeit, die nicht postnatal durch Krankheiten, Unfälle usw. verursacht wurden (also den so genannten „angeborenen Behinderungen“), kann – bei einem entsprechenden Selbstverständnis der oder des Betroffenen als therapiebedürftige Person – ebenfalls von einem therapeutischen Enhancement gesprochen werden. Lehnen die Betroffenen ein solches Selbstverständnis hingegen (beispielsweise als eine Selbstpathologisierung) ab, wäre ein Enhancement-Eingriff in ihrem Fall als nicht-therapeutisch zu bezeichnen.

Von besonderem Interesse sind in unserem Zusammenhang – dem etablierten Diskurs über Human Enhancement – die nicht-therapeutischen Verbesserungsversuche, also Interventionen mit dem Ziel, eine Steigerung der Leistungsfähigkeit zu erreichen, die über eine Heilung oder Behinderungskompensation hinausgeht. Überdies sind aber auch therapeutische Enhancements von hoher Relevanz, bei denen absichtlich oder unabsichtlich eine Steigerung der Leistungsfähigkeit über den Ausgangszustand hinaus erreicht wird.

Zur Veranschaulichung des Charakters unserer Definition kann beispielhaft der Bereich der Neurotechnologien herangezogen werden: Mit dem Ziel einer Verbesserung menschlicher Leistungsfähigkeit eingesetzte Neurostimulationstechnologien zählen, selbst wenn sie nicht mit chirurgischen Mitteln implantiert werden, nach unserer Definition zu den Human-Enhancement-Technologien, da es sich bei der Neurostimulation um einen Eingriff in den menschlichen Körper mittels einer modernen Technologie handelt. Dasselbe gilt für implantierte Gehirn-Computer-Schnittstellen (brain-computer interfaces, BCIs), nicht jedoch für körperexterne BCIs, da bei diesen kein Eingriff in den Körper erfolgt, sondern lediglich eine Nutzung von Biosignalen (hier: Neurosignalen) mittels körperexterner Artefakte.

Damit soll indes keineswegs ausgesagt werden, dass solche BCIs, anzieh- und abnehmbare Prothesen oder andere die Leistungsfähigkeit erhöhende, körperexterne Artefakte, irrelevant für die Auseinandersetzung mit der Human-Enhancement-Thematik seien. Ganz im Gegenteil erscheint es uns – insbesondere in politischer und ethischer Hinsicht sowie mit Blick auf Fragen der Lebensqualität – von besonderer Bedeutung zu sein, Human-Enhancement-Technologien im Kontext anderer technologischer wie auch nichttechnologischer Optionen zu betrachten: Wenn dies nicht geschieht, kann sich zum einen leicht der Trugschluss einschleichen, Human Enhancement sei als eine „Verbesserung“ in jedem Fall wünschenswert. Zum anderen droht eine ideologisch bedingte Tunnelsicht auf naturwissenschaftlich-technische Entwicklungen wie auch auf umfassende gesellschaftliche Tendenzen (beispielsweise die Medikalisierung sozialer Probleme und die Kommerzialisierung der Medizin), bei der Alternativen aus dem Blickfeld geraten. Beide Gefahren sind insbesondere auch dann im Auge zu behalten, wenn es um Fragen der Lebensqualität geht.

Human Enhancement und Lebensqualität

Inwieweit können mit dem Ziel eines Human Enhancement eingesetzte Technologien (einschließlich moderner Pharmazeutika) – auch jenseits von Therapie und Behinderungskompensation – für die Lebensqualität in „westlichen“ Gesellschaften relevant sein oder werden?

Wenn wir Lebensqualität als etwas begreifen, das „weit über eine mögliche Momentaufnahme von subjektivem (Un-)Glück oder temporärem Wohlbefinden“ hinausreicht (Popp et al. 2012, S. 2), umfasst sie beispielsweise Dimensionen wie die Verfügung über materielles und kulturelles Kapital, befriedigende Sozialkontakte sowie Selbstverwirklichung und gesellschaftliche Teilhabe (ebd., unter Bezugnahme auf Erik Allardt). Auch wenn sich so natürlich – wie auch immer definierte – Voraussetzungen einer höheren Lebensqualität quantitativ messen lassen, erscheint uns Lebensqualität dennoch als im hohen Maße durch subjektive (Selbst-)Einschätzungen geprägt.

Ein besonders problematischer Zug des hochgradig ideologischen Diskurses über Human Enhancement ist der Einfluss der oben bereits erwähnten behindertenfeindlichen utilitaristischen Schule angewandter Ethik und der mit ihr oft übereinstimmenden transhumanistischen Bewegung. Ethiker wie John Harris und Julian Savulescu, die selbst radikal transhumanistische und Pro-Enhancement-Positionen vertreten (Harris 2007), teilen mit vielen Vertreterinnen und Vertretern der transhumanistischen Bewegung die Ansicht, dass die Lebensqualität anderer Menschen mittels ethischer Expertise von außen zu bestimmen sei. Menschen mit statistisch gesehen niedrigerer Lebenserwartung, mit körperlichen Einschränkungen oder mit geringerer kognitiver Leistungsfähigkeit werden dabei abgewertet. Zugleich erfolgt eine oft in Propaganda übergehende Befürwortung von angeblichen Human-Enhancement-Technologien, bei der das real oder vermeintlich schwere Los von „Behinderten“ als eines der Hauptargumente für eine schnelle Entwicklung der in Frage stehenden Technologien fungiert. Dabei wird u. a. ausgeblendet, dass es bei körperlich eingeschränkten Menschen erhebliche Unterschiede in der Selbstwahrnehmung und hinsichtlich ihrer Bedürfnisse nach prothetischen Artefakten gibt.

Es sind aber nicht nur behindertenfeindliche utilitaristische Ethikerinnen und Ethiker sowie Teile der transhumanistischen Bewegung,

die hier bewusst oder unbewusst Alternativen zur Entwicklung von Human-Enhancement-Technologien ausblenden. Solange beispielsweise in forschungs- und technologiepolitischen Zusammenhängen nicht die ganze Bandbreite wissenschafts- und technologiebasierter sowie anderer Möglichkeiten berücksichtigt, sondern „Verbesserungen“ durch Eingriffe in den Körper fokussiert werden, können keine Abwägungen erfolgen, ob nicht Verbesserungen von Infrastrukturen (u. a. hinsichtlich Barrierefreiheit und des kollektiven Zugangs zu Ressourcen) und von körperexternen behinderungskompensierenden Artefakten (u. a. von Rollstühlen und Exoskeletten) Priorität vor „Verbesserungen“ für Einzelne durch körperinvasive Technologien besitzen sollten. So bedeuten beispielsweise avancierte Gliedmaßenprothesen einen Zugewinn an Lebensqualität für einen versehrten Menschen, der solche Prothesen nutzen will. Aus der Sicht eines Menschen, der sich hinsichtlich seiner Mobilität vor allem dafür interessiert, dass für ihn zweckdienliche Rollstühle entwickelt werden und öffentliche Räume rollstuhlgerecht sind, sind die Hightech-Entwicklungen im Bereich der Prothetik hingegen kaum relevant. Zumindest insoweit die jeweiligen Entwicklungen mit knappen öffentlichen Mitteln unterstützt werden, stellt sich also die Frage nach einer gerechten Politik in Bezug auf verschiedene Lebensqualitäten.

Hinzu kommt im Fall transhumanistischer und anderer Enhancement-Befürworter und -Befürworterinnen, dass es ja in der Regel nicht nur das erklärte Ziel dieser Gruppen ist, die Lebensqualität von „Behinderten“ zu erhöhen, sondern dass dies nur als erster Schritt auf dem Weg zu einer „Verbesserung“ oder gar „Überwindung des Menschen“ angesehen wird. Dadurch werden Fragen der Verteilungsgerechtigkeit noch brisanter: Wenn beispielsweise von Transhumanisten wie Nick Bostrom (und von mit dem Transhumanismus inhaltlich weitgehend übereinstimmenden „Visionären“ wie Aubrey de Grey) gefordert wird, erhebliche Mittel aus den öffentlichen Gesundheits- und Forschungsetats für Forschung zu Human Enhancement oder zu einer Bekämpfung des Alterns und des natürlichen Todes einzusetzen², droht zumindest kurzfristig – und angesichts der sehr zweifelhaften Erfolgsaussichten dieser Forschungen wohl auch langfristig – eine massi-

² So beispielsweise geschehen bei einem Workshop im Europäischen Parlament und diversen öffentlichen Veranstaltungen seit Mitte der 2000er Jahre, an denen der Verfasser teilgenommen hat.

ve Verschlechterung der Lebensqualität von auf diese Mittel angewiesenen Menschen. Zudem droht bei einer erfolgreichen Propagierung unrealistischer Zukunftsvisionen allgemein eine Beeinträchtigung der Rationalität von Forschungs- und Technologiepolitik sowie der einschlägigen gesellschaftlichen Diskurse (Coenen 2011).

Weit über die Kreise dieser radikalen Enhancement-Befürworter und -Befürworterinnen hinaus besteht überdies ein starkes Desinteresse an jenen Elementen von Lebensqualität, die nicht auf wissenschafts- und technikbasierten Eingriffen in den Körper basieren. Leitbild ist oft, durchaus im Einklang mit weitverbreiteten Auffassungen in „westlichen“ Gesellschaften, das unabhängig von der Hilfe anderer Menschen sein Leben bestreitende und insbesondere auch konkurrenzfähige Individuum. Studierende, die in der Hoffnung auf eine gesteigerte kognitive Leistungsfähigkeit zu angeblichen Enhancement-Pharmazeutika greifen, könnten stattdessen auch gemeinsam mit ihren Kommilitoninnen und Kommilitonen lernen. Fraglich ist zudem oft, ob diese wissenschafts- und technikbasierten Handlungsstrategien überhaupt nur für den Einzelmenschen erfolgversprechend sind: Es gibt keine verlässliche Evidenz, dass solche Pharmazeutika wirksamer als (oder auch nur ebenso wirksam wie) Kaffee, Tee oder Lerntechniken sind (Ferrari et al. 2012; Sauter/Gerlinger 2012); und auch hinsichtlich der gesamtgesellschaftlichen oder volkswirtschaftlichen Ebene ist fraglich, ob ein individualistisches Konzept einer „Leistungssteigerungsgesellschaft“ (Coenen 2008a) funktional im Sinne der angestrebten Verbesserung der ökonomischen Konkurrenzfähigkeit ist.

Schließlich ist in jedweder politischen oder ethischen Reflexion dieser Thematik zu beachten, dass bei einer verstärkten Förderung von Human-Enhancement-Mitteln auch eine Verstärkung des Anpassungsdrucks beispielsweise auf diejenigen Menschen entstände, die in einer Konkurrenzgesellschaft ihre kognitive Leistungsfähigkeit oder die ihrer Kinder nicht pharmazeutisch steigern wollen. Ein solcher Anpassungsdruck und eine Bevorzugung bestimmter Lebensqualitäten könnten sich auch für all diejenigen ergeben, die zum Ausgleich ihrer angeblichen körperlichen oder geistigen „Defizite“ nicht auf operative Eingriffe oder Medikamente zurückgreifen wollen: Wenn es zukünftig für materiell bessergestellte Personen zu einem den heutigen künstlichen Hüften ähnlichen Standard würde, Human-Enhancement-Eingriffe an sich durchführen zu lassen, die jedwede

altersbedingten oder sonstigen körperlichen Einschränkungen ausgleichen, könnte sich eine Klassenmedizin bisher nicht bekannten Ausmaßes entwickeln. Dann bestände auch die Gefahr, dass öffentliche Infrastrukturen noch mehr als heute an fragwürdigen Normalitätsvorstellungen ausgerichtet werden, mit den entsprechenden Verschlechterungen der Lebensqualität für Ressourcenschwache (beispielsweise in punkto gesellschaftlicher Teilhabe durch Barrierefreiheit).

Mit all diesen Einwänden gegen eine unreflektierte Förderung bestimmter wissenschaftlich-technischer Entwicklungen sollen diese keineswegs in toto oder unter Nichtbeachtung bestimmter Bedürfnisse kritisiert werden. Wenn beispielsweise die oben erwähnten BCI-Technologien im Sinne eines behinderungskompensierenden Enhancement implantiert werden, um vollständig gelähmten Personen die Möglichkeit zu geben, Computer oder computergesteuerte Artefakte zu nutzen, trifft keiner dieser Einwände zu. Insoweit keine öffentlichen Gelder in Anspruch genommen und etwaige negative Folgen eines neu entstehenden Anpassungs- und Konkurrenzdrucks politisch ausgeglichen werden, spricht unseres Erachtens auch keiner der Einwände dagegen, dass ein Mensch sich oder andere mittels Human-Enhancement-Technologien „verbessern“ möchte. Hier sind allerdings die Risiken für die eigene Gesundheit oder die anderer Menschen in der Abwägung zu berücksichtigen. Zudem gibt es Ausnahmen, wie gentechnische Eingriffe in die menschliche Keimbahn – da sie künftige Generationen betreffen – und den Einsatz von Human-Enhancement-Mitteln bei Kindern und bei anderen Menschen, die dessen Folgen gar nicht oder nicht auf angemessene Weise beurteilen können.

Doch wie stellt sich die Lage dar, wenn man von diesen und den oben genannten Einwänden und Einschränkungen einmal absieht? Ist beispielsweise auch eine Kritik des Human Enhancement, die sich grundsätzlich gegen eine fortschreitende Technisierung bzw. „Cyborgisierung“ des menschlichen Körpers wendet, hinsichtlich der uns hier interessierenden Fragen der Lebensqualität relevant? Und welche Bedeutung, wenn überhaupt eine, kommt in unserem Zusammenhang jenen Stimmen zu, die im Diskurs zu Human Enhancement eine Vergottung der Technik,

(pseudo-)utopische und (pseudo-)eschatologische Tendenzen³, eine tiefsitzende Leibfeindschaft oder eine neue Eugenik ausmachen?

Wenigstens auf einige Aspekte dieser Fragen soll abschließend noch in aller Kürze eingegangen werden. Es versteht sich von selbst, dass dies im gegebenen Rahmen nur in äußerst kursorischer Manier erfolgen kann.

Schlaglichter auf historische und ideologische Aspekte des Human Enhancement

Mit dem Begriff der Lebensqualität lässt sich in einer angenehm bescheidenen, konkreten und ganzheitlichen Weise an die alten Diskurse zu gesellschaftlichem Fortschritt und zu einer Verbesserung menschlicher Lebensbedingungen anknüpfen, die unseres Erachtens trotz vieler Irrwege zum Besten gehören, was den „Westen“ historisch geprägt hat. Im schroffen Gegensatz dazu stehen, obwohl sie erklärtermaßen nach einer umfassenden Verbesserung streben, all jene Ideologien, in denen die Verherrlichung der Opferbereitschaft für ein übergeordnetes Ziel eine zentrale Rolle spielt. Zwar bestehen zwischen diesen Ideologien erhebliche qualitative Unterschiede, sowohl hinsichtlich dessen, was sie anstreben, als auch mit Blick auf die Folgen der Handlungen, die sie begründen sollen: Die Opferbereitschaft von Sozialrevolutionärinnen und Sozialrevolutionären für die Wohlfahrt vieler sollte keinesfalls mit den vor allem aus Hass und Todessehnsucht resultierenden suizidalen oder mörderischen Energien des Faschismus oder des islamistischen Terrorismus gleichgesetzt werden. Dennoch rücken auch bei den radikalen linken Bewegungen das Subjekt und die von ihm selbst wahrgenommene und definierte Lebensqualität oft aus dem Blickfeld.

Der Diskurs über Human Enhancement wird nun stark durch jene aktuell oft als Transhumanismus oder Posthumanismus bezeichnete Ideologie beeinflusst, die zwar heutzutage zumeist in einem mehr oder weniger radikal individualistischen und hedonistischen Gewand erscheint, ihre Wurzeln aber in einer einst stark kollektivistischen Tradition hat, in der dem Individuum (und der Menschheit als ganzer) ein hohes Maß an Opferbereitschaft für ein übergeordnetes Ziel abverlangt wird.

³ Vgl. zum christlichen Diskurs zu „Human Enhancement“ den Überblick in Coenen (2008b).

Deutlich wird dies beispielsweise bei zwei Pionieren der visionär-transhumanistischen Imagination: John Desmond Bernal (1901-1971) und John Burdon Sanderson (J.B.S.) Haldane (1892-1964).⁴ Diese bedeutenden, vielfältig interessierten und aktiven Naturwissenschaftler waren zwar sehr ungewöhnliche, in mehrerlei Hinsicht stark non-konformistische Charaktere, vertraten aber nicht nur in ihrem jahrzehntelangen Engagement für die kommunistische Sache stark kollektivistische Ideale. Der von ihnen angestrebte Mensch der Zukunft erscheint als zur Unterordnung und Aufopferung bereites Mitglied eines rasant sich der Welt und des Universums bemächtigenden Kollektivs. Abgeschwächt nur durch Zugeständnisse an Positionen der Sowjetideologie wird eine technokratische Wissenschaftler- und Ingenieurselite zum Salz der Erde, der menschliche Leib abgewertet und der Fortschritt der Naturbeherrschung einschließlich der extraterrestrischen Expansion zum höchsten, ja alleinigen Zweck menschlichen Strebens – wofür auch der menschliche Körper zu überwinden sei.

So heißt es in den weitreichenden „Cyborgisierungs“- und Entkörperlichungsvisionen Bernals von 1929: „Sooner or later some eminent physiologist will have his neck broken in a super-civilized accident or find his body cells worn beyond capacity for repair. He will then be forced to decide whether to abandon his body or his life. After all it is brain that counts, and to have a brain suffused by fresh and correctly prescribed blood is to be alive – to think“ (Bernal 1929, S. 42f.). Die am „Leben“ erhaltenen Gehirne werden in der Vision Bernals dann mit neuroelektrischen Schnittstellen versehen und genießen eine neue Form der Existenz, „purely mental and with very different delights from those of the body“ (ebd., S. 43). In einem solchen mechanischen Lebensabschnitt könne in Zukunft regelmäßig jedes Leben kulminieren: „Starting, as Mr. J.B.S. Haldane so convincingly predicts, in an ectogenetic factory, man will have anything from sixty to a hundred and twenty years of larval, unspecialized existence – surely enough to satisfy the advocates of a natural life. In this stage he need

⁴ Für Publikationen, in denen auf Bernals oder beider frühe transhumanistische Visionen und z.T. auch auf deren grundlegende Bedeutung für den heutigen Transhumanismus eingegangen wird, siehe beispielsweise: Coenen (2009a, 2009b); Heil (2010); Manuel (1986); Midgley (1992); Saage (2011); Sanford Horner (2001); Schäfer (1994); Tirosch-Samuelson et al. (2012). Zwei sehr lesenswerte Arbeiten, in denen Bernal, Haldane und ihr Umfeld umfassend gewürdigt werden, sind Vogeler (1992) und Werskey (1988).

not be cursed by the age of science and mechanism, but can occupy his time (without the conscience of wasting it) in dancing, poetry and love-making, and perhaps incidentally take part in the reproductive activity“ (ebd., S. 45). Nachdem ein Mensch diese Phase seiner Existenz beendet hat, wird er seinen Körper verlassen. In einer Art von Puppenstadium werden danach die natürlichen Organe der Individuen transformiert und mit neuen, auf neuroelektrischen Schnittstellen beruhenden Sinnes- und Bewegungsmechanismen verbunden bzw. ausgestattet. Dieser neue Mensch sei die Zukunft, auch wenn er auf uns Heutige monströs wirke: „The new man must appear to those who have not contemplated him before as a strange, monstrous and inhuman creature, but he is only the logical outcome of the type of humanity that exists at present. [...] Although it is possible that man has far to go before his inherent physiological and psychological make-up becomes the limiting factor to his development, this must happen sooner or later, and it is then that the mechanized man will begin to show a definite advantage. Normal man is an evolutionary dead end; mechanical man, apparently a break in organic evolution, is actually more in the true tradition of a further evolution“ (ebd., S. 51f.). Wir haben es hier mit dem Kern der radikalen transhumanistischen Human-Enhancement-Visionen zu tun, die sich nach Bernal dann beispielsweise auch in den „Cyborg“-Visionen der Weltraumforschung und Science-Fiction wiederfinden (Coenen 2009a; Slusser 2009). Ebenfalls schon bei Bernal, Haldane und ihrem Umfeld finden sich Visionen eines pharmazeutisch bewirkten kognitiven Enhancement (Heil 2010), eines artifiziellen Lebens (Bernal 1929) und einer Aufspaltung der Menschheit in verschiedene biologische Rassen.

Trotz ihrer linken Gesinnung findet sich bei Bernal und Haldane ein gewisses Maß an Verachtung für diejenigen „gewöhnlichen“ Menschen, die zu dem erhofften Fortschritt nichts Wesentliches beitragen. Haldane (1927, S. 39) schrieb beispielsweise, dass es die vornehmste Aufgabe des Durchschnittsmenschen sei, dem schöpferischen Menschen zu assistieren, und seine „schlimmste Sünde“, diesen zu behindern. Bernal (1929) wählt das Bild eines „Menschenzoos“, in dem der (im Doppelsinn) „zurückgebliebene“ Teil der Menschheit von einer extraterrestrischen Elite gehalten wird. Auch bei eher individualistisch orientierten Mitgliedern der heutigen transhumanistischen Bewegung und bei einigen ihrer Vordenker zeigt sich immer wieder eine solche Verachtung gewöhnlicher und insbesondere

konservativer Menschen. Die Helden und Heldinnen des Transhumanismus sind fortschrittsorientierte, Naturwissenschaft und Technik hochschätzende und voranbringende Menschen, von denen die Menschheit auf dem ihr vorgezeichneten Weg in eine trans- und posthumane Zukunft geführt wird.

Auch bei heutigen, oft hyper-individualistischen Transhumanisten wie Ray Kurzweil – der zahlreiche Präparate pro Tag einnimmt, um selbst noch die Zeit der „Cyber-Unsterblichkeit“ und einer ein methusalemisches Alter ermöglichenden Medizin zu erleben –, steht eine Aufgabe bzw. ein Ziel der Menschheit also immer im Hintergrund (und oft sogar noch im Vordergrund): sich selbst in ihrer Körperlichkeit zu überwinden, um den menschlichen Geist zu verewigen, ihn im Universum unauslöschlich zu machen (Kurzweil 2005). In den transhumanistischen Visionen erscheint eine (biologistisch und technikgläubig gedachte) massive Selbstverbesserungsanstrengung als notwendiger Schritt auf dem Weg zu diesem Fernziel. Wer an dieser Anstrengung nicht teilnehmen will oder sie gar ablehnt, wird bestenfalls als bedauernswert unbelehrbar, schlimmstenfalls als eine Gefahr für die glorreiche Zukunft der Menschheit wahrgenommen. Ähnlich wie in der eugenischen Bewegung, in einigen autoritären sozialistischen Strömungen und im rassistischen Faschismus zeigt sich auch im Transhumanismus der Wunsch, dass all jene verschwinden mögen, die sich den hehren Zielen verweigern oder die „Verbesserung“ der Menschheit bzw. ihres angeblichen „besten“ Teils behindern.

Zumindest insofern es sich um direkte Ausflüsse seiner transhumanistischen Ausprägung handelt, sollten also Lebensqualitätsbezüge im Diskurs zu Human Enhancement nicht vorschnell für bare Münze genommen werden. In ihm steckt weit mehr „westliche“ Erlösungssehnsucht als die (ohne hin oft nur scheinbar) pragmatischen Verbesserungsvorschläge preisgeben. Zugespitzt formuliert: Durch den Einsatz von Human-Enhancement-Technologien soll letztlich weniger eine Verbesserung von Lebensqualitäten im Hier und Jetzt erreicht werden als vielmehr eine radikale Verwandlung der Welt. Ein Diesseits ist das Ziel, in dem das Jenseits der alten Erlösungsreligionen endlich überflüssig wird.

Literatur

- Ach, Johann S./ Pollmann, Arnd (Hg.) (2006) *No body is perfect. Baumaßnahmen am menschlichen Körper*. Bioethische und ästhetische Aufrisse. Bielefeld.
- Bernal, John Desmond (1929) *The World, the Flesh and the Devil. An Enquiry into the Future of the Three Enemies of the Rational Soul*. London.
- Bostrom, Nick/ Sandberg, Anders (2009) *Cognitive Enhancement: Methods, Ethics, Regulatory Challenges*. In: *Science and Engineering Ethics* 15/3, 311-341.
- Coenen, Christopher (2008a) *Schöne neue Leistungssteigerungsgesellschaft?* In: *TAB-Brief* (2008)33, 21-27, verfügbar unter: <http://www.itas.fzk.de/tabbrief/2008/33/coen08a.pdf>, abgerufen am 7.1.2013.
- Coenen, Christopher (2008b) *Verbesserung des Menschen durch konvergierende Technologien. Christliche und posthumanistische Stimmen in einer aktuellen Technikdebatte*. In: Böhm, Hartmut/ Ott, Konrad (Hg.) *Bioethik. Menschliche Identität in Grenzbereichen* (Schriften der Evangelischen Forschungsakademie, NF 40). Leipzig, 41-124.
- Coenen, Christopher (2009a) *Transhumanismus*. In: Bohlken, Eike/ Thies, Christian (Hg.) *Handbuch Anthropologie. Der Mensch zwischen Natur, Kultur und Technik*. Stuttgart, Weimar, 268-276.
- Coenen Christopher (2009b) *Transhumanismus und Utopie*. In: Steltemeier, Rolf/ Dickel, Sascha/ Gaycken, Sandro/ Knobloch, Tobias (Hg.) *Neue Utopien. Zum Wandel eines Genres*. Heidelberg, 135-168.
- Coenen, Christopher (2010) *Therapy-Enhancement Distinction*. In: Guston, David H. (Hg.) *Encyclopedia of Nanoscience and Society*. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington D. C., 757-759.
- Coenen, Christopher (2011) *Extreme Technikvisionen als Verantwortungsproblem*. In: Bartosch, Ulrich/ Litfin, Gerd/ Braun, Reiner/ Neuneck, Götz (Hg.) *Verantwortung von Wissenschaft und Forschung in einer globalisierten Welt. Forschen – Erkennen – Handeln*. Berlin, 231-255.
- Coenen, Christopher/ Schuijff, Mirjam/ Smits, Martijntje/ Klaassen, Pim/Hennen, Leonhard/ Rader, Michael/ Wolbring, Gregor (2009) *Human Enhancement* (IPOL/A/STOA/2007-13; PE 417.483; Europäisches Parlament). Brüssel, verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2009/417483/IPOL-JOIN_ET%282009%29417483_EN.pdf, abgerufen am 7.1.2013.
- Coenen, Christopher/ Gammel, Stefan/ Heil, Reinhard/ Woyke, Andreas (Hg.) (2010) *Die Debatte über „Human Enhancement“*. *Historische, philosophische und ethische Aspekte der technologischen Verbesserung des Menschen*. Bielefeld.

- Dickel, Sascha (2011) *Enhancement-Utopien. Soziologische Analysen zur Konstruktion des Neuen Menschen*. Baden-Baden.
- Eckhardt, Anne/ Bachmann, Andreas/ Marti, Michèle/ Rüttsche, Bernhard/ Telsler, Harry (2011) *Human Enhancement*. Hg. von TA-SWISS. Zürich, verfügbar unter: http://www.vdf.ethz.ch/service/3396/3396_Human-Enhancement_OA.pdf, abgerufen am 7.1.2013.
- Eilers, Miriam/ Grüber, Katrin/ Rehmann-Sutter, Christoph (HgInnen) (2012) *Verbesserte Körper – gutes Leben? Bioethik, Enhancement und die Disability Studies*. Frankfurt a. M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien.
- Ferrari, Arianna/ Coenen, Christopher/ Grunwald, Armin (2012) *Visions and Ethics in Current Discourse on Human Enhancement*. In: *Nanoethics* 6/3, 215-229.
- Gerlinger, Katrin/ Petermann, Thomas/ Sauter, Arnold (2008) *Gendoping. Wissenschaftliche Grundlagen – Einfallstore – Kontrolle*. Berlin.
- Haldane, John Burdon Sanderson (1927) *The Last Judgment*. New York, London.
- Harris, John (2007) *Enhancing Evolution. The Ethical Case for Making Better People*. Princeton.
- Heil, Reinhard (2010) *Human Enhancement – Eine Motivsuche bei J. D. Bernal, J.B.S. Haldane und J. Huxley*. In: Coenen, Christopher/ Gammel, Stefan/ Heil, Reinhard/ Woyke, Andreas. (Hg.) *Die Debatte über „Human Enhancement“*. Historische, philosophische und ethische Aspekte der technologischen Verbesserung des Menschen. Bielefeld, 41-62.
- Kurzweil, Ray (2005) *The Singularity Is Near*. New York.
- Manuel, Frank (1986) *Metamorphoses of the Scientist in Utopia*. In: Ullmann-Margalit, Edna (Hgin) *The Prism of Science. The Israel Colloquium: Studies in History, Philosophy, and Sociology of Science, Volume 2*. Dordrecht, Boston, Lancaster, Tokyo, 1-16.
- Midgley, Mary (1992) *Science as Salvation: A Modern Myth and Its Meaning*. London.
- Orland, Barbara (2005) *Wo hören Körper auf und fängt Technik an? Historische Anmerkungen zu posthumanistischen Problemen*. In: Dies. (Hgin) *Artifizielle Körper – Lebendige Technik*. Zürich, 9-42.
- Popp, Reinhold/ Zechenter, Elisabeth/ Reinhardt, Ulrich (HgInnen) (2012) *Zukunft. Kultur. Lebensqualität. Einleitung*. In: Popp, Reinhold/ Zechenter, Elisabeth/ Reinhardt, Ulrich (HgInnen) *Zukunft. Kultur. Lebensqualität*. Wien, Berlin, 1-3.
- Saage, Richard (2011) *Philosophische Anthropologie und der technisch aufgerüstete Mensch. Annäherungen an Strukturprobleme des biologischen Zeitalters*. Bochum.
- Sanford Horner, David (2001) *Cyborgs and Cyberspace: Personal Identity and*

- Moral Agency*. In: Munt, Sally R. (Hgin) *Technospaces: Inside the New Media*. London, New York, 71-84.
- Sauter, Arnold/ Gerlinger, Katrin (2012) *Der pharmakologisch verbesserte Mensch. Leistungssteigernde Mittel als gesellschaftliche Herausforderung*. Berlin.
- Savulescu, Julian/ Meulen, Ruud ter/ Kahane, Guy (Hg.) (2011) *Enhancing Human Capacities*. Malden, Oxford, Chichester.
- Schäfer, Wolf (1994) *Dehumanisierung im Kontext der „Zwei Kulturen“: John Desmond Bernal und Max Horkheimer über die Entmenschlichung der Gattung*. In: Ders. *Ungleichzeitigkeit als Ideologie. Beiträge zur historischen Aufklärung*. Frankfurt a. M., 53-88.
- Schöne-Seifert, Bettina/ Talbot, Davinia/ Opolka, Uwe/ Ach, Johann S. (HgInnen) (2009) *Neuro-Enhancement. Ethik vor neuen Herausforderungen*. Paderborn.
- Slusser, George (2009) *Dimorphs and Doubles: J. D. Bernal's „Two Cultures“ and the Transhuman Promise*. In: Westfahl, Gary/ Slusser, George (Hg.) *Science Fiction and the Two Cultures: Essays on Bridging the Gap between the Sciences and the Humanities*. Jefferson, 96-130.
- Tirosh-Samuelson, Hava/ Mossman, Kenneth L. (HgInnen) (2012) *Building Better Humans? Refocusing the Debate on Transhumanism*. Frankfurt a. M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien.
- Vogeler, Rolf-Dieter (1992) *Engagierte Wissenschaftler. Bernal, Huxley & Co.: Über das Projekt der „Social Relation of Science“-Bewegung*. Frankfurt a. M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien.
- Werskey, Gary (1988) *The Visible College. A Collective Biography of British Scientists and Socialists of the 1930s*. London (i. Orig. 1978).
- Wienke, Albrecht/ Eberbach, Wolfram H./ Kramer, Hans-Jürgen/ Janke, Kathrin (HgInnen) (2009) *Die Verbesserung des Menschen. Tatsächliche und rechtliche Aspekte der wunscherfüllenden Medizin*. Heidelberg.
- Wolbring, Gregor (2006) *Neue Technologien, Transhumanismus, Behinderte und der ÖRK*. In: *Ökumenische Rundschau* 55/4, 412-424.
- Wolbring, Gregor (2010) *Human Enhancement Through the Ableism Lens: An E-Mail Interview Made by Francisco Guzman*. In: *Dilemata. International Journal of Applied Ethics* 2/3, 1-13, verfügbar unter: <http://www.dilemata.net/revista/index.php/dilemata/article/view/31/46>, abgerufen am 7.1.2013.

Glücklich, leistungsfähig und kommunikativ in jeder Lebensphase? Die Frage nach neuropharmakologisch optimierter Lebensqualität

Petra Schaper-Rinkel

Lebensqualität hängt auf der individuellen Ebene davon ab, wie wir uns fühlen, welche kognitiven und emotionalen Ressourcen wir haben und wie wir uns mit anderen austauschen können. Diese Faktoren von Wohlbefinden und Lebensqualität sollen zunehmend auch neuropharmakologisch beeinflussbar werden. Mühelos lernen, alles Wichtige erinnern können, traumatische Erlebnisse vergessen, glücklich und kommunikativ sein – neue Generationen von Medikamenten versprechen es: Die kognitive Leistungsfähigkeit lasse sich verbessern und erhalten, Unglück und Schüchternheit könnten mit avancierten Antidepressiva behandelt werden, Misstrauen werde mit Bindungshormonen beeinflussbar, und sowohl das Sozialverhalten als auch das Vergessen traumatischer Erlebnisse könnten neurotechnologisch (zumeist pharmakologisch) gesteuert werden. Selbst der „Wohlstand der Nationen“ würde zukünftig vom „mental Wohlstand der Nationen“ abhängen, hieß es in der britischen Wissenschaftszeitschrift *Nature* (Bedington et al. 2008).

Das Hirn-Doping, wie das neurotechnologische Enhancement alltagsprachlich genannt wird, scheint sowohl Generationen als auch Lebenslagen zu verbinden: Präparate, die zur Therapie von älteren Demenzkranken entwickelt wurden, werden jetzt mit dem Versprechen verknüpft, dass sie durch Anregung des Hirnstoffwechsels die kognitiven Fähigkeiten von jüngeren Menschen im Berufsleben steigern können. Antidepressiva sind nebenwirkungsärmer geworden und werden nicht nur zur Behandlung schwerer Depressionen, sondern auch zur Bewältigung schwieriger Lebenslagen

eingesetzt. Die Wirksamkeit der meisten Medikamente ist nach neuen Studien insbesondere dann schwach, wenn die Symptome gering ausgeprägt sind (TAB 2011; Kirsch 2010; vgl. Ferrari et al. 2012). Und doch bleibt das Thema des Gehirn-Dopings nicht nur medial präsent, sondern wird darüber hinaus zu einer immer üblicheren gesellschaftlichen Praxis. Präparate zur Behandlung der „Schlafkrankheit“ (Modafinil) werden zur Überwindung von Antriebsschwäche eingesetzt und Mittel zur Behandlung von Aufmerksamkeitsstörungen bei Kindern (Ritalin) zur Steigerung der Leistungsfähigkeit bei Erwachsenen eingenommen. Trotz der zweifelhaften Wirkung wird versucht, Lebensqualität über Neuropharmaka zu erhöhen. Sollte es möglich sein, das gute Leben mit Pillen zu erreichen? Oder sind die Pillen selbst ein Symptom? Für welche Veränderungen sind sie ein Symptom? In diesem Beitrag werden die unterschiedlichen Formen des aktuellen und zukünftig anvisierten Neuro-Enhancements dargestellt, und es wird diskutiert, welche sozialen und politischen Fragen auftauchen und welche Fragen in Vergessenheit geraten. Was heißt es für die Gegenwart und für die Zukunft, wenn das gelingende Leben auf den richtigen Griff in die Pillenschachtel reduziert wird?

In der Diskussion um Neuro-Enhancements erscheinen Lebensqualität, Glück und Wohlbefinden als individuell herstellbarer Zustand des Gehirns. Die internationale Glücksforschung widmet sich dagegen den politischen und sozialen Rahmenbedingungen des individuellen Glücks. Für den ersten Weltglücksbericht der UNO haben Glücksforscher internationale Glücksumfragen ausgewertet. Glücklicher im statistischen Sinne sind Menschen in den Ländern, in denen die gesellschaftlichen Verhältnisse relativ egalitär sind, in denen politische Freiheit gewährleistet ist, in denen die Einzelnen in starke soziale Netzwerke eingebunden sind und in denen die Korruption gering ist. Wirtschaftswachstum macht Menschen nur begrenzt glücklicher (Helliwell et al. 2012).

Lebensqualität, Glück, subjektives Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit werden trotz konzeptioneller Unterschiede vielfach als Synonyme verwendet. Um Glück und Lebenszufriedenheit zu messen, werden zwei unterschiedliche Maßstäbe verwendet: Zum einen das Auf und Ab des täglichen Wohlbefindens und zum zweiten die übergreifende Einschätzung der Einzelnen in Bezug auf ihr Leben. Hier zeigen sich bereits Dilemmata: Das Glück des Moments und die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben müssen

nicht übereinstimmen. Mit guten Freunden lange Gespräche beim Kaffee zu führen und die Sonne im Park zu genießen, wann immer sie scheint, macht glücklich, kann aber auch im Widerspruch dazu stehen, langfristige Ziele zu erreichen, die einer kontinuierlichen Anstrengung bedürfen. Nun sind die Neuropharmaka, die dem Neuro-Enhancement dienen, gerade keine Drogen, die dem kurzfristigem Glücksrausch dienen und die langfristige Zielerreichung konterkarieren, vielmehr sollen sie dem Spagat zwischen beidem dienen. Wie und zu welchem Preis? Dienen sie dazu, das flüchtige Glück des Moments mit dem langfristigen Wohlbefinden eines gelingenden Lebens zu versöhnen? Oder unterminieren sie die Gestaltung der Lebensbedingungen, die es langfristig ermöglichen würden, die täglichen Momente des Glücks und ein gelingendes Leben als Eines zu leben?

Lebensqualität und soziale Beziehungen: Soziale Passung durch Beziehungs-Doping?

Der zunehmende Gebrauch von leistungssteigernden Wirkstoffen, die einst zur Behandlung von Aufmerksamkeitsstörungen bei Kindern eingesetzt wurden, ist besonders umstritten und verweist auf eine spezifische gesellschaftliche Veränderung. Ritalin, so der bekannteste Markenname, wird, wie erwähnt, nicht mehr nur zur Behandlung von Aufmerksamkeitsstörungen bei Kindern verwendet. Mittlerweile werden auch bei Erwachsenen Aufmerksamkeitsdefizite diagnostiziert und dürfen mit dem Wirkstoff behandelt werden. Der den Amphetaminen verwandte stimulierende Wirkstoff erhöht bei überaktiven Kindern die Konzentrationsfähigkeit, steigert aber auch die kognitiven Leistungen von gesunden Erwachsenen und gilt damit als universeller kognitiver Verstärker (President's Council on Bioethics 2003, S. 84).

Abhängig von den Klassifikationssystemen wird die weltweite Prävalenz von Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörungen (ADHS) bei Kindern mit ungefähr sechs bis acht Prozent angegeben, bei Erwachsenen wird sie auf etwa vier Prozent geschätzt.¹ Die Nutzung von Methylphenidat

¹ Im Kindesalter beträgt das Verhältnis von Jungen zu Mädchen in Bezug auf ADHS 3:1, bei Erwachsenen liegt das Verhältnis von Männern zu Frauen bei 2:1 (Paulzen et al. 2012, S. 450). Im Jahre 2002 erhielten in den USA bereits 4,8 % aller Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren entsprechende Medikamente. Mehr als doppelt so viele Jungen

(der Wirkstoff von Ritalin) ist laut Suchtstoffkontrollrat der Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren stark angestiegen: Der Verbrauch stieg allein zwischen 2004 und 2008 um 80 Prozent an, von 28,6 Tonnen auf 52 Tonnen im Jahre 2008 (INCB 2009, S. 26). Während der Anstieg lange Zeit hauptsächlich auf den Verbrauch in den USA zurückzuführen war, wo Werbung für die Substanz direkt an den potenziellen Endverbraucher gerichtet ist (INCB 2007, S. 18), zogen in den letzten Jahren andere Länder nach. Island, Kanada, Norwegen, Israel, die Niederlande und die Schweiz gehören zu den Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Verbrauch (INCB 2009, S. 26). Der Suchtstoffkontrollrat verweist zudem darauf, dass in Ländern mit hohem legalem Konsum auch der Missbrauch hoch ist (INCB 2012, S. 63).

Ritalin-Befürworter argumentieren mit der verbesserten Lebensqualität von Kindern, die mit den Medikamenten leichter Freunde finden und bessere Schulleistungen erbringen. Kritiker bemängeln, dass Kinder mit psychoaktiven Medikamenten kontrolliert und sozial angepasst werden (Fukuyama 2004, S. 80f.). Einig sind sich die Kontrahenten darüber, dass Ritalin auf die Fähigkeit zur angepassten Interaktion in gegebenen sozialen Kontexten einen hohen Einfluss hat. Die Journalistin und Schriftstellerin Kathrin Passig sagte in einem Interview über ihren eigenen Ritalin-Konsum: „Ritalin ist das Koks des gesetzestreuen Bürgers: Es macht ausgefreudigt und kommunikativ. Andere Menschen erscheinen netter und interessanter.“ Sie berichtet weiter: „Ich kann auch ohne Ritalin sehr gut arbeiten, aber nur, wenn die Arbeit komplett selbst gewählt ist – und das heißt meistens unbezahlt. Sobald ich eine bestimmte Sache machen muss, geht es eigentlich nur mit Ritalin. Dann aber ist es ein wahres Wundermittel: eine halbe Tablette einnehmen, eine halbe Stunde abwarten, schon arbeite ich ohne die geringste Überwindung so emsig wie ein ganzer Bienenstock. Ich merke nicht mal, dass ich versehentlich schon mit der Arbeit angefangen habe, obwohl ich noch herumtrödeln wollte.“²

wie Mädchen erhalten die Medikamente, die Nutzung ist unter Weißen höher als unter Schwarzen und verstärkt in Haushalten mit mittlerem Einkommen festzustellen (Zuvekas et al. 2006, S. 582). In einer deutschen Studie im Bundesland Hessen wurde für das Jahr 2007 festgestellt, dass 1,06 % der Kinder und Jugendlichen mindestens einmal Methylphenidat verordnet wurde, wobei das Verhältnis Mädchen zu Jungen 1 zu 3,5 betrug (Schubert et al. 2010).

Nach dieser und anderen Erzählungen handelt es sich bei Ritalin um eine Wunderdroge, die vieles gleichzeitig abdeckt, was heute gefragt ist: Ritalin erhöht die Leistungs- und Arbeitsfähigkeit und ermöglicht es, sogar sinnlose, fremdbestimmte Arbeit schnell und effizient zu erledigen.

Als die Wissenschaftszeitschrift *Nature* einen Artikel mit dem Titel „Professor’s little helper“ veröffentlichte, in dem die Nutzung von Medikamenten zur Steigerung von Konzentration und Aufmerksamkeit unter WissenschaftlerInnen zum Thema einer Umfrage gemacht wurde (Sahakian/Morein-Zamir 2007)³, zeigte sich, dass von den KonsumentInnen auch die nachfolgende Generation mit einbezogen wird: Zwar sprachen sich 86 Prozent der Befragten dafür aus, dass gesunde Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren keinen Zugang zu den Medikamenten haben sollten. Ein Drittel der Befragten würde sich jedoch genötigt sehen, ihren Kindern kognitionssteigernde Mittel zu geben, wenn andere Kinder in der Schule diese nehmen (Maher 2008). Die Nutzung erscheint aus Sicht vieler Eltern damit als unvermeidbar. Dies verweist auf eine Dynamik, in der es sukzessive schwieriger werden könnte, die Einnahme von Neuropharmaka abzulehnen: Je verbreiteter diese Praxen werden, desto schwieriger wird es für die Einzelnen, sich ihnen zu verweigern, da sie die Konsequenzen solchen Handelns allein zu tragen haben.

Ritalin wird als Mittel genutzt – wie in dem Zitat von Passig deutlich wird –, um sich selbst zur Vermeidung von Konflikten in bestehende Rahmenbedingungen einzuordnen. Rahmenbedingungen infrage zu stellen, kann schnell zum Konflikt führen. Ritalin dagegen verspricht, das Sich-Einfügen in den gegebenen Rahmen leicht zu machen. Dabei unterwerfen sich die Einzelnen keiner statischen äußeren Ordnung, sondern sind gefordert, sich in wechselnden Kontexten aktiv zu integrieren und Verantwortung für ihr eigenes Leben und seine Qualität zu übernehmen. Paradox ist, dass die Verantwortung der Einzelnen dabei zugleich kleiner und größer wird: Sie wird größer, da der eigene Gehirnstoffwechsel, der einst unverfügbar war, nun zu etwas Verfügbarem wird, dessen Kontrolle in der Verantwor-

² <http://www.christoph-koch.net/2009/04/06/ein-wahres-wundermittel-kathrin-passig-kommt-mit-ritalin-gut-klar>, abgerufen am 7.11.2012.

³ Die von *Nature* gestartete Online-Umfrage, an der sich 1.400 Personen (nach Selbstangaben aus der Wissenschaft) aus 60 Ländern beteiligten, ergab, dass 20 % der Befragten (quer durch alle Altersgruppen) entsprechende Drogen nutzen.

tion des Einzelnen liegt. Die Verantwortung wird zugleich extrem begrenzt, ist doch der Handlungsraum die eigene Hirnchemie und nicht länger die Gesellschaft und die Welt, die das *Zoon politikon* als soziales, politisches Wesen in der Auseinandersetzung mit anderen (mit) bestimmt.

Während Ritalin indirekt auf die soziale Interaktion wirkt, werden bereits Interventionen diskutiert, die direkt auf die Interaktion wirken.⁴ So haben sich beispielsweise die Auffassungen darüber, was Schüchternheit bedeutet und welche Interventionen zur Verfügung stehen, stark verändert (Wehling 2009). Schüchternheit kann als situativ bestimmtes Verhalten analysiert werden, das in asymmetrischen, hierarchischen Interaktionssituationen wie Vorträgen, Prüfungen und Gesprächen mit Kunden oder Vorgesetzten auftritt und unterschiedliche Gründe haben kann. Bei einer solchen Analyse von Schüchternheit würden die soziale Situation und das Interagieren in ihr im Vordergrund stehen. Im Kontext der Optimierung von kommunikativem Verhalten wird sie zu einer individuellen psychischen Störung, die es zu behandeln gilt. Schüchternheit wird insbesondere für Männer als Problem definiert, das ihren Erfolg in Beruf und Privatleben gefährden kann und der medikamentösen Behandlung bedarf (Wehling 2009). Das Hormon Oxytocin könnte ein Behandlungs-Kandidat sein. Es soll das Vertrauen erhöhen und einfühlsamer machen.⁵ In den USA wird es als „Liquid Trust“-Spray angeboten: Auf den eigenen Arm aufgetragen, sollen die Moleküle beim Geschäftstermin, im Vorstellungsgespräch oder beim Flirten in die Nase steigen und die Bildung von Vertrauen verstärken. Unabhängig von der tatsächlichen Wirksamkeit (Vertrauen ist eine komple-

⁴ Die Soziologin Eva Illouz hat in ihren Ausführungen zur Geschichte des therapeutischen Paradigmas im 20. Jahrhundert gezeigt, wie sich die Anforderungen im Management verändert haben (Illouz 2009). Historisch war Macht in Organisationen mit Autonomie und Handlungsfreiheit derer verbunden, die Machtpositionen innehatten. Die Macht des Managements ist heute dagegen auch an die Fähigkeit geknüpft, unterschiedliche Interessen wahrzunehmen, auf sie einzugehen und so den Unternehmenserfolg zu sichern. Nicht mehr Autonomie und Durchsetzungsfähigkeit qua Machtposition, sondern interaktives Beziehungsmanagement und die Fähigkeit zur aktiven Wahrnehmung und Vermittlung unterschiedlicher Interessen wurden zu zentralen Anforderungen an Management-Positionen. Interaktion wird wesentlich für den Erfolg und damit zu einem Feld vielfältiger Interventionen.

⁵ Neue Studien verweisen darauf, dass das Hormon zwar die Bereitschaft erhöht, anderen zu vertrauen und mit ihnen zu kooperieren – dies bezieht sich aber nur auf die Gruppe, der man sich zugehörig fühlt (De Dreu et al. 2011).

xe Angelegenheit) und den Schwierigkeiten der Verabreichung (wirksam ist es nach Studien lediglich, wenn es direkt als Nasenspray angewendet wird) verweist der Glaube an ebensolche Interventionen aber auch darauf, dass Verhaltensmuster in komplexen sozialen Interaktionen als eine körperliche Größe angesehen werden, die die Einzelnen in Interaktionen einbringen. Schüchternheit oder geringes Vertrauen werden aus dem gesellschaftlichen Kontext gelöst, und so richten sich mögliche Interventionen weniger auf die Veränderung der sozialen Kontexte als auf die Hirnchemie derjenigen, die darin handeln. Wohlbefinden und Lebensqualität werden in der Entkontextualisierung individualisiert.

Flexibilität, Kommunikationsfähigkeit, Einfühlungsvermögen und Eigenverantwortung machen den „neue[n] Geist des Kapitalismus“ aus (Boltanski/Chiapello 2003). Interagiert und kommuniziert wird in Übereinstimmung mit diesem neuen Geist, wobei die Einzelnen gehalten sind, ihren Widerspruch dagegen in einer Weise zu managen, die sie nicht aus diesen Verhältnissen herauskatapultiert. Neuropharmaka dienen dabei zur Selbstoptimierung in Fremdbestimmung, wenn die jeweilige Person Ritalin zur effizienten Erledigung von fremdbestimmter Arbeit nutzt und sich ihrem eigenen Unbehagen in bestimmten sozialen Situationen mit Oxytocin zu entziehen sucht. Lebensqualität als subjektiv erwünschtes mentales und soziales Befinden erscheint als individuell und einseitig erreichbar und somit nicht primär abhängig von den politischen und sozialen Verhältnissen, in denen das eigene soziale und politische Handeln von Bedeutung ist.

Lebensqualität und emotionales Wohlbefinden: Von Antidepressiva zu Glückspillen

Eine gravierende Einschränkung der Lebensqualität ist im Falle von Depressionen gegeben. Laut Weltgesundheitsorganisation ist Depression weltweit in allen Altersgruppen die häufigste Ursache für *mit Behinderung gelebte Lebensjahre* (Lopez/Murray 1998). Nach den Zahlen des deutschen Arzneiverordnungs-Report von 2011 haben die Verordnungen von Antidepressiva in der letzten Dekade jährlich um durchschnittlich 15 Prozent zugenommen (Lohse/Müller-Oerlinghausen 2011, S. 813). Die Erweiterung der Diagnostik, Aufklärungskampagnen, die stets präsenste Pharmawerbung und eine sinkende Akzeptanz gegenüber problematischen Lebensphasen

gelten als Ursachen für die steigende Zahl von Fällen, in denen Depression diagnostiziert wird (vgl. Slob et al. 2005, S. 17f.; Fenter 2006). Der Begriff Depression kennzeichnet ein Spektrum von subjektiv zu lang anhaltender Traurigkeit bis hin zu einer potenziell tödlichen Krankheit. Der amerikanische Psychiater Peter D. Kramer prägte den Begriff der *kosmetischen Pharmakologie*, als er feststellte, dass Patienten und insbesondere Patientinnen, die mit dem Antidepressivum Prozac behandelt wurden, sich nicht nur als zufriedener und erfolgreicher erlebten, sondern darüber hinaus berichteten, mit dem Medikament erst zu ihrem eigentlichen Selbst gefunden zu haben (Kramer 1993). Nach euphorischen Berichten amerikanischer Medien stieg die Nachfrage nach den „Glückspillen“.

Für den französischen Soziologen Alain Ehrenberg ist die Depression die typische Pathologie des demokratischen Menschen und somit die Kehrseite des Lebens in Demokratien. Während die Melancholie früher die Krankheit der „Ausnahmemenschen“ gewesen sei, sei heute jeder und jede aufgerufen, Ausnahmensch zu sein: „Wenn die Melancholie eine Eigentümlichkeit des außergewöhnlichen Menschen war, dann ist die Depression Ausdruck einer Popularisierung des Außergewöhnlichen“ (Ehrenberg 2004, S. 262). Mit der Demokratisierung der prinzipiellen Möglichkeiten habe die Melancholie ihre heroische Dimension verloren und sei zu einer bloßen Krankheit geworden: „Die persönliche Entfaltung charakterisiert die Neudefinition des Individualitätskonzeptes“, konstatiert Ehrenberg, und so „[...] entsteht die Angst, die eigenen Ideale nicht zu erreichen und das daraus erwachsende Unvermögen“ (Ehrenberg 2006, S. 133). Darüber hinaus lässt sich die Tendenz in Richtung einer „psychopharmakologischen Gesellschaft“ feststellen, in der die Einzelnen ein neurochemisches Selbstverständnis („neurochemical selves“) entwickeln (Rose 2003). Antidepressiva werden individuell zunehmend als Mittel zur Herstellung einer Normalität wahrgenommen. Die Grundlage einer solchen Praxis ist, dass die Abweichung vom Normalzustand als ein neurochemisches Ungleichgewicht begriffen wird (Fullagar 2009, S. 403). Antidepressiva zu nehmen ist dabei nicht unbedingt eine passive Handlung, wie es der kritische Begriff der Medikalisierung nahelegt, sondern wird aktiv mit Ärzten verhandelt. Wenn Depressive aktiv Verantwortung für den eigenen Zustand der Depression übernehmen, wird die Zuschreibung, dass jeder seines eigenen Glückes Schmied ist, angenommen und zur Grundlage des eigenen Handelns

gemacht. Die individuelle Autonomie reduziert sich auf die selbstbestimmte Regelung des eigenen Serotonin-Spiegels.

Der zunehmende Gebrauch von Antidepressiva hängt mit verschiedenen, aufeinandertreffenden Dynamiken zusammen. Mit dem Argument des demographischen Wandels und des damit steigenden Kostendrucks im Gesundheitswesen wird die medikamentöse Behandlung gegenüber individuellen Psychotherapien privilegiert. Diejenigen, die sich mit wachsenden Anforderungen an ihre soziale Kompatibilität konfrontiert sehen, versuchen, diesen zu entsprechen und zugleich ihre emotionale Stabilität und ihr individuelles Wohlbefinden zu erhöhen. Da Erfolg die Bedingung von Anerkennung und gleichzeitig Anerkennung zur Grundlage von Erfolg geworden ist, wird die Herstellung der sozialen Passfähigkeit zu einer individuellen Aufgabe, die durch die Einnahme von Antidepressiva unterstützt werden kann. Die Entscheidung über eine pharmakologische Intervention treffen die Einzelnen allerdings nicht allein, sondern zusammen mit den behandelnden Ärzten bzw. Ärztinnen. Da Depressionen im gesundheitspolitischen Kontext als in nicht ausreichendem Maße diagnostiziert angesehen werden und die Weltgesundheitsorganisation einen Anstieg an Depressionen prognostiziert, dürfte sich der Druck auf Ärzte und Ärztinnen erhöhen, PatientInnen auf deren Nachfrage entsprechende Medikamente zu verschreiben. Wenn aus Forschung und Entwicklung zudem die Tendenz postuliert wird, dass neue Medikamente gleichzeitig wirksamer und nebenwirkungsärmer seien, wird ihre Verschreibung auch bei geringer ausgeprägter Symptomatik geboten erscheinen. So verschieben sich die Standards und damit die Grenzen zwischen medizinisch-therapeutischer Behandlung und Optimierung (vgl. Parens 1998; Schaper-Rinkel 2008).

Zugleich verändert sich der Umgang mit Gefühlen. Wenn Gefühle nicht mehr unverfügbar sind, sondern bestimmbar und für spezifische Ziele manipulierbar, liegt ihr Auftreten unmittelbarer als zuvor in der individuellen Verantwortung. Barbara Ehrenreich kritisiert in ihrem Buch „Smile or Die. Wie die Ideologie des positiven Denkens die Welt verdummt“ die Anforderung, in jeder Lebenslage positiv zu denken: „Das positive Denken hat unsere Wachsamkeit nach innen gewendet. Anstatt uns zu sorgen, dass das Dach einstürzt, fürchten wir nur noch die negative Erwartung und korrigieren sie unentwegt“ (Ehrenreich 2010, S. 234). Mit dem Siegeszug des positiven Denkens, das individuellen Optimismus als Voraussetzung

für Erfolg und Lebensqualität fordert, werden die politischen Rahmenbedingungen de-thematisiert. Der Druck zum Optimismus steigt, wenn die Anforderungen an die Einzelnen wachsen, während die (z. B. sozialstaatlich unterstützenden) Ressourcen zur Erfüllung ebenjener Anforderungen sinken. Aufgefordert, die Zukunft positiv zu imaginieren, orientiert sich die Erwartung an der Unendlichkeit der denkbaren Möglichkeiten und nicht an der Endlichkeit der konkreten individuellen Möglichkeiten im Rahmen der gegebenen, gesellschaftlichen Verhältnisse. Ehrenbergs These, Depression sei die Pathologie des demokratischen Menschen, zeigt die Konsequenz des aufgenötigten Zukunftsoptimismus: Die optimistisch denkbaren individuellen Möglichkeiten sind unendlich, wie die Medien stetig zu berichten wissen. Die Geschichte vom sagenhaften Aufstieg des Bill Gates und seiner Garagenfirma zum Weltmarktführer für Computer-Betriebssysteme und Bürosoftware gehört in diese Rubrik ebenso wie die aktuelleren Beispiele der Schöpfer von Google oder des Facebook-Gründers Mark Zuckerberg. Und schließlich hat es mit Joanne K. Rowling eine arbeitslose, allein erziehende Mutter geschafft, mit „Harry Potter“ zu Weltruhm kommen und zur zeitweise reichsten Frau Englands zu werden. Diese Ausnahmen verdecken die vielfach schnell erreichte Endlichkeit der individuellen Möglichkeiten.

Je mehr jede und jeder individuell dafür tun kann, um den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden, desto eher erscheint Versagen als etwas, das jede und jeder selbst zu verantworten hat. Wenn die Einzelnen aber individuell und ganz für sich allein verantwortlich sind, dann erscheint es plausibel, den eigenen emotionalen Status zu korrigieren und nicht die Umstände, die – wie zuletzt der Weltglücksbericht gezeigt hat – die Lebensqualität maßgeblich bestimmen.

Die Denkfigur, die diese paradoxe Selbstwahrnehmung plausibilisiert, ist die der Leistungsgerechtigkeit im Wettbewerb (Rosa 2006). Die depressiv Gewordenen scheitern für sich selbst und im Kontext postulierter Leistungsgerechtigkeit gerade nicht mehr an einem unabwendbaren Schicksal oder an einer festgefühten Ordnung, die sie grundsätzlich ausschließt. Das individuelle Scheitern, sei es im Sinne von Erfolg oder Glück, ist in diesem Kontext kein Resultat, das sich einer äußeren Instanz zuschreiben lässt, sondern ist vielmehr in der eigenen, selbst zu verantwortenden Unzulänglichkeit, sich im Wettbewerb durchzusetzen, begründet.

Globalisiertes Glück – oder: Warum der Staat auf Lebensqualität und Glück einen hohen Einfluss hat

Wenn politische Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe, starke soziale Netzwerke sowie die Abwesenheit von Korruption laut Weltglücksbericht zentral für Lebensqualität sind und ein negativer Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Glück und Lebenszufriedenheit besteht (Helliwell et al. 2012), dann lohnt sich ein Blick darauf, welche Wirkungen wohl die zunehmende Nutzung von Neuro-Enhancement auf ebendiese Entwicklung von Gleichheit und Ungleichheit hat. Eine recht einfache Antwort kommt aus Teilen der Neuro-Ethik: Es wird argumentiert, dass alle Zugang zu leistungssteigernden Medikamenten haben sollten, um eine Teilung der Gesellschaft zu verhindern.

Aus politischer Perspektive unterstehen sowohl die direkten als auch die indirekten Maßnahmen zur Optimierung kognitiver und emotionaler Ressourcen heute vielfach dem Globalziel der mentalen Gesundheit. Mentale Gesundheit ist damit nicht unbedingt das Ziel von Politik, sondern die mentalen Kapazitäten werden zur Voraussetzung für die nationalstaatliche Position im internationalen Wettbewerb, wie es in einem viel zitierten Artikel im britischen Wissenschaftsjournal *Nature* heißt: „Countries must learn how to capitalize on their citizens’ cognitive resources if they are to prosper, both economically and socially“ (Beddington et al. 2008, S. 1057). Die Optimierung der BürgerInnen für die Konkurrenzfähigkeit auf globalen Märkten wird somit zum Ziel; ein Ziel, das der Erreichung von verstärkt egalitären Verhältnissen entgegensteht, stattdessen vielmehr Ungleichheit durch Konkurrenz verstärkt. Egalitäre Verhältnisse werden allerdings in Bezug auf den Konsum von Neuropharmaka von verschiedenen Seiten angestrebt.

Neuropharmaka werden sowohl für die Behandlung von Krankheiten als auch zur Leistungssteigerung in Konkurrenzsituationen eingesetzt. Im ersten Fall sind die Interventionen durch Verschreibung und damit durch einen hochregulierten Markt geregelt. Im zweiten Fall handelt es sich entweder um eine Grauzone, in welcher Verschreibungen getätigt werden, oder um schwarze Märkte. Im Moment lässt sich eine hohe Dynamik auf dem hochregulierten Markt feststellen, indem die potenziellen Zielgruppen für die Verschreibung von Neuropharmaka ausgeweitet werden. Medikamen-

ten gegen Demenz und Alzheimer wird das Potenzial zugeschrieben, auch die kognitive Leistungsfähigkeit von Gesunden zu steigern. Zudem wurde in diesem Bereich die Diagnose der leichten kognitiven Störung geschaffen (mild cognitive impairment; MCI). Bei steigenden Anforderungen an Individuen erscheint die Vervielfachung des Absatzes als möglich. Medikamenten, die auf seltene Erkrankungen ausgerichtet sind, wird das Potenzial zugeschrieben, zu Optimierungs-Wirkstoffen werden, wenn sie spezifische Mechanismen im Gehirn erfolgreich adressieren. Auf der Suche nach neuen Absatzmärkten versucht die Pharmaindustrie, den Markt für spezifische Produkte auf eine allgemeinere Basis zu stellen. Diese Verallgemeinerung kann sich beispielsweise auf unterschiedliche Generationen oder auch unterschiedliche Geschlechter beziehen. Auch Forscher und Forscherinnen interessieren sich auf der Suche nach neuen Forschungsthemen für die Geschlechterdimension, indem das in der Behandlung unterrepräsentierte Geschlecht daraufhin untersucht wird, ob möglicherweise eine bei diesem Geschlecht bisher unerkannte Störung vorliege. So wurden Interventionen zur Behandlung von Aufmerksamkeitsstörungen sukzessive ausgedehnt: Zielgruppe waren zunächst Jungen und – zu einem geringen Anteil – Mädchen; inzwischen hat sich der Methylphenidat-Konsum auf Erwachsene ausgedehnt. Die Frage danach, warum die Diagnose einer Aufmerksamkeitsstörung bei Frauen und Mädchen seltener ist, wird unter anderem als möglicherweise bisher unerkannte, verborgene Störung (*hidden disorder*) bei Frauen thematisiert (Paulzen et al. 2012). Dass umgekehrt viel mehr Frauen als Männer mit Antidepressiva behandelt werden, wird mittlerweile damit in Zusammenhang gebracht, dass evtl. viele Männer-Depressionen unerkannt bleiben (Möller-Leimkühler 2008). Ausgehend von einer Zielgruppe, werden jeweils unterrepräsentierte Gruppen (nach Geschlecht oder auch Alter) daraufhin überprüft, ob sich die Symptomatik in ihnen eventuell anders ausprägen.

Der stetigen Ausdehnung von Diagnose und Therapie liegen generell eine „biotechnikkompatible Krankheitsvorstellung“ (vgl. Manzei 2006) sowie die Vorstellung des „zerebralen Subjekts“ zugrunde, in der das Gehirn die „zentrale biologische Substanz“ ist. „Nur mit der Vorstellung einer solchermaßen der Handlung zugrunde- und vorausliegenden Materialität wird [...] die Manipulation und Kontrolle des Gehirns möglich“ (Schmitz 2012, S. 150). Diese Ausdehnung der Anwendungen erfolgt dabei nicht

„von oben“, im Sinne einer Steuerung, sondern trifft auf einen Bedarf, der durch veränderte Formen des Regierens geschaffen wird. Die Rahmenbedingungen für eine individualisierte Verantwortung in gesellschaftlichen Verhältnissen, die zunehmend weniger sozialstaatliche Absicherung bieten, erscheinen in der neoliberalen Transformation von Staatlichkeit immer weniger veränderbar. Die Selbsttechnologien, die zum Einsatz kommen, um die individuelle Verantwortung lebbar zu machen, reichen – unter anderem – von Therapie über Coaching bis hin zu den beschriebenen neuropharmakologischen Interventionen. Dabei geht es in jedem Handeln nicht mehr um den Moment, sondern um die Zukunft: „Stets sind wir uns voraus, kündigen an, versprechen, planen und entwerfen. Hauptsache, unser Tun ist auf die Zukunft gerichtet. Den Gipfel unserer Leistungsfähigkeit oder Performance haben wir stets noch vor uns“ (Bartmann 2012). Die individuellen Entscheidungen, diese Zukunft und ihre *gesellschaftlichen Anforderungen* durch ebenjene *individuelle Veränderung* der eigenen Gefühle und Haltungen und mittels der eigenen Durchhaltefähigkeit zu bewältigen, haben zusammengenommen keinen nur mehr individuellen Charakter, vielmehr entscheiden die Einzelnen nicht nur für sich, sondern langfristig für die, die draußen bleiben wollen, es aber damit zunehmend schwerer haben.

In der Rationalität der Selbst-Optimierung und der Optimierung der jeweiligen StaatsbürgerInnen erscheinen gesetzliche Beschränkungen für avancierte Neuropharmaka als überkommene Regelwerke aus der Vergangenheit, die es im Namen der Zukunft zu überwinden gilt. Die Verschreibungspraxis in Bezug auf potenzielle Neuro-Enhancement-Medikamenten wird dadurch ausgedehnt, dass ihr Einsatzgebiet immer breiter definiert wird, wie im Fall der Diagnose von Aufmerksamkeitsstörungen bei Erwachsenen. Zunehmend steht die Verschreibungspflicht von Neuropharmaka im Widerspruch zu den Anforderungen an Individuen, sich aktiv um ihre mentalen und sozialen Kompetenzen zu kümmern, aktive Sorge für sich zu tragen, ihre Zukunft aktiv in die eigene Hand zu nehmen. Denn genau diejenigen, die dies im besonderen Maße tun, müssen sich entweder als letztlich passive Kranke definieren oder auf graue und schwarze Märkte zurückgreifen. So produziert der „Neurokapitalismus“ ein Paradox: „Forschung zum Neuroenhancement findet millionenfach im Selbstversuch statt, auch in Universitäten, doch weniger in ihren Labors“ (Hess/Jokeit 2009).

Die mentale Optimierung treibt Wettbewerb und Konkurrenzkampf an,

indem damit ein Repertoire an Praxen zur Verfügung steht bzw. versprochen wird, mit dem die Anrufungen und Zumutungen lebbar gemacht werden (sollen). Für Ehrenberg ist Depression – wie bereits erwähnt – die Kehrseite des Lebens in Demokratien.⁶ Seine Darstellung ist plausibel, wenn Demokratie als die gesellschaftliche Organisationsform gefasst wird, in der alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, mit gleichen politischen Rechten ausgestattet sind und gleiche Chancen des Zugangs zur gesellschaftlichen Teilhabe besitzen. Allerdings greift der Demokratiebegriff hier zu kurz, denn das Neuro-Enhancement verweist nicht primär auf die politische Organisationsform der Demokratie, sondern auf die kapitalistische Dynamik zeitgenössischer Demokratien. Demokratie ist eine Grundlage des Kapitalismus; darüber besteht von Marx bis zu heutigen Neoliberalen eine breite Übereinstimmung. Jedoch hat sich der Kapitalismus selbst in den letzten Jahrzehnten entscheidend verändert. Die Märkte werden gestärkt, und damit wird die Konkurrenz auf hochgradig segregierten Arbeitsmärkten erhöht, was zu immer größeren Anforderungen führt, in dieser Konkurrenz zu überleben, und eine entsprechende Nachfrage nach Optimierung generiert. Freiheit ist negative „Freiheit von“ und weniger „Freiheit zu“. So ist jede ihres Glückes Schmied, und niemand hindert den Schmied daran, sein Glück zu schmieden. Woher das Feuer und das Eisen dafür kommen, ist allerdings auch seine Sache.

Warum Lebensqualität nicht mit Pillen zu bekommen ist – und die Auseinandersetzung mit ihr sinnvoll ist

Neuro-Enhancement verspricht, die individuelle Lebensqualität zu erhalten oder zu steigern, wenn der Druck auf die individuelle Leistungsfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit und Integrationsfähigkeit schwer erträglich wird – unabhängig davon, ob die Wirkstoffe in der Lage sind, dies tatsächlich zu gewährleisten (was sie zur Zeit nicht sind, vgl. TAB 2011). Neuro-Enhancement verspricht, die Verdichtung und Beschleunigung bewältigbar zu machen. Werden vormals staatliche Sicherungsmechanismen abgebaut, so erzwingt dies eine Veränderung im Verhalten der Staats-

⁶ Wohlgemerkt geht es hier um Depression als Chiffre für ein neues Massenphänomen, nicht um Depression als schwere Krankheit, die es auch vor der extrem gestiegenen Nutzung heutiger Antidepressiva gab.

bürgerinnen und Staatsbürger. Der vermeintliche Rückzug des Staates im neoliberalen Programm ist eine besondere Regierungstechnik, die die Verantwortung auf die Einzelnen verlagert. Die geforderte Eigenverantwortung und die damit einhergehende Verantwortung für die eigenen emotionalen, kognitiven und kommunikativen Ressourcen sind die Grundlagen der anvisierten Regierungsform. Das aktive, unternehmerische Selbst, das sein Wohlbefinden von der schulischen Leistungsfähigkeit, über seine Arbeitsmarktfähigkeit und Gesundheitskompetenz bis zum gesunden und „aktiven Altern“ zu optimieren sucht, wird allerdings zur Basis der Politik erklärt, deren Ergebnis es ist. Neuro-Enhancement verspricht den Einzelnen, sie zu jenen selbsttätigen Subjekten zu machen, die mit den neuen Regierungstechniken als bereits existierend vorausgesetzt werden.

Die Wissensordnungen der angewandten Neuroforschung haben bei aller Heterogenität eine Gemeinsamkeit: Da das individuelle Gehirn analytisch im Zentrum steht, wird Lebensqualität zu einer Frage des Gehirnstoffwechsels, und soziale Probleme werden tendenziell zu Problemen im individuellen Gehirn. Gehirn-Doping verspricht paradoxerweise eine selbstbestimmte Fremdbestimmung, indem es das Handeln in konkurrenz-basierten Strukturen ermöglichen soll und die individuelle Lebensqualität in einer von zunehmender Ungleichheit geprägten Umgebung aufrechterhalten soll. Gehirn-Doping steht in diesem Sinne dem entgegen, was als Voraussetzung für Glück und damit Lebensqualität steht. Es ist primär auf das individuelle Überleben in der bestehenden Dynamik von Konkurrenzverhältnissen gerichtet, nicht auf die gemeinsame Erweiterung von Handlungsspielräumen.

Kommen wir zum Schluss zu der Frage zurück, ob das gute Leben mit Pillen zu erreichen ist oder aber die Pillen selbst ein Symptom sind. Die Gemeinsamkeit der Neuro-Interventionen besteht darin, die Einzelnen zu vereinzeln, selbst wenn sie Ritalin nehmen, um in Interaktion zu bestehen, oder mit dem Hormon Oxytocin ihr eigenes Vertrauen oder das von anderen zu beeinflussen suchen. Denn die anderen werden nicht mehr als tatsächliches Gegenüber anerkannt, mit dem die Bedingungen des gemeinsamen Handelns verhandelt werden. Die anderen werden zum Werkzeug einer Zielerreichung, zu einem Werkzeug des eigenen Erfolges, und auch das eigene Sein wird zu etwas individuell Verfügbarem, das entsprechend einer lediglich instrumentellen Vernunft eingesetzt wird. Selbst die eigene

Widerständigkeit gegen sinnlose Arbeit, gegen unerwünschte Gesellschaft und gegen sozialhierarchische Verhältnisse soll neuropharmakologisch dosiert zum Verschwinden gebracht werden. Marx stellte fest, es sei nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein bestimme, sondern umgekehrt: ihr gesellschaftliches Sein bestimme ihr Bewusstsein (Marx 1859/1961, S. 9). Im Falle eines Seins, einer gesellschaftlichen Praxis, die auf Neuro-Interventionen setzt, wird der begrenzte Handlungsraum des eigenen Gehirns zum Zentrum des Handelns. Was dann bleibt, ist ein Raum, der ungefähr eineinhalb Kilo organischer Materie umfasst, die es zu manipulieren gilt. Anstelle des „[...] kategorischen Imperativ[s], alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx 1844/1981, S. 385), können die Verhältnisse umgedeutet werden, oder man passt sich ihnen aktiviert und aktivierend an.

Mit der Etablierung sowohl der Idee als auch der Praxis, soziale Probleme als Probleme des individuellen Gehirns zu analysieren und mit entsprechenden Neuropharmaka zu intervenieren, wird Lebensqualität tendenziell zu einer Frage des Gehirn-Stoffwechsels. Was gesellschaftlich problematisch ist, kann für die Forschung Vorteile bringen: Das Neuro-Enhancement sichert der Neuroforschung eine hohe Aufmerksamkeit und kann insofern Forschungen zu schweren Depressionen, zu Demenz und Alzheimer und vielleicht auch Forschungen zu seltenen neurodegenerativen Krankheiten vorantreiben, da die Entschlüsselung von grundlegenden Funktionsweisen des Gehirns mit dem Versprechen verbunden ist, zukünftig auch neue Enhancement-Produkte bereitzustellen. Die zweite Chance liegt im langfristigen Scheitern der Glückspillen und Leistungsverstärker: Es ist nicht möglich, das gute Leben mit Pillen zu erreichen. Lebensqualität hängt langfristig von der kollektiven und damit politischen Veränderung der Lebensbedingungen ab.

Literatur

- Bartmann, Christoph (2012) *Leben im Büro. Die schöne neue Welt der Angestellten*. München.
- Beddington, John et al. (2008) *The Mental Wealth of Nations*. In: *Nature* 455, 1057-1060.
- Boltanski, Luc/ Chiapello, Ève (2003) *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz.
- De Dreu, Carsten K. W. et al. (2011) *Oxytocin promotes human ethnocentrism*. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 108, 1262-1266.
- Ehrenberg, Alain (2004) *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*. Frankfurt a. M.
- Ehrenberg, Alain (2006) *Die Depression, Schattenseite der Autonomie?* In: Stoppe, Gabriela/ Bramesfeld, Anke/ Schwartz, Friedrich-Wilhelm (HgInnen) *Volkskrankheit Depression?* Berlin, Heidelberg, 123-137.
- Ehrenreich, Barbara (2010) *Smile Or Die. Wie die Ideologie des positiven Denkens die Welt verdummt*. München.
- Fenter, Virginia L. (2006) *Concerns about Prozac and Direct-to-Consumer Advertising of Prescription Drugs*. In: *International Journal of Risk & Safety in Medicine* 18, 1-7.
- Ferrari, Arianna/ Coenen, Christopher/ Grunwald, Armin (2012) *Visions and Ethics in Current Discourse on Human Enhancement*. In: *Nanoethics* 2012, 1-15.
- Fukuyama, Francis (2004) *Das Ende des Menschen*. München.
- Fullagar, Simone (2009) *Negotiating the Neurochemical Self: Anti-depressant Consumption in Women's Recovery from Depression*. In: *Health* 13, 389-406.
- Helliwell, John/ Layard, Richard / Sachs, Jeffrey (2012) *World Happiness Report*. The Earth Institute – Columbia University, New York.
- Hess, Eva/ Jokeit, Henric (2009) *Neurokapitalismus*. In: *Merkur* 2009, 541-545.
- Illouz, Eva (2009) *Die Errettung der modernen Seele. Therapien, Gefühle und die Kultur der Selbsthilfe*. Frankfurt a. M.
- INCB – International Narcotics Control Board (2007) *Report of the International Narcotics Control Board for 2006*. United Nations, New York.
- INCB – International Narcotics Control Board (2009) *Reports published by the International Narcotics Control Board in 2009*. United Nations, New York.
- INCB – International Narcotics Control Board (2012) *Report of the International Narcotics Control Board for 2011*. United Nations, New York.
- Kirsch, Irving (2010) *Review: Benefits of Antidepressants over Placebo Limited Except in Very Severe Depression*. In: *Evidence-Based Mental Health* 13, 49.
- Kramer, Peter D. (1993) *Listening to Prozac: A Psychiatrist Explores Antidepressant Drugs and the Remaking of the Self*. New York.

- Lohse, Martin J./ Müller-Oerlinghausen, Bruno (2011) *Psychopharmaka*. In: Schwabe, Ulrich/ Paffrath, Dieter (Hg.) *Arzneiverordnungs-Report 2011*. Berlin, Heidelberg, 813-858.
- Lopez, Alan D./ Murray, Christopher C.J.L. (1998) *The Global Burden of Disease, 1990-2020*. In: *Nat Med* 4, 1241-1243.
- Maher, Brendan (2008) *Poll Results: Look Who's Doping*. In: *Nature* 452, 674-675.
- Manzei, Alexandra (2006) „Nabelschnurblut, die biologische Lebensversicherung für Ihr Kind ...“ *Eine gouvernementalitätstheoretische Analyse der Machtverhältnisse in der Biomedizin*. In: Schulze, Detlef Georgia/ Berghahn, Sabine/ Wolf, Frieder Otto (HgInnen) *Politisierung und Ent-Politisierung als performative Praxis*. Münster, 161-180.
- Marx, Karl (1844/1981) *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*. MEW (Karl Marx, Friedrich Engels: Werke), Band 1, 378-391.
- Marx, Karl (1859/1961) *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*. MEW (Karl Marx, Friedrich Engels: Werke), Band 13, 7-160.
- Möller-Leimkühler, Anne-Maria (2008) *Depression – überdiagnostiziert bei Frauen, unterdiagnostiziert bei Männern?* In: *Der Gynäkologe* 41, 381-388.
- Parens, Eric (1998) *Is Better Always Good?* In: Parens, Eric (Hg.) *Enhancing Human Traits. Ethical and Social Implications*. Washington, 1-28.
- Paulzen, Michael/ Habel, Ute/ Schneider, Frank (2012) *Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) (F90) im Erwachsenenalter*. In: Schneider, Frank (Hg.) *Facharztwissen Psychiatrie und Psychotherapie*. Heidelberg, Berlin, 449-457.
- President's Council on Bioethics (2003) *Beyond Therapy: Biotechnology and the Pursuit of Happiness*. Washington D. C.
- Rosa, Hartmut (2006) *Wettbewerb als Interaktionsmodus. Kulturelle und sozialstrukturelle Konsequenzen der Konkurrenzgesellschaft*. In: *Leviathan*, 82-104.
- Rose, Nikolas (2003) *Neurochemical Selves*. In: *Society*, 46-59.
- Sahakian, Barbara/ Morein-Zamir, Sharon (2007) *Professor's Little Helper*. In: *Nature* 450, 1157-1159.
- Schaper-Rinkel, Petra (2008) *Neuro-Enhancement Politiken. Die Konvergenz von Nano-Bio-Info-Cogno zur Optimierung des Menschen*. In: Schöne-Seifert, Bettina/ Ach, Johann S./ Opolka, Uwe / Talbot, Davinia (HgInnen) *Neuro-Enhancement. Ethik vor neuen Herausforderungen*. Paderborn, 295-320.
- Schmitz, Sigrid (2012) *Entscheidungsraum Gehirn: Neuroökonomie und Neurokultur in der Bioökonomie*. In: Lettow, Susanne (Hgin) *Bioökonomie. Die Lebenswissenschaften und die Bewirtschaftung der Körper*. Bielefeld, S. 133-154.
- Schubert, Ingrid/ Koster, Ingrid/ Lehmkuhl, Gerd (2010) *The Changing Prevalence*

- of Attention-Deficit/Hyperactivity Disorder and Methylphenidate Prescriptions. A Study of Data From a Random Sample of Insurees of the AOK Health Insurance Company in the German State of Hesse, 2000-2007.* In: Deutsches Ärzteblatt International 107, 615-U22.
- Slob, Marjan / Raeymaekers, Peter/ Rondia, Karin (2005) *Meeting of Minds. Das Gehirn: Fallstudien, Denkanstöße, Diskussionsgrundlagen.* Meeting of Minds Partner Consortium. Dresden.
- TAB – Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (2011) *Pharmakologische Interventionen zur Leistungssteigerung als gesellschaftliche Herausforderung.* Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) gemäß § 56a der Geschäftsordnung. Technikfolgenabschätzung. Berlin.
- Wehling, Peter (2009) *Schüchternheit – nur ein lästiges Hindernis auf dem Weg zu emotionaler Expressivität?* In: Soeffner, Hans-Georg (Hg.): *Unsichere Zeiten.* Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena 2008. Wiesbaden.
- Zuvekas, Samuel H./ Vitiello, Benedetto/ Norquist, Grayson S. (2006) *Recent Trends in Stimulant Medication Use Among U. S. Children.* In: *American Journal of Psychiatry* 163, 579-585.

III.

Generationen – Geschlecht – Arbeit

Anforderungen an eine generationen- und geschlechtergerechte Arbeitswelt

Ulrike Garstenauer

Der Stellenwert von Erwerbsarbeit in einer steigenden Lebenszeit

Erwerbsarbeit stellt für die Mehrheit der Menschen in modernen Gesellschaften die wichtigste wirtschaftliche Lebensgrundlage dar, da ihre persönliche ökonomische Situation zumeist auf individuellen Erwerbseinkommen und auf staatlichen Transfer- bzw. Sozialversicherungsleistungen basiert. Dies gilt sowohl für Männer als auch für Frauen, denn die in den Nachkriegsjahrzehnten für viele Frauen noch übliche Versorgung über den Familienverband – z. B. im Modell der Hausfrauenehe – bietet nunmehr angesichts gewandelter Lebensverhältnisse und von Veränderungen der sozialstaatlichen Rahmenbedingungen häufig keine dauerhaften Existenzsicherungsperspektiven.

Vor dem Hintergrund einer stetig steigenden Lebenserwartung und einer relativ dazu abnehmenden im Beruf verbrachten Lebenszeit wird vermehrt ein längerer Verbleib der Menschen im Erwerbsleben diskutiert und auch politisch angestrebt. Die Erhöhung von als zu gering erachteten Beschäftigungsquoten – insbesondere jener von Frauen und Älteren – ist bereits seit mehreren Jahren ein prioritäres Ziel der Europäischen Union (Europäisches Parlament 2000; Europäische Kommission 2010). Die EU-Mitgliedstaaten verfolgen unterschiedliche Strategien zur Umsetzung dieser Vorgabe. Sie visieren dabei häufig ein Anheben des faktischen Pensionsantrittsalters an und versuchen dies u. a. durch eine Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters oder durch verschärfte Pensionszugangsbedingungen zu erreichen. Auch Verbesserungen der Rahmenbedingungen zur

Vereinbarkeit von Beruf und Betreuungspflichten stehen in einigen Ländern auf der politischen Agenda. Angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise, welche sich teilweise gravierend auf die Arbeitsmärkte auswirkt, sind jedoch zunehmend umfassendere Strategien gefordert. Um die individuelle Arbeitsfähigkeit wie auch – aus der Perspektive der Arbeitsmärkte – die Beschäftigungsfähigkeit sowohl im jüngeren als auch im höheren Erwerbsalter zu fördern bzw. zu erhalten, sollten diese Strategien alle relevanten Handlungsfelder (u. a. auch Bildung und Gesundheit) einschließen und bereits präventiv im jungen Lebensalter der Menschen ansetzen. Mit Blick auf die Erwerbstätigkeit Älterer besteht die Notwendigkeit, positive Bilder des Alterns und des Alters zu vermitteln, da defizitorientierte Zuschreibungen vielfach die eigene Arbeitsmotivation und auch das Einstellungsverhalten von Personalverantwortlichen gegenüber älteren ArbeitnehmerInnen negativ beeinflussen.

Abgesehen von wirtschaftlichen Motiven besitzt die Erwerbsarbeit in der Gegenwartsgesellschaft aber auch einen hohen Stellenwert als „Wert per se“: Die berufliche Tätigkeit und der berufliche Status wirken identitätsbildend und sinnstiftend für Einzelne und gesellschaftliche Gruppen und beeinflussen Ansehen und Position in der Gesellschaft. Anstelle des Eintretens eines „Endes der Arbeit“, wie mehrfach prognostiziert, scheint der Erwerbsarbeit im beginnenden 21. Jahrhundert sowohl für Einzelne als auch für die Gesellschaft als Ganzes eine nie dagewesene Bedeutung zuzukommen. „Arbeit ist und bleibt offenkundig ein zentrales Medium der sozialen Integration und in zunehmendem Maße auch der Desintegration moderner Gesellschaften“ (Kurz-Scherf 2005, S. 15). Der empirisch nachweisbare Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und schlechterem psychischen Gesundheitszustand (BKK Bundesverband 2010, S. 60) erlaubt ebenfalls Rückschlüsse auf die Wichtigkeit von Erwerbsarbeit im Leben der Menschen.

Gewissermaßen als Kontrast zur Bedeutung des Berufslebens ist jedoch auch der Anteil der außerhalb von Erwerbsarbeit verbrachten Zeit am gesamten individuellen „Lebenszeitbudget“ im Steigen begriffen. Dies liegt zu einem Gutteil an einer länger werdenden Nacherwerbsphase, aber auch zunehmend an so genannten atypischen Arbeitsverhältnissen mit geringeren Arbeitszeiten und an unterbrochenen Erwerbsverläufen, wovon überwiegend Frauen betroffen sind. Für die Existenzsicherung und eine ange-

messene Lebensqualität in jedem Lebensalter ist es unabdingbar, einerseits diese eventuell nicht ausreichend durch Erwerbseinkommen abgesicherten Lebensphasen zu finanzieren und andererseits die Beanspruchungen im Berufsleben möglichst gesundheitsfördernd zu gestalten und so etwaigen berufsbedingten gesundheitlichen Beeinträchtigungen entgegenzuwirken.

Zur Notwendigkeit einer alters- und geschlechtergerechten Arbeitswelt

Wie nachfolgend gezeigt wird, betreffen alle oben angesprochenen Aspekte der ökonomischen Lebensgrundlage und der Lebensqualität – wie Bildungs- und Beschäftigungschancen, existenzsichernde Einkommen, Vereinbarkeitsbedingungen, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, aber auch Altersstereotype oder berufliches Ansehen – Männer und Frauen in unterschiedlichem Ausmaß. Die Tatsache, dass diese und weitere Faktoren die wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Situation von Frauen und Männern in allen Lebensphasen entscheidend beeinflussen und dass der individuelle Lebenslauf die persönliche Lebenslage im Alter bestimmt, macht eine geschlechter- und altersgerechte Gestaltung der Arbeitswelt zu einer wichtigen Zukunftsaufgabe. Hierbei wird bewusst der Terminus „altersgerecht“ und nicht der Begriff „altersgerecht“ verwendet. Im Unterschied zu altersgerechtem Agieren, das ausschließlich auf die Zielgruppe der Älteren abzielt, bezieht sich Altersgerechtigkeit auf den Prozess des Alterns, welcher – im Hinblick auf das Erwerbsleben – bereits in der Jugend einsetzt, und stellt somit auch eine Gegenwartsaufgabe dar. Eine altersgerechte Arbeitswelt agiert also vorbeugend und beachtet alle Generationen bzw. Altersgruppen. Da eine alters- und auch geschlechtergerechte Arbeitswelt nicht nur die konkrete Arbeitsplatzgestaltung im Blick hat, sondern über die Unternehmensebene hinaus auch die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen berücksichtigt, ist zur Erreichung dieses Ziels die Kooperation und das Commitment von Betrieben und ArbeitnehmerInnen sowie von gesellschaftspolitischen AkteurInnen erforderlich (Steinbach/Linnenschmidt/Schüll 2011, S. 17).

Relevante Faktoren für den langfristigen Erhalt von Arbeitsfähigkeit und Arbeitsmotivation im Setting Betrieb beschreiben Ilmarinen und Tempel in ihrem viel zitierten Modell „Haus der Arbeitsfähigkeit“ (Ilmari-

nen/Tempel 2002). Hierbei wird auf Forschungsergebnissen aufgebaut, welche belegen, dass das Altern nicht notwendigerweise mit einem Nachlassen der Leistungsfähigkeit einhergeht. Negative Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit erwachsen jedoch aus im Lebenslauf akkumulierten Belastungen, unzureichendem Kompetenzerwerb bzw. -erhalt und einem nicht gesundheitsfördernden Lebens- und Arbeitsstil sowie mangelnden Schutzfaktoren, welche hingegen durch geeignete Rahmenbedingungen positiv beeinflusst werden könnten.

Zur Gewährleistung einer umfassenden, über die betriebliche Ebene hinausgehenden, sowohl alters- als auch geschlechtergerechten Arbeitswelt ist also ein im Sinne von Ilmarinen und Tempel ideales betriebliches Umfeld innerhalb eines gesellschaftlichen Kontextes anzusiedeln, in welchem

- Bedingungen bestehen, die die Entfaltung der Fähigkeiten, Interessen und Motivation der Menschen fördern und deren individuelle Ressourcen stärken,
- die Integration aller Bevölkerungsgruppen in den ersten Arbeitsmarkt gefördert und ermöglicht wird,
- einschränkenden Geschlechterrollen und Altersstereotypen entgegenwirkt wird,
- ausreichend geeignete Unterstützungsstrukturen für Menschen mit Betreuungspflichten und Menschen mit Beeinträchtigungen bereitstehen,
- anforderungsgerechte und gendersensible Arbeitszeitmodelle geboten werden (einschließlich individuell gestaltbarer Lebensarbeitszeitmodelle),
- eine Kultur des lebensbegleitenden Lernens gewährleistet wird, wobei differenzierte und für alle Menschen zugängliche Aus-, Fort- und Weiterbildungsstrukturen existieren,
- adäquate Strukturen und (finanzielle) Ressourcen für Gesundheitsförderung und Prävention garantiert werden
- und das Sozialsystem (einschließlich Pensionsregelungen) dergestalt geregelt ist, dass Männer und Frauen bei der Teilhabe am Erwerbsleben in allen Lebensphasen gefördert werden und ihnen ausreichend individuelle Absicherung im Fall von Versorgungslücken zur Verfügung steht.

(Vgl. Steinbach/Linnenschmidt/Schüll 2011, S. 19f.).

Da – trotz steigender Frauenbeschäftigungsraten – davon auszugehen ist, dass sich die Arbeitsmarktteilnahme für Frauen schwieriger als für Männer gestaltet, befasst sich dieser Beitrag mit Faktoren, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Teilhabe von Frauen am Berufsleben ausüben.

Rahmenbedingungen für Frauenerwerbstätigkeit

„Die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit gehört zu den Megatrends auf den Arbeitsmärkten der EU-Mitgliedsländer“ (Franz et al. 2012, S. 601). Dieser Trend betrifft auch Österreich: Auch hier hat sich die Frauenerwerbstätigkeit in den letzten Jahrzehnten deutlich erhöht. Allein zwischen 2000 und 2011 wuchs die Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-jährigen Frauen um 7,1 Prozentpunkte von 59,4 Prozent auf 66,5 Prozent an (Statistik Austria 2012). Allerdings hängt diese Entwicklung ganz wesentlich mit einer gestiegenen Teilzeitrquote zusammen, welche 2011 in Österreich im Jahresdurchschnitt bei Frauen 44 Prozent betrug, bei Männern hingegen nur bei 8,9 Prozent lag (ebd.). Obwohl Österreichs Frauenteilzeitrquote im Europavergleich zu den höchsten zählt, kann auch für die meisten anderen Länder festgestellt werden, dass sich weibliche und männliche Lebens- und Erwerbsverläufe häufig stark unterscheiden. Historisch gewachsene kulturelle Faktoren tragen zu länderspezifisch unterschiedlich starken Ausprägungen von differierenden Lebenslaufmustern von Frauen und Männern maßgeblich bei.

Familien- bzw. Elternbilder

Geprägt sind geschlechtsspezifisch unterschiedliche Lebensläufe von langer Zeit gültigen so genannten „Normalbiographien“, welche auf Rollen- und Familienbildern aufbauten, wonach Männer die finanzielle Absicherung der Familie gewährleisten sollten und Frauen die Hauptverantwortung für Haushalt, Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen zu tragen hätten. Für Frauen bedeutete dies wiederum, dass die für Männer gültige Norm einer lebenslangen, nicht unterbrochenen Vollzeitbeschäftigung für sie zumeist nicht umsetzbar war und ihre Berufstätigkeit bestenfalls den Status der „Zuverdienerin“ erlaubte. Deutlich ablesbar ist das tradierte Geschlechterrollenverständnis noch heute an Erwerbsmustern von Paaren

mit Kindern. Laut österreichischer Familien- und Haushaltsstatistik waren 2010 in Familien mit unter 18-jährigen Kindern nur 24,4 Prozent der Frauen vollzeiterwerbstätig, hingegen 81 Prozent der Männer. Die überwiegende Erwerbskonstellation von Paaren mit minderjährigen Kindern entspricht dem Typus der „modernisierten Versorgerehe“, in welcher der Mann vollzeit- und die Frau teilzeitbeschäftigt ist. Dies betraf 2010 40,3 Prozent dieser Familien. Rund ein Fünftel (21,9 %) der Paare mit Kindern unter 18 Jahren lebt das traditionelle „Familienernährermodell“ mit einer nicht erwerbstätigen Mutter und einem vollzeitbeschäftigten Vater (Klaffer 2011, S. 93). Erwähnenswert ist in diesem Kontext der Zusammenhang zwischen Bildung und Erwerbsintensität. Bei Frauen und bei Männern geht ein höheres Bildungsniveau mit einer höheren Arbeitsmarktteilnahme einher. Für Frauen zeigt sich dieser Zusammenhang jedoch besonders deutlich anhand der Teilzeitrates. Sowohl in Österreich als auch in Deutschland findet sich die höchste Teilzeitquote bei den gering qualifizierten Frauen, die niedrigste bei den Frauen mit hohen Bildungsabschlüssen (Haberfellner/Sturm 2012, S. 35; BMFSJ 2012, S. 111f.).

Geschlechtsspezifische Aufteilung von unbezahlter Arbeit

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch geschlechtsspezifische Unterschiede der Zeitverwendung außerhalb der Erwerbstätigkeit. Die österreichische Zeitverwendungsstudie 2008/09 zeigt, dass unbezahlte Arbeiten zu zwei Dritteln von Frauen getätigt werden, wobei den Angaben zufolge jeweils der größte Anteil auf Haushaltsarbeiten entfällt: 81 Prozent bei Frauen, 78 Prozent bei Männern (Statistik Austria 2009, S. 34). Viele der überwiegend von Frauen genannten Haushalts- und Care-Arbeiten sind schwer mit regulären Erwerbsarbeitszeiten kompatibel, da sie sich an den Bedürfnissen der zu betreuenden Familienangehörigen orientieren und abgestimmt auf Öffnungs- bzw. Dienstzeiten von Bildungs- oder Unterstützungseinrichtungen erfolgen.

Der Umstand, dass Arbeiten in privaten Haushalten zunehmend in Form von informeller, oft prekärer Beschäftigung¹ auf Migrantinnen „ausgelagert“ werden, und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die

¹ D. h. nicht existenzsichernd, mit wenig arbeits- bzw. sozialrechtlichem Schutz und hohem Unsicherheitspotenzial.

Lebens- und Arbeitsumstände der häufig aus so genannten Drittstaaten kommenden Frauen (Haidinger 2012) sollen hier nicht besprochen werden. Bemerkenswert ist jedoch, dass diese notwendigen aber gesellschaftlich wenig anerkannten und vielfach gering entlohnten Tätigkeiten hauptsächlich von Frauen wahrgenommen werden und – unabhängig von Erwerbskonstellationen in den auftraggebenden Familien – gemäß dem normativen Muster des männlichen Ernährermodells im privaten Verantwortungsbereich der Frauen belassen werden. Und sogar bei den vergleichsweise selten vorkommenden Fällen weiblicher Familienernährerinnen übernehmen die berufstätigen Frauen den Großteil der Reproduktionsarbeiten – einerseits zur Wahrung der eigenen Geschlechtsidentität und andererseits, um das männliche Selbstbild des häufig arbeitslosen Partners nicht zusätzlich zu belasten (Klenner et al. 2011, S. 395).

Als maßgeblicher Hintergrund der geschlechtsspezifischen Erwerbsverhaltens- und Zeitverwendungsmuster können also fest verankerte Rollenvorstellungen in Bezug auf Familienarbeit und Elternschaft angenommen werden. Trotz eines vor allem bei der jüngeren Bevölkerung feststellbaren Wertewandels Familienbilder betreffend, ist auch gegenwärtig noch vielfach die Erwartungshaltung vorherrschend, dass Väter mit ihrem Einkommen für die Familie sorgen können (Bujard et al. 2012, S. 42). In Österreich befürchten sowohl Männer als auch Frauen zu einem großen Teil negative Auswirkungen einer (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit von Müttern auf das Kindeswohl (Wernhart/ Neuwirth 2007, S. 15). Dadurch erklärt sich auch der Umstand, dass die Mehrheit² der österreichischen teilzeitbeschäftigten Frauen auch im Falle verbesserter Kinderbetreuungsmöglichkeiten keine Vollzeitbeschäftigung anstreben würde. Diese Einstellung unterscheidet sich stark von jenen in anderen EU-Staaten, wonach durchschnittlich nur 30 Prozent der Teilzeitbeschäftigten keine Vollzeitbeschäftigung wünschen (Beermann et al. 2008, S. 72). Aber auch in Deutschland, vor allem in den westlichen Bundesländern, bestimmt das Leitbild der „guten Mutter“ die Lebens- und Erwerbsverläufe vieler Frauen. Eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung spricht vom Vorurteil der „Rabenmutter“ (Bujard et al. 2012, 54), mit dem sich berufstätige Mütter mit Kleinkindern vielfach konfrontiert

² 84,5 % laut Mikrozensus 2002 (Kytir/Schrittwieser 2003, S. 44).

sehen, und belegt dies mit Umfrageergebnissen der European Values Study 2008. Demnach stimmen 63 Prozent der Menschen in Westdeutschland der Aussage zu: „*Ein Kleinkind wird wahrscheinlich darunter leiden, wenn die Mutter berufstätig ist*“. Eine ähnlich hohe Zustimmung zu dieser Äußerung findet sich in Europa nur noch in Russland, Ungarn und Österreich (EVS 2010, zitiert nach Bujard et al. 2012, 41f.).

Kinderbetreuungsstrukturen

Die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft wird stark von kulturellen Faktoren beeinflusst, welche sich wiederum in strukturellen Faktoren, wie etwa in der Kinderbetreuungsinfrastruktur, niederschlagen. In Deutschland, wo das Schlagwort des „demographischen Wandels“ – das die längerfristige Alterung der Gesellschaft aufgrund sinkender Geburtenraten und steigender Lebenserwartung bezeichnet – sowie die Befürchtung, dass dadurch künftig ein (Fach-)Arbeitskräftemangel drohe, bereits Eingang in die öffentliche Debatte gefunden haben, werden mitunter auch hinderliche Strukturen für die Beschäftigung von Frauen thematisiert. Während jedoch sozialversicherungs- und arbeitsmarktrechtliche Regelungen wie Ehegattensplitting, Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse und Minijob-Regelungen medial nur vereinzelt als Fehlanreize zur Frauenbeschäftigung angesprochen werden (tagesschau.de 2013), avancierte das Thema Kinderbetreuung zum Auslöser von heftigen, weitgehend ideologisch geführten innenpolitischen Kontroversen in Deutschland. Angesichts des in der BRD ab August 2013 in Kraft tretenden Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung für ein- bis dreijährige Kinder forderten im Zuge dieser Debatte BundespolitikerInnen die Länder und Kommunen zur Schaffung von bislang fehlenden Betreuungsplätzen auf. Auf Bundesebene wurden für den Kindertagesstättenausbau zusätzliche Mittel für das Jahr 2013 budgetiert (tagesschau.de 2012) und nach einer koalitionsintern und sogar innerhalb der konservativen Parteien kontrovers geführten Auseinandersetzung das so genannte Betreuungsgeld beschlossen. Hierbei handelt es sich um staatliche Geldleistungen für Eltern von Kleinkindern, die sich eine bestimmte Zeit ohne zusätzliche Berufstätigkeit der Kindererziehung widmen. Das dabei ins Treffen geführte Argument der Wahlfreiheit zwischen häuslicher und außerhäuslicher Kinderbetreuung mutet allerdings angesichts der im November 2012 veröffentlichten Zahlen des Statistischen

Bundesamts, wonach zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf außerhäusliche Betreuung für unter Dreijährige zirka 220.000 Plätze fehlen (Statistisches Bundesamt 2012), wenig realitätsbezogen an.

Auch für Österreich kann die Kinderbetreuungssituation als insgesamt unzureichend angenommen werden, vor allem hinsichtlich der Öffnungszeiten der Einrichtungen, fehlender Plätze für Kleinkinder und der Nachmittagsbetreuung für Grundschul Kinder in ländlichen Gebieten (arbeiterkammer.at 2012). Eine politische Diskussion über den Ausbau von Kinderbetreuung findet hier allerdings hauptsächlich im Rahmen der Debatte um vorschulische Bildung und weniger in Bezug auf Beschäftigung bzw. Vereinbarkeit von Beruf und Familie statt. Wie in Deutschland existieren auch in Österreich für eine diesbezügliche ernsthafte Organisationsplanung nicht die benötigten exakten, bundesweiten Daten über Umfang und Formen der privat erbrachten Betreuungsarbeiten – und zwar weder im Zusammenhang mit Kinderbetreuung noch hinsichtlich der Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen.

Langzeitbetreuungsstrukturen

Das Thema der Betreuung von pflegebedürftigen Menschen wird bislang in Verbindung mit der Vereinbarkeitsproblematik kaum angesprochen, obwohl davon viele berufstätige Menschen, hier überwiegend Frauen, betroffen sind. Insgesamt liegt der Frauenanteil bei pflegenden Angehörigen, die in Österreich die Mehrzahl der pflegebedürftigen älteren Menschen betreuen, bei zirka 80 Prozent. Ungefähr ein Drittel der pflegenden Angehörigen ist erwerbstätig, jedoch sieht sich zirka ein Fünftel der berufstätigen pflegenden Angehörigen im Laufe ihrer Pflege- und Betreuungstätigkeit veranlasst, die Berufstätigkeit aufgrund der schwierigen Vereinbarkeit der beiden Bereiche aufzugeben (Statistik Austria 2010, S.284). Wenngleich das Thema Langzeitpflege im Zusammenhang mit den demographischen Entwicklungen häufig öffentlich problematisiert wird, scheinen die damit einhergehenden und für die Zukunft ebenfalls zunehmend virulenter werdenden Vereinbarkeitsfragen von berufstätigen pflegenden Menschen (die sich überdies im Vergleich mit Kinderbetreuungsaufgaben meist deutlich schwieriger gestalten) bislang weder von der Politik noch von den Betrieben als besonders relevant eingestuft zu werden. Mit Blick auf die politische Zielsetzung der verstärkten Erwerbsbeteiligung älterer Menschen

sowie der schrittweisen Anhebung des Frauenpensionsalters wäre es allerdings ratsam, diesem Thema mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Analog zur familiären Kinderbetreuung gilt auch für die häusliche Betreuung und Pflege von Angehörigen, dass der Großteil dieser Arbeiten von Frauen unbezahlt und teilweise ohne Anspruch auf Anrechnung für eine spätere Alterspension ausgeübt wird. (Männliche familiäre Pflegearbeit wird vorwiegend erst im Pensionsalter geleistet, während Frauen bei der Übernahme der Pflege von Angehörigen meist deutlich jünger sind [Gumpert 2009, S.20]). Eine Parallele zu den ebenfalls überwiegend durch Frauen erbrachten Haushaltstätigkeiten bildet die zunehmende Beschäftigung von Migrantinnen im Bereich der privaten Pflege. Die im Jahr 2007 geschaffenen gesetzlichen Grundlagen für eine häusliche 24-Stunden-Betreuung auf selbstständiger oder unselbstständiger Basis erlauben bzw. fördern „prekäre, schlecht entlohnte, meist von Frauen eingegangene Arbeitsverhältnisse“ (Mairhuber 2011, S.63). Mit diesem Modell und der 1993 eingeführten Pflegegeldregelung, welche zumeist eine anforderungsgerechte professionelle Pflege finanziell nicht ermöglichen, wurde die gesellschaftlich wichtige Pflege- und Betreuungsarbeit jedoch nicht nachhaltig geregelt, sondern vielmehr die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verfestigt, da „[...] explizit und implizit auf der Verfügbarkeit von Frauen und der kostenlosen bzw. kostengünstigen ‚Pflege im Rahmen familiärer Beziehungen‘ [...]“ aufgebaut wird (Mairhuber 2011, S.61). Zudem ignoriert diese unzureichende Lösung der Pflegeproblematik die erwartbaren demographischen Veränderungen: Einer tendenziell höheren Anzahl von älteren ArbeitnehmerInnen werden auch mehr hochaltrige – u. a. (länger) betreuungs- und pflegebedürftige – Menschen gegenüberstehen. Die politische Vernachlässigung bzw. Geringschätzung der privaten Betreuungsarbeit wirkt sich darüber hinaus negativ auf die hauptsächlich von weiblichen Arbeitskräften getragene Branche der beruflichen Langzeitpflege aus, wo die physischen und psychischen Beanspruchungen besonders ältere Beschäftigte belasten. Vorurteile über angeblich typisch weibliche Eignungen oder die mangelnde Relevanz einer spezifischer Ausbildung für Pfl egetätigkeiten begründen und verstärken die Imageprobleme des beruflichen Pflegesektors und auch die reale Schlechterstellung gegenüber anderen, insbesondere männlich konnotierten Berufsfeldern.

Betreuungspflichten werden von den Österreicherinnen sehr häufig

als Hauptmotiv für Teilzeitbeschäftigung genannt – darin in Europa nur noch übertroffen von den deutschen und den maltesischen Frauen (Dressel 2008, S. 55). Ob österreichische Frauen nun eine Teilzeitbeschäftigung präferieren, weil die Rahmenbedingungen in Österreich eine Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung bzw. Langzeitbetreuung und -pflege erschweren, oder aber ob die zur Verfügung stehenden Betreuungsstrukturen tatsächlich vorhandene (bzw. nicht vorhandene) Bedarfe widerspiegeln – und somit österreichische Frauen im Vergleich zu Frauen in den meisten anderen europäischen Staaten kürzere Arbeitszeiten vorziehen –, kann hier nicht geklärt werden. Es ist jedoch offensichtlich, dass Geschlechterrollen in Österreich noch immer einen maßgeblichen Einfluss auf das Erwerbsverhalten und auf Lebensläufe von Frauen und Männern ausüben, obwohl sich in breiten Teilen der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten ein verändertes Rollenverständnis entwickelt hat. Wie das oben geschilderte Beispiel der Entstehung der Betreuungsgeldregelung in Deutschland zeigt, prägen tief verankerte Vorstellungen von einer „männlichen Normalerwerbsbiographie“ (d. h. einer im gesamten Erwerbsalter ausgeübten, nicht unterbrochenen Vollzeitbeschäftigung) und von davon abweichenden Biographien als Sonderfälle die im Zuge politischer Aushandlungsprozesse gestalteten sozialstaatlichen Rahmenbedingungen. Auch für Österreich gilt, dass Regelungen der sozialen Sicherung und des Steuersystems, Arbeitsmarktstrukturen und Arbeitsrecht oder auch familienrelevante Leistungen und Strukturen eine asymmetrische Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit begünstigen und Frauen eine zumindest vorübergehende Abkehr vom Arbeitsmarkt nach der Geburt eines Kindes nahelegen. Das von Frauen nach einer Kinderbetreuungszeit zumeist ausgeübte Erwerbsmuster der Teilzeitarbeit verursacht als individuelle Arbeitszeitverkürzung entsprechende Reduktionen des Einkommens und der Sozialversicherungsansprüche für eine spätere Alterspension oder für Phasen von Arbeitslosigkeit bzw. geminderter Erwerbsfähigkeit. Außerdem bedeutet Teilzeitarbeit auch häufig geringere Stundenlöhne, so genannte „part time wage penalties“, welche allerdings auch der geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarkts zugeschrieben werden können.

Geschlechtsspezifische Arbeitsmarktstrukturen und Arbeitsbedingungen

Diese Segmentierung des Arbeitsmarkts bedeutet unter anderem, dass Frauen insgesamt in einer geringeren Anzahl von Wirtschaftszweigen und Berufen arbeiten als Männer, nachdem sie sich bereits in der Ausbildungszeit überwiegend auf bestimmte Bereiche und Ausbildungsschwerpunkte konzentrieren. So finden sich EU-weit zirka 50 Prozent der erwerbstätigen Frauen im Erziehungs- und Gesundheitsbereich sowie im Handel und knapp 50 Prozent der Männer in der Produktion, im Handel und im Bauwesen (Beermann et al. 2008, S. 70). Und auch innerhalb der einzelnen Branchen und sogar unternehmensintern besteht oftmals eine „De-facto-Geschlechtertrennung“: „[...] selbst wenn Frauen und Männer für die gleiche Arbeit eingestellt wurden, führen sie doch häufig unterschiedliche Tätigkeiten aus“ (Kuhn 2008, S. 84). Frauen sind generell verstärkt in Berufen tätig, in denen ein relativ niedriges Ausbildungsniveau erforderlich ist und weniger Karrierechancen und somit auch geringe Verdienstmöglichkeiten bestehen (z. B. Verkäuferin oder Bürofachkraft). Zudem arbeiten viele Frauen nach beruflichen Auszeiten für Kinderbetreuung unterwertig, d. h. nicht ihrer Qualifikation entsprechend.

Die unterschiedliche Verteilung von Frauen und Männern auf jeweils andere Berufe, Sparten und Hierarchieebenen sowie differierende Verdienstmöglichkeiten und Arbeitszeitausmaße implizieren auch unterschiedliche Arbeitsbedingungen. Europäische Studien zeigen, dass Männerarbeitsplätze häufiger mit belastenden Umgebungsfaktoren und hohen körperlichen Beanspruchungen verbunden sind, während sich Frauen vergleichsweise stärker mit psychisch belastenden Arbeitsbedingungen konfrontiert sehen. Allerdings werden potenzielle Belastungsfaktoren nicht zwangsläufig auch als Belastungen erlebt und bedingen auch nicht „automatisch“ negative gesundheitliche Auswirkungen (Beermann et al. 2008, S. 69). Da Krankheitsursachen mehrdimensional zu betrachten sind, können diese zumeist nicht eindeutig arbeitsplatzbedingten Belastungen und Beanspruchungen zugewiesen werden. Allerdings zeigen Krankenkassen-Statistiken geschlechtsspezifische Häufungen von Erkrankungs- und Verletzungsrisiken nach Tätigkeitsfeldern, Berufs- und Altersgruppen, was sich u. a. durch die Segregation des Arbeitsmarkts und die mangelnde

Gleichstellung von Frauen und Männern innerhalb und außerhalb des Erwerbslebens erklären lässt (Kuhn 2008, S. 87f.). Arbeitsbelastungen, aber auch Auswirkungen von Arbeit, welche als positiv für das individuelle Wohlbefinden und somit als gesundheitsstärkend erlebt werden, hängen vielfach mit Arbeitszeiten zusammen. Hierbei werden Überstunden von Frauen als belastender eingestuft, wenngleich überlange Arbeitszeiten von mehr als 48 Wochenarbeitsstunden deutlich häufiger bei Männern als bei Frauen vorkommen. Weitere von Normarbeitszeiten abweichende Zeitarrangements wie Wochenend- und Feiertagsarbeit, Bereitschaftsdienste und Schichtarbeit betreffen tendenziell mehr Männer als Frauen und werden von Männern auch vergleichsweise als belastender empfunden – mit Ausnahme der Wochenendarbeit, welche am häufigsten von Frauen mit Kindern als belastend angesehen wird (Beermann et al. 2008, S.73ff.). Ein geringeres Arbeitszeitausmaß, insbesondere in Form von Teilzeitarbeit, kann hingegen in Österreich und Deutschland bei Frauen als Faktor für eine höhere Arbeitszufriedenheit gewertet werden. Teilzeitarbeit geht andererseits vielfach mit spezifischen Belastungen einher, wie „[...] geringer sozialer Absicherung, höherer Arbeitsdichte bei kürzeren Pausen, weniger Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, Zementierung der Arbeitsteilung im privaten Bereich“ (Ritter et al. 2008, S. 199). Österreichische Untersuchungen im Rahmen der Arbeitsklimaindex-Erhebungen zeigen, dass Frauen insgesamt höhere Arbeitszufriedenheitswerte als Männer angeben, was u. a. auf das geringere Arbeitsstundenausmaß, aber auch auf eine vermutlich niedrigere Erwartungshaltung aufgrund traditioneller Rollenbilder zurückgeführt wird (Grössenberger 2012, S. 15).

Männer sind deutlich häufiger als Frauen belastenden Arbeitsumgebungsfaktoren ausgesetzt. Hier ist aber auffällig, dass die mit ungünstiger Temperatur, Beleuchtung, Erschütterungen, Lärm oder gefährlichen Stoffen am Arbeitsplatz konfrontierten Frauen diese Faktoren zumeist vergleichsweise stärker als Belastung empfinden als die davon betroffenen Männer (Beermann et al. 2008, S. 76). Körperliche Belastungsfaktoren, wie schweres Heben und Tragen oder Zwangshaltungen und ein höheres Verletzungspotenzial finden sich überwiegend an Männerarbeitsplätzen; einseitige Körperhaltungen, wie etwa Dauerstehen, betreffen großteils Frauen. Von als psychisch belastend einzustufenden Faktoren fühlen sich überwiegend Frauen betroffen; Frauen empfinden hierbei einen geringen Handlungs- und

Entscheidungsspielraum (ebd., S. 80) sowie geringe Aufstiegschancen und Mehrfachbelastungen durch Betreuungspflichten und Haushaltsarbeiten als besonders negativ. Arbeitsbedingter Stress – ausgelöst vor allem durch Zeitdruck, unzureichende Erholungsphasen, technische und organisatorische Veränderungen – betrifft beide Geschlechter. Besondere Stressoren für Frauen sind aber Diskriminierung und der Einsatz in Tätigkeitsbereichen mit geringem Prestige, emotional anstrengende Arbeiten und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz (Ritter et al. 2008).

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass psychische Beanspruchungen am Arbeitsplatz sowohl von Frauen als auch von Männern als zunehmend belastender erlebt werden, was sich u. a. in steigenden Zahlen bei den psychischen Erkrankungen niederschlägt. Ebenfalls gilt laut Arbeitsklimaindex-Untersuchungen in Österreich für beide Geschlechter, dass ältere ArbeitnehmerInnen eine geringere Arbeitszufriedenheit empfinden als jüngere Beschäftigte unter 45 Jahren, wofür hauptsächlich die mit höherem Alter als schlechter eingeschätzten Arbeitsmarktchancen verantwortlich sind. Sorgen bezüglich einer möglichen Arbeitslosigkeit nach Arbeitsplatzverlust finden sich vermehrt auch bereits bei Frauen der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren (Grössenberger 2012, S. 16). Derartige Bedenken sind nicht unbegründet: Ältere Menschen haben ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als jüngere, und insbesondere der Umstand, im Fall von Arbeitsplatzverlust längere Zeit keinen adäquaten Arbeitsplatz zu finden, betrifft verstärkt ältere Arbeitssuchende. Eine Ursache dafür ist einerseits das in vielen Kollektivverträgen niedergeschriebene Senioritätsprinzip, welches das automatische Vorrücken im Lohn- bzw. Gehaltsschema aufgrund der bisherigen Beschäftigungsdauer in einer bestimmten Berufsgruppe vorsieht.

Altersstereotype

Andererseits behindern auch altersbezogene Zuschreibungen die Arbeitsmarktchancen von Älteren. Für Frauen gilt, dass sie häufiger und meist deutlich früher als Männer von stereotypen, negativen altersbezogenen Vorurteilen betroffen sind (Perrig-Chiello 2005, S. 200). Derartige Ageismen wirken sich auch negativ auf das Selbstwertgefühl älterer Frauen aus, deren Einschätzung der eigenen kognitiven Leistungsfähigkeit im Vergleich zu der von gleichaltrigen Männern schlechter ausfällt – dies, obwohl diese Un-

terschiede durch keinerlei wissenschaftlichen Studien belegt werden (ebd., S.202ff.). Altersstereotype haben im Arbeitsleben vielfältige Ursachen, wobei verzerrte Fremd- und Selbsteinschätzungen u. a. vom Geschlecht und vom Alter der befragten und der beurteilten Personen beeinflusst werden sowie von Branchen- und Unternehmenskulturen abhängig sind. Altersbilder werden aber auch von den vorherrschenden Arbeitsmarkt-Politiken geprägt. So kann angenommen werden, dass beispielsweise die Frühpensionierungskultur der 1980er Jahre und auch das gesetzlich festgelegte bzw. faktische Pensionsantrittsalter Zuschreibungen und Erwartungen hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit in späteren Altersphasen beeinflussen. Problematisch ist der Umstand, dass sich Altersstereotype durch gesetzliche und institutionelle Rahmenbedingungen verfestigen und häufig von den Betroffenen verinnerlicht und reproduziert werden. Trotz der in der Altersforschung nunmehr vorherrschenden Theorie des differenziellen Alterns, wonach sich Potenziale ebenso wie auch Defizite individuell unterschiedlich entwickeln, kann davon ausgegangen werden, dass Belastungen und Ressourcen im Arbeitsleben im jeweiligen Lebenslauf kumulieren und somit die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit in späteren Lebensphasen beeinträchtigen können.

Geschlechterdifferenzen und der Umgang damit innerhalb und außerhalb der Arbeitswelt sind also sowohl durch kulturelle Faktoren als auch durch strukturelle Bedingungen geprägt.

Sozialstaatliche Rahmenbedingungen

Wesentliche strukturelle Rahmenbedingungen der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen liegen in den jeweiligen sozialstaatlichen Regelungen begründet. Das österreichische Sozialsystem ist – analog dem deutschen System – nach dem Bismarck'schen Modell geregelt. Dessen Kernprinzipien der Versicherungslogik und der Erwerbsorientierung gewährleisten eine angemessene individuelle Existenzsicherung für Zeiten außerhalb des Erwerbslebens (z. B. Arbeitslosigkeit und Alterspension) nur bei ausreichend geleisteten Versicherungsbeiträgen. Sozialversicherungsleistungen zielen auf die Sicherung des Lebensstandards, d. h. diese sollen an das frühere Erwerbseinkommen anschließen. Der Sozialstaat baut also implizit auf dem männlich geprägten Normalarbeitsverhältnis bzw. der Normalerwerbsbiographie auf. Indirekt abgeleitete Ansprüche für mitversi-

cherte unterhaltsberechtigte Personen (EhepartnerInnen, Kinder, teilweise LebenspartnerInnen) legen das Familienernährermodell zugrunde. Auf vergleichsweise niedrigem Niveau befinden sich die Fürsorgeleistungen von Mindestsicherung und Ausgleichszulage. Hierbei werden die Ansprüche mittels Bedürftigkeitsprüfung und Ausschöpfen von im jeweiligen Haushaltskontext vorhandenen Einkommensmöglichkeiten nach dem Subsidiaritätsprinzip ermittelt. Insgesamt kommt im österreichischen System der sozialen Sicherung der Familie und informellen Strukturen eine besondere Bedeutung zu insbesondere bei unzureichender Risikoabdeckung durch Versicherungsleistungen (Badelt/Österle 2001, S. 6ff.). Für viele Frauen, deren Arbeitsleben nicht der Normalerwerbsbiographie entspricht und die zudem deutlich geringere Erwerbseinkommen als Männer erhalten, bietet das Bismarck'sche Sozialsystem oftmals eine nur unzureichende Existenzsicherung im Hinblick auf soziale Risiken wie Erwerbslosigkeit oder geminderte Erwerbsfähigkeit sowie im Ruhestand, speziell wenn eine Anbindung an familiäre oder informelle Unterstützungsstrukturen fehlt. Der Aufbau einer zusätzlichen privaten Eigenvorsorge ist wiederum nur im Falle von vorhandenem Vermögen oder ausreichendem Einkommen möglich. Hierbei kommen natürlich geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede ganz wesentlich zum Tragen.

Geschlechtsspezifische Einkommensschere

Der so genannte Gender Pay Gap, d. h. die durchschnittliche Differenz zwischen den Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern³, ist in Österreich besonders stark ausgeprägt. Nach der Berechnungsmethode des EU-Indikators „Unadjusted gender pay gap“ beträgt die Einkommensdifferenz zulasten der Frauen im Jahr 2009 in der österreichischen Privatwirtschaft knapp über 25 Prozent⁴ (Europäische Kommission – Eurostat 2013). Die Einkommensdifferenzen im Erwerbsleben setzen sich in noch größerer Intensität in der „Pensionschere“ im Ruhestand fort: Im Jahr 2008 entsprach die durchschnittliche Alterspension von Frauen nur 61,6 Prozent der durchschnittlichen Männerpension (Mairhuber 2011, S. 67).

³ In Prozent des durchschnittlichen Bruttostundenlohnes der Männer.

⁴ Kleinunternehmen mit unter zehn Beschäftigten sowie land- und forstwirtschaftliche Betriebe sind hierbei nicht berücksichtigt.

Pensionsregelungen

Und angesichts der zukünftig engeren Orientierung an den individuellen Erwerbsverläufen aufgrund der zwischen 2000 und 2004 erfolgten Reformen des österreichischen Pensionssystems sind weitere für Frauen nachteilige Auswirkungen zu erwarten. Ingrid Mairhuber spricht von einer strukturellen Diskriminierung von Frauen im österreichischen Pensionssystem, da die für eine existenzsichernde Pensionshöhe nötigen Voraussetzungen einer durchgehenden 40- bzw. 45-jährigen Vollzeitwerbstätigkeit und eines mittleren bis hohen Einkommens „[...] von Frauen, vor allem wenn es sich um erwerbstätige Mütter handelt, kaum erfüllt werden“ (ebd., S. 24). Die derzeit noch gültigen Pensionsregelungen werden teilweise jedoch auch als Privilegierung von Frauen gesehen, da zum einen das weibliche Pensionszugangsalter erst zwischen den Jahren 2024 und 2033 schrittweise dem gesetzlichen Männerpensionsalter von 65 Jahren angeglichen wird und zum anderen die Möglichkeit des abschlagsfreien vorzeitigen Pensionsantritts durch die Langzeitversichertenregelung („Hacklerregelung“) besonders vorteilhafte Bedingungen für Frauen beinhaltet. Unumstritten ist, dass diese Regelungen im aktuellen Pensionsrecht Anreize für einen früheren Ausstieg aus dem Erwerbsleben bilden und gleichzeitig dazu beitragen, dass Frauen im späteren Arbeitsleben nachteilige Rahmenbedingungen vorfinden. So sehen sich ältere arbeitssuchende und erwerbstätige Frauen oft mit Einschätzungen in den Unternehmen konfrontiert, wonach sich eine Einstellung bzw. Weiterbildungsmaßnahmen oder das Angebot eines betrieblichen Aufstiegs mit Blick auf einen möglichen früheren Pensionseintritt nicht mehr „rentieren“ würden. Aber auch eigene Ambitionen – vor allem hinsichtlich Fort- und Weiterbildung – werden durch diese Denkmuster negativ beeinflusst.

Segregation des Arbeitsmarkts

Die bereits angesprochene ungleiche Verteilung von Männern und Frauen auf unterschiedliche Berufe und Branchen (horizontale Segregation) und auf verschiedene Hierarchieebenen (vertikale Segregation) zieht in großem Ausmaß Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern nach sich. Während die seit Jahrzehnten beobachtbare Expansion des Dienstleistungssektors insbesondere für Frauen verstärkte Beschäftigungsmöglich-

keiten mit sich brachte, finden sich hier auch die meisten Niedriglohnbranchen, wie z. B. Tourismus, Handel oder Teilbereiche des Gesundheits- und Sozialbereichs. Die Einkommensdifferenz zulasten der Frauen ist jedoch in Hochlohnbranchen (bspw. Energiewirtschaft oder Metall- und Elektroindustrie) mit zirka 34 Prozent besonders ausgeprägt (Mayrhuber 2010, S. 7). Tendenziell steigende Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Branchen und geringere Durchschnittseinkommen in Wirtschaftssektoren mit hoher Frauenbeschäftigung wirken sich zudem besonders ungünstig auf Fraueneinkommen aus (ebd.). Weiters trägt die schlechtere berufliche Positionierung der Frauen – d. h. weniger Frauen in oberen Hierarchieebenen oder in Berufen mit höherem gesellschaftlichem Status – zu niedrigeren Verdiensten bei. Als Ursachen für die ungleiche Geschlechterverteilung am Arbeitsmarkt können strukturelle Umstände, wie fehlende anforderungsgerechte und leistbare Vereinbarkeitsoptionen, aber auch ganz wesentlich tradierte Rollenbilder und geschlechtsspezifische Zuschreibungen angenommen werden, die u. a. bereits in der Schul- und Ausbildungszeit die spätere Berufswahl der Einzelnen beeinflussen.

Geschlechtsspezifische Bildungsmuster

Besonders bei den älteren Generationen spiegeln unterschiedlich hohe formale Bildungsabschlüsse das traditionell geschlechtsspezifisch differierende Bildungsverhalten der ÖsterreicherInnen wider. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Qualifikationsniveaus von Frauen aber mehr und mehr denen der Männer angeglichen. Andererseits zeigen sich auch gegenwärtig deutliche Geschlechterdifferenzen in der Sekundärbildung anhand der SchülerInnenzahlen der unterschiedlichen Fachrichtungen von Berufsbildenden Höheren Schulen und Berufsschulen. So liegt etwa der Mädchenanteil bei den SchülerInnen von sozialberuflichen Berufsbildenden Mittleren Schulen und von wirtschaftsberuflichen Berufsbildenden Höheren Schulen derzeit bei über 90 Prozent, von technischen und gewerblichen Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen jedoch nur bei knapp über zehn Prozent (Haberfellner/Sturm 2012, S. 99f.). Auch im Tertiärbereich lassen sich traditionell geprägte Geschlechterpräferenzen anhand der Anzahl von weiblichen und männlichen Studierenden der unterschiedlichen Universitäts- und Fachhochschulstudien belegen (Statistik Austria 2010, S. 81-123). Diese widersprüchlichen strukturellen Entwick-

lungen im Bildungsbereich – „[t]rotz der Bildungsexpansion wurden nämlich die Geschlechterdomänen zementiert [...]“ (Haberfellner/Sturm 2012, S. 99) – verbessern zwar die Beschäftigungschancen für die höher qualifizierten Frauen, tragen aber nicht zu einer Aufweichung der bestehenden Arbeitsmarkt-Segregation bei.

Eine höhere Bildung ist für beide Geschlechter als wesentlicher Faktor für bessere Entlohnungs-, Beschäftigungs- und Karrieremöglichkeiten sowie für eine hohe Erwerbsbeteiligung und Erwerbsintensität im gesamten Arbeitsleben und speziell für spätere Erwerbsphasen zu sehen. Da die Weiterbildungsbeteiligung von Frauen geringer ist als jene von Männern und hierbei wiederum die Grundqualifikation eine große Rolle spielt, sollten geschlechts- und altersspezifische Nutzungsbarrieren in Bezug auf Bildungsangebote beseitigt werden. Insbesondere berufliche Weiterbildung muss sich auch an ältere MitarbeiterInnen, an Teilzeitbeschäftigte und an Menschen mit Betreuungspflichten richten und entsprechende Rahmenbedingungen gewährleisten. Abgesehen davon sollte auch die Primärbildung vom frühen Kindesalter an dem bislang unterschiedlichen Bildungsverhalten von Burschen und Mädchen entgegenwirken und die Ermöglichung eines für beide Geschlechter breiten Berufsspektrums und vielfältiger Lebenslaufperspektiven anregen.

Anforderungen an eine generationen- und geschlechtergerechte Arbeitswelt

Als Konsequenz aus der gleichermaßen für den Arbeitsmarkt wie für den „vorgelagerten“ Ausbildungssektor und für den Bereich der unbezahlten Tätigkeiten feststellbaren geschlechtsspezifischen Segmentierung sollte gezielt analysiert werden, welche Faktoren dafür verantwortlich sind, dass bestimmte Sektoren für Frauen attraktiv bzw. unattraktiv erscheinen und welche Integrations- oder Ausgrenzungsmechanismen zur gegenwärtigen ungleichen Situation beitragen. Fakt ist, dass sich die mangelnde Gleichstellung von Frauen und Männern auf ihre jeweiligen Handlungsoptionen auswirkt. Aufgabe einer geschlechter- und generationengerechten Arbeitswelt ist es, diesen einschränkenden und benachteiligenden Mechanismen entgegenzuwirken und angemessene Teilhabemöglichkeiten für Männer und Frauen aller Altersgruppen zu gewährleisten.

Die Gestaltung der Arbeitswelt innerhalb der Betriebe, aber auch die entsprechenden gesellschaftspolitisch gesetzten Rahmenbedingungen orientieren sich noch immer häufig vorrangig an männlichen Erfahrungen. Eine geschlechter- und altersgerechte betriebliche Arbeitswelt sollte darauf Rücksicht nehmen, welche unterschiedlichen Arbeitsbedingungen Frauen und Männer in verschiedenen Altersphasen betreffen und inwieweit hierbei Belastungen entgegengewirkt werden kann und Schutzmechanismen befördert werden können. Allerdings muss auch bei einer geschlechter- und generationensensiblen Herangehensweise die Heterogenität der Menschen beachtet werden. D. h. Frauen wie auch Männer stellen keine jeweils homogenen Gruppen dar, und nicht alle arbeiten in geschlechtstypischen Berufen. Analoges gilt auch für Alterskohorten. Zudem müssen politische Strategien entwickelt werden, die die „Gesamtbiographien“ der Menschen im Blick haben, nicht nur ihre Erwerbsbiographien. Nötig ist eine ressortübergreifende Politik, welche nicht von einem unverrückbaren Primat der Wirtschaftspolitik ausgeht, sondern auch die sozialen Folgen des demographischen Wandels beachtet. Reproduktions- bzw. Familienarbeit kann nicht länger als volkswirtschaftlich irrelevant erachtet und in der privaten Verantwortung von Einzelpersonen belassen werden. Hierbei muss u. a. die Vereinbarkeitsthematik auch für Männer, nicht nur vorrangig für Frauen diskutiert werden. Angesichts der steigenden Lebenserwartung sollte künftig eine bessere zeitliche „Entzerrung“ der Lebensläufe ermöglicht werden. Entzerrung meint hierbei Möglichkeiten für Frauen wie für Männer, ihre Biographien nach ihren jeweiligen Wünschen und Bedarfen so zu gestalten, dass sie sich in verschiedenen Lebensphasen bestimmten Aufgaben und Vorstellungen vorrangig oder ausschließlich widmen können. In einem so genannten „*truly blended life plan*“ (Marin 2006) könnten dann in jedem Lebensalter abwechselnd unterschiedliche Vorstellungen von Arbeit und Freizeit, Bildung und Erholung verwirklicht werden. Individuell gewichtete, jedoch hinreichend finanziell und sozialversicherungsrechtlich abgesicherte, diskontinuierliche Erwerbs- und Lebensverläufe würden beiden Geschlechtern die Möglichkeit geben, berufliche und gesellschaftliche Aufgaben sowie Familienaufgaben wahrzunehmen, aber auch Chancen für Weiterqualifizierung oder für Regenerationszeiten zu nutzen. Denn neben einem längeren Verbleib im Erwerbsleben ist auch eine Verlängerung der in guter Gesundheit verbrachten Lebenszeit anzustreben. Dies würde maß-

geblich zu einer besseren individuellen wie auch kollektiven Lebensqualität beitragen.

Literatur

- Arbeiterkammer.at (2012) *Zahl der Kinderbetreuungsplätze sagt wenig über Qualität aus* (27.12.2012), verfügbar unter: <http://www.arbeiterkammer.at/online/tausende-kinderbetreuungsplaetze-fehlen-70794.html>, abgerufen am 3.1.2013.
- Badelt, Christoph/ Österle, August (2001) *Grundzüge der Sozialpolitik. Spezieller Teil. Sozialpolitik in Österreich. 2.*, überarbeitete Aufl. Wien.
- Beermann, Beate/ Brenscheidt, Frank/ Siefer, Anke (2008) *Unterschiede in den Arbeitsbedingungen und -belastungen von Frauen und Männern*. In: Badura, Bernd/ Schröder, Helmut/ Vetter, Christian (Hg.) *Fehlzeiten-Report 2007. Arbeit, Geschlecht und Gesundheit*. Heidelberg, 69-82.
- BKK Bundesverband (Hg.) (2010) *Gesundheit in einer älter werdenden Gesellschaft. BKK Gesundheitsreport 2010*. Berlin, verfügbar unter: http://www.bkk.de/fileadmin/user_upload/PDF/Arbeitgeber/gesundheitsreport/BKK_Gesundheitsreport_2010.pdf, abgerufen am 16.1.2013.
- BMFSJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012) *Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht*. Berlin, verfügbar unter: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Erster-Gleichstellungsbericht-Neue-Wege-Gleiche-Chancen,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, abgerufen am 8.1.2013.
- Bujard, Martin et al. (2012) *(Keine) Lust auf Kinder? Geburtenentwicklung in Deutschland*. Hg. vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden.
- Dressel, Christian (2008) *Die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern – Deutschland im europäischen Vergleich*. In: Badura, Bernd/ Schröder, Helmut / Vetter, Christian (Hg.) *Fehlzeiten-Report 2007. Arbeit, Geschlecht und Gesundheit*. Heidelberg, 49-68.
- Europäische Kommission (2010) *Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*. KOM(2010) 2020 endgültig, verfügbar unter: http://www.esf.de/portal/generator/15418/property=data/2011__01__04__europa__2020-strategie.pdf, abgerufen am 4.12.2012.
- Europäische Kommission – Eurostat (2013) *Gender Pay Gap Statistics*, verfügbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php?title=File:The_unadjusted_gender_pay_gap_2009.png&filetimestamp=20110704080244, abgerufen am 10.1.2013.

- Europäisches Parlament (2000) *Europäischer Rat 23. und 24. März 2000 Lissabon. Schlussfolgerungen des Vorsitzes*, verfügbar unter http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm, abgerufen am 10.11.2012.
- Franz, Christine/ Kümmerling, Angelika/ Lehdorff, Steffen/ Anxo, Dominique (2012) *Arbeitszeiten von Frauen: Lebenslaufperspektive und europäische Trends*. In: WSI-Mitteilungen Nr. 8/2012, 601-608.
- Größenberger, Ines (2012) *Arbeitsklima-Index Salzburg 2011*. Im Auftrag der Arbeiterkammer Salzburg. Unveröffentlichter Bericht.
- Gumpert, Heike (2009) *Wenn Töchter nicht mehr pflegen ... Geschlechtergerechtigkeit in der Pflege*. Werkstattbericht im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06694.pdf>, abgerufen am 7.1.2013.
- Haberfellner, Regina/ Sturm, René (2012) *Längerfristige Beschäftigungstrends von HochschulabsolventInnen*. AMS report 85/86. Hg. vom Arbeitsmarktservice Österreich. Wien, verfügbar unter: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/AMS_report_85_86.pdf, abgerufen am 18.1.2013.
- Haidinger, Bettina (2012) *Geschlecht und Arbeit in Privathaushalten im Kontext transnationaler sozialer Ungleichheit*. In: SWS-Rundschau Nr. 4/2012, 412-430.
- Ilmarinen, Juhani/ Tempel, Jürgen (Hg.) (2002) *Arbeitsfähigkeit 2010. Was können wir tun, damit Sie gesund bleiben?* Hg. von Marianne Giesert im Auftrag des DGB-Bildungswerk e. V. Hamburg.
- Klapfer, Karin (2011) *Familien- und Haushaltsstatistik 2010. Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung*. Hg. von Statistik Austria. Wien.
- Klenner, Christina/ Menke, Katrin/ Pfahl, Svenja (2011) *Flexible Familienernährerinnen – Prekarität im Lebenszusammenhang ostdeutscher Frauen?* Hg. vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf, verfügbar unter: <http://www.familienernaehrerin.de/material/publikationen/wissenschaft/flexible-familienernaehrerinnen-ost.pdf>, abgerufen am 9.1.2013.
- Kuhn, Karl (2008) *Geschlechtsspezifische arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren und Erkrankungen*. In: Badura, Bernd/ Schröder, Helmut/ Vetter, Christian (Hg.) *Fehlzeiten-Report 2007. Arbeit, Geschlecht und Gesundheit*. Heidelberg, 83-96.
- Kurz-Scherf, Ingrid (2005) „*Arbeit neu denken, erforschen, gestalten*“ – ein feministisches Projekt. In: Kurz-Scherf, Ingrid/ Correll, Lena/ Janczyk, Stefanie (Hginnen) *In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel*. Münster, 15-35.
- Kytir, Josef/ Schrittwieser, Karin (2003) *Haushaltsführung, Kinderbetreuung,*

- Pflege. Ergebnisse des Mikrozensus September 2002.* Hg. von Statistik Austria. Wien.
- Mairhuber, Ingrid (2011) *Übergänge im Lebenserwerbsverlauf von Frauen und Männern. Herausforderungen und geschlechterdemokratische Perspektiven für Österreich.* FORBA Forschungsbericht 1/2011. Wien.
- Marin, Bernd (2006) „*What the World Wants*“. In: Der Standard vom 11.9.2006, verfügbar unter: http://www.euro.centre.org/data/1157981138_63848.pdf, abgerufen am 31.1.2013.
- Mayrhuber, Christine (2010) *Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit und ihre Bedeutung für das Frauen-Lebenseinkommen.* Hg. vom Arbeitsmarktservice Österreich. Wien, verfügbar unter: <http://expak-at.sk/expak/img/uploads/expak1644.pdf>, abgerufen am 8.1.2013.
- Perrig-Chiello, Pasqualina (2005) *Frauen im Alter – Vorurteile und Fakten.* *Freiburger Frauen Studien.* In: Zeitschrift für Interdisziplinäre Frauenforschung, Band 16, 199-219.
- Ritter, Manuela/ Elsigan, Gerhard / Kittel, Günther (2008) *Projekt „Gender Mainstreaming in der betrieblichen Gesundheitsförderung“.* In: Badura, Bernd/ Schröder, Helmut/ Vetter, Christian (Hg.) *Fehlzeiten-Report 2007. Arbeit, Geschlecht und Gesundheit.* Heidelberg, 193-210.
- Statistik Austria (2009) *Zeitverwendung 2008/09. Ein Überblick über geschlechtsspezifische Unterschiede.* Wien, verfügbar unter: <http://www.frauen.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=40387>, abgerufen am 20.12.2012.
- Statistik Austria (2010) *Statistische Analysen zur Entwicklung der Situation von Frauen in Österreich.* In: *Frauenbericht 2010.* Hg. von der Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt Österreich. Wien, 7-386.
- Statistik Austria (2012) *Gender Statistik. Erwerbstätigkeit,* verfügbar unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/gender-statistik/erwerbs-taetigkeit/index.html, abgerufen am 6.12.2012.
- Statistisches Bundesamt (2012) *Pressemitteilung Nr. 382/12* vom 6.11.2012, verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/11/PD12_382_225pdf.pdf?__blob=publicationFile, abgerufen am 3.1.2013.
- Steinbach, Dirk/ Linnenschmidt, Katja/ Schüll, Elmar (2011) *Zukunftsstrategien für eine alternsgerechte Arbeitswelt – Trends, Szenarien und Empfehlungen.* Popp, Reinhold (Hg.); Wien, Berlin.
- Tagesschau.de (2012) *Keine Musterschüler, aber auf dem richtigen Weg* (20.11.2012), verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/bundestag-haushalt102.html>, abgerufen am 3.1.2013.
- Tagesschau.de (2013) *Der Arbeitsmarkt braucht Frauen und Zuwande-*

rer (3.1.2013), verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/interviewschneider100.html>, abgerufen am 3.1.2013.

Wernhart, Georg/ Neuwirth, Norbert (2007) *Geschlechterrollenwandel und Familienwerte (1988-2002). Österreich im europäischen Vergleich. Ergebnisse auf Basis des ISSP 1988, 2002*. Working Paper Nr. 54. Hg. vom Österreichischen Institut für Familienforschung der Universität Wien.

Gesundheitsfördernde Führung und Generationenmanagement

Heinrich Geißler

Die Erwerbsbevölkerung schrumpft und wird gleichzeitig immer älter. Damit steht die folgende Frage auf der Tagesordnung: Wie kann ich mit älter werdenden Belegschaften produktiv bleiben und möglichst auch noch deren Renteneintrittsalter erhöhen? Eine wirksame Antwort stellt die Unternehmensführungen, aber auch die Gesundheitsförderung und Prävention vor neue Herausforderungen.

Altern – eine Erfolgsgeschichte, auch wenn der Körper schwächer wird

Wir haben verschiedene Alter, je nachdem, aus welcher Perspektive wir es betrachten. Das einfachste und klarste ist unser kalendarisches Alter, unser Alter gemessen am Geburtstag. Aber bedeutender für unser (Arbeits-) Leben ist das biologische Alter, dessen Bestimmung auch komplizierter ist: Hier spielen Veranlagung, sportliche Aktivitäten und die Arbeitswelt eine ganz wesentliche Rolle. Wissenschaftler gehen davon aus, dass eine Schwankungsbreite von etwa zehn Prozent besteht. Eine untrainierte 50-jährige Person wäre dann biologisch 55 Jahre alt, eine trainierte 60-Jährige dagegen biologisch 54 Jahre, also biologisch ein Jahr jünger und kalendarisch zehn Jahre älter. Aber bleiben wir bei den körperlichen Entwicklungen.

Wenn Sie bereits jenseits der 40 sind, dann könnten Sie es schon bemerkt haben: Manche Dinge fallen einem schwerer als in jungen Jahren. Das betrifft anfangs vor allem das Sehen. Ältere brauchen mehr Licht, eine

größere Schrift und oft auch erstmals eine Brille. Auch das Hören verändert sich. Wir müssen uns mehr anstrengen, wenn mehrere Personen gleichzeitig reden, weil wir weniger Frequenzen hören und unterscheiden können. Langes Stehen und andere Anstrengungen der Muskeln fallen etwas schwerer. Hinzu kommt noch, dass die Sauerstoffaufnahme der Lunge und damit die Leistungsfähigkeit des Herz-Kreislauf-Systems und des Muskelapparats geringer wird. Dabei gibt es beachtliche Unterschiede hinsichtlich sportlicher Aktivitäten, aber auch diese können die Verringerung der Sauerstoffaufnahme der Lunge nicht aufhalten, jedoch immerhin stark beeinflussen: Trainierte 60-Jährige („Active“) sind 20 Jahre jünger als untrainierte 40-Jährige („Passive“). Die unten stehende Grafik zeigt die Entwicklung der maximalen Sauerstoffaufnahmekapazität (VO_2) von „Aktiven“ gegenüber „Passiven“ mit zunehmendem Alter.

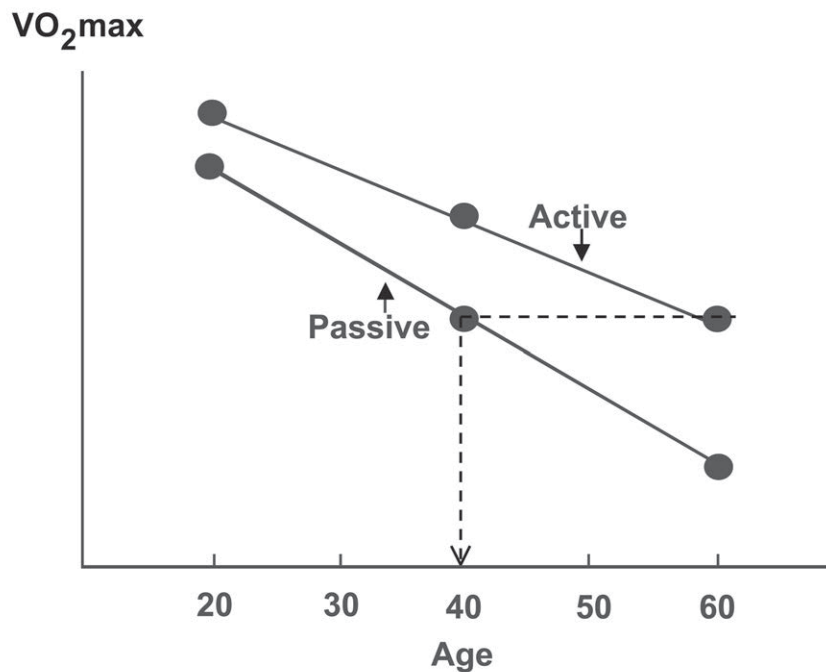


Abb. 1: Körperliche Entwicklungen – Trainingseffekte

Weil der Prozess des Alterns vor allem im körperlichen Bereich das Leben schwerer macht, sollte die Arbeitswelt darauf Rücksicht nehmen, wobei hier den tendenziell unterschiedlichen beruflichen Tätigkeiten und Lebenslagen von Frauen und Männern verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen ist. Wir brauchen

- mehr Licht für das Sehen,
- weniger Umgebungs-Lärm, wenn wir zuhören sollen,
- weniger langes Stehen und entsprechende Sitz-Steh-Hilfen oder Abwechslung von stehenden mit sitzenden Tätigkeiten,
- weniger Nacharbeit, weil wir uns nicht mehr so schnell erholen können,
- weniger anstrengende Tätigkeiten, wie schweres Heben, Tragen oder Ziehen.

Aber das wäre es auch schon. Abgesehen von diesen körperlichen Entwicklungen ist Altern eine Erfolgsgeschichte: Wir werden psychisch – mit Ausnahme des Faktors Zeitdruck – belastbarer, bleiben geistig erfolgreich und werden sozial kompetenter. „Das, was sozialtechnologisch ‚demographische Alterung‘ genannt wird, stellt de facto eine nie dagewesene Verjüngung dar: Ein Großteil derer, die heute 70 Jahre alt sind, ist aktiv, bleibt länger gesund, ist modisch, innovativ und konsumfreudig“ (Böhm/Buchinger 2007, S. 21).

Psychische Herausforderungen oder psychische Belastungen?

Die Veränderungen der Arbeitswelt führen zu neuen Herausforderungen – Stichworte sind „Lebensbegleitendes Lernen“, neue Arbeitsaufgaben oder mehr Abwechslung –, aber auch zu großen Belastungen. Praktisch immer bzw. häufig fühlt sich etwa die Hälfte der über 45-Jährigen durch „Termin- und Leistungsdruck“ belastet, oder es ist notwendig, „verschiedene Arbeiten gleichzeitig“ zu leisten. „Hohe Konzentration“ und „Störungen“ belastet etwa ein Drittel der Beschäftigten. In Produktion, Gesundheitswesen und im Verkehrsbereich arbeitet etwa ein Viertel der über 45-Jährigen praktisch immer bzw. häufig an den „Grenzen der Leistungsfähigkeit“. – Dies sind einige Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung in Deutschland (vgl. BIBB/IAB 1999).

Hinzu kommen noch, so zeigen finnische Studien, Geschlechterunterschiede. Frauen sind öfter „sehr gestresst“ als Männer. Dies führt mit

zunehmendem Alter zu wachsenden Anteilen von Beschäftigten mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit. Diese Anteile sind bei Frauen – je nach Altersgruppe – bis zu 30 Prozent höher als bei Männern: Mehr als die Hälfte der Frauen über 55 Jahren sind in ihrer Arbeitsfähigkeit eingeschränkt, wenn sie sich mindestens einmal wöchentlich sehr gestresst fühlen; bei den Männern über 55 Jahren sind es 42 Prozent (vgl. Gould et al. 2008, S. 101).

Veränderungen der Arbeitswelt

Die aktuellen Veränderungen der Arbeitswelt können unter den folgenden Stichworten zusammengefasst werden und haben vor allem mit Zeitfaktoren zu tun:

- Zunahme von prekären Arbeitszeit- und Beschäftigungsmodellen (z. B. Teilzeitarbeit, Werkverträge statt Anstellungen, befristete Arbeitsverträge, Arbeit auf Abruf).
- Höhere Auslastung der Maschinen durch Wochenend- und Nachtarbeit.
- Dienstleistungen rund um die Uhr durch Callcenter.
- Entkoppelung von Arbeitszeit und Freizeit durch neue Verfügbarkeitsmodelle, wie z. B. Vertrauensarbeitszeit.
- Globalisierung von heimischen Dienstleistungen und Produktion: Druckvorbereitung in Indien, Produktion in China oder Buchhaltung in Russland.
- Pausenlosigkeit: Weniger Pausen und Unterbrechungen und zum Teil längere Arbeitszeiten mit pauschalierten Überstunden.
- Die Arbeitszeit wird verdichtet – mehr Dienstleistungen oder Produkte müssen in derselben Zeit erbracht bzw. produziert werden.

Aber gerade der Zeit- und Termindruck ist für ältere MitarbeiterInnen besonders schwer zu verkraften. Ältere sind zwar gelassener und finden sich in komplizierten Situationen aufgrund ihrer Erfahrungen leichter zurecht, aber die Verarbeitung des Zeitdrucks wird durch körperliche Veränderungen – geringere Kraft, geringere Sauerstoffaufnahme der Lunge, geringere Hör- und Sehleistungen – zunehmend erschwert.

Beschäftigung Älterer: Thema Arbeitsfähigkeit

Voraussetzung für die Beschäftigung Älterer ist ihre Arbeitsfähigkeit. Unternehmen, die die Arbeitsbedingungen und die zeitlichen Rahmenbedingungen nicht an die Möglichkeiten der Älteren anpassen, geraten in Gefahr, kurzfristig Erfahrungswissen zu verlieren, durch Krankheit oder Invalidität. Umgekehrt gilt: Unternehmen, die rechtzeitig die Älteren entsprechend ihren veränderten Fähigkeiten – körperliche Entlastung, neue psychische und soziale Herausforderungen – einsetzen, werden wettbewerbsfähiger.

Mit dem Alter wachsen die Unterschiede

Die folgende Darstellung zeigt die subjektiven Einschätzungen der eigenen Arbeitsfähigkeit von 729 Personen unterschiedlichen Alters, gemessen mit dem Instrument des Arbeitsbewältigungs-Index („ABI“). Dieser von finnischen Arbeitswissenschaftlern um Juhani Ilmarinen entwickelte Work Ability Index („WAI“) ist ein Instrument zur Selbstdiagnose, wobei mittels eines standardisierten Fragebogens ArbeitnehmerInnen Angaben zu ihrem Gesundheitszustand und zu ihrer aktuell selbst eingeschätzten Arbeitsfähigkeit geben können. Grafik 2 lässt erkennen, dass jüngere Beschäftigte der

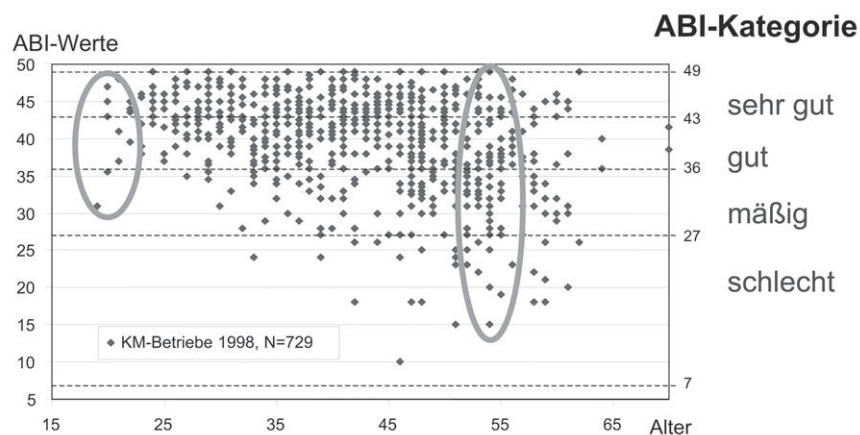


Abb. 2: Mit zunehmendem Alter wachsen die individuellen Unterschiede

kleinen und mittleren Unternehmen ihre Arbeitsbewältigungsfähigkeit tendenziell besser einschätzen als ältere Beschäftigte, dass jedoch die Streuung

der ermittelten ABI-Werte mit zunehmendem Alter breiter wird. Es zeigt sich allerdings auch, dass viele Ältere über 50 Jahre ihre Arbeitsfähigkeit und ihren Gesundheitszustand noch gleich gut oder sogar besser einschätzen als beispielsweise 20-jährige KollegInnen (Ilmarinen 2006).

„Mitalternde Arbeitsverträge“

Was bedeuten nun diese wachsenden Unterschiede praktisch für die Personal- und Organisationsentwicklung?

Aufgrund der wachsenden Unterschiede in der Arbeitsfähigkeit ist eine individuelle Optimierung der Arbeitsbedingungen erforderlich. Man könnte es auch anders formulieren: Gleichbehandlung ist Diskriminierung, nämlich dann, wenn von allen – trotz unterschiedlicher Möglichkeiten – das Gleiche verlangt wird. Eigentlich sollte es so etwas geben wie „mitalternde Arbeitsverträge“: Im Laufe des Lebens ändern sich die – tendenziell je nach Geschlecht unterschiedlichen – Bedürfnisse und Möglichkeiten der Beteiligung am Arbeitsleben und damit die Erwartungen. Mitalternde und geschlechtergerechte Arbeitsverträge können dem Erwartungsaustausch dienen und Enttäuschungen, innerer Kündigung oder anderen Formen der Demotivation vorbeugen.

Längsschnittstudien über 20 Jahre zeigen, dass ganzheitliche Förderansätze – Verhaltensprävention, Verhältnisprävention und die Weiterbildung von Führungskräften bezüglich „Alter, Arbeit & Gesundheit“ – die Arbeitsbewältigungsfähigkeit trotz Älterwerden sogar noch verbessern können. Der bedeutendste Faktor für die Verbesserung der Arbeitsbewältigungsfähigkeit ist die Anerkennung durch Vorgesetzte (vgl. Ilmarinen/Tempel 2002). Wie die unten stehende Grafik zeigt, erhöht sich die Arbeitsbewältigungsfähigkeit bei mehr Anerkennung durch Vorgesetzte um das 3,6-Fache, bei weniger Fließbandarbeit nur um das 2,1-Fache (siehe Abb. 3).

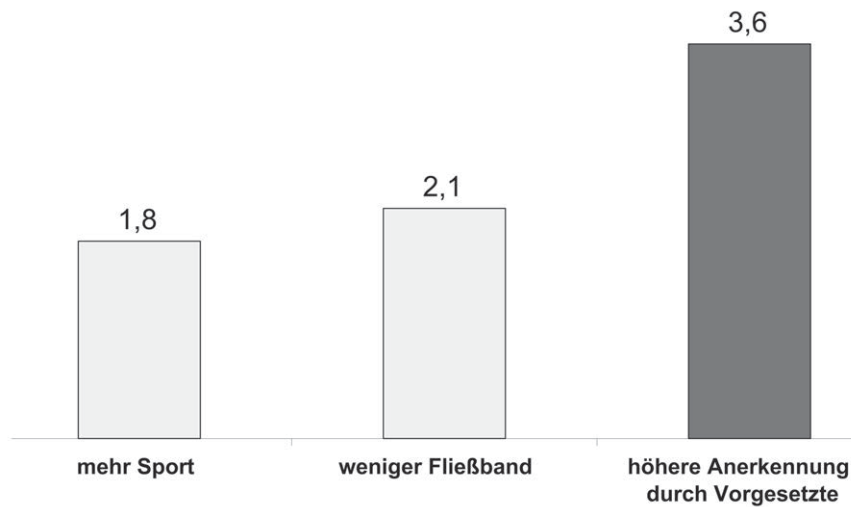


Abb. 3: Wahrscheinlichkeit besserer Arbeitsbewältigungs-Fähigkeit (11 Jahre Follow-up)

Deshalb wurden Dialogwerkzeuge für verschiedene betriebliche Akteure entwickelt. Diese sind:

- der Anerkennende Erfahrungsaustausch (vgl. Geißler et al. 2007),
- altersgerechte Berufsverläufe für Personal-Abteilungen (OE/PE),
- Arbeitsbewältigungs-Coaching für ArbeitsmedizinerInnen, ArbeitspsychologInnen und andere datenschutzverpflichtete präventiv Tätige.

Diese Dialogwerkzeuge werden im Folgenden vorgestellt.

Von den Anwesenden lernen: Der Anerkennende Erfahrungsaustausch

Schenken Sie denjenigen, die (fast) immer zur Arbeit erscheinen, besondere Aufmerksamkeit? Sprechen Sie mit diesen auffällig Anwesenden systematisch? Kennen Sie die (ungeschriebenen) psychologischen Arbeitsverträge Ihrer MitarbeiterInnen? Können Sie veränderte Erwartungen Ihrer MitarbeiterInnen zeitnah und produktiv bearbeiten? Kennen Sie die Stärken Ihres Unternehmens aus Sicht der Arbeitsfähigen?

Ein Szenario der üblichen Art: Fast alle MitarbeiterInnen sind anwesend und niemand sieht sie. – Das ist eine übliche Sicht auf Belegschaften in Unternehmen. Gesehen wird, wer nicht anwesend ist.

Der Fokus auf den Fehlzeiten belebt den Beratungsmarkt mit vielfältigen Instrumenten, entsprechenden Ausbildungen und Trainings und noch mehr Versprechungen. Allein, der Fehlzeitenfokus führt leicht in die Fehlzeitenfalle. Die kleine Minderheit der Abwesenden im Blick, werden diejenigen geflissentlich übersehen, die eigentlich am sichtbarsten sind: die Anwesenden. Aber gerade von denen wäre zu lernen, vor allem:

- Warum sind sie (fast) immer anwesend?
- Wie und warum kommen sie mit gesundheitlichen Belastungen meist besser zurecht?
- Welche Stärken sehen sie in ihrem Unternehmen und in ihren Arbeitsbedingungen?
- Welche Sinnbeziehungen haben sie zu ihrer Tätigkeit?
- Was kann krank machen, welche Schwächen im Unternehmen sehen die Anwesenden?
- Was würden die Anwesenden als Erstes verbessern wollen, wenn sie Managementverantwortung hätten?

Ein gesünderes Szenario: Fast alle MitarbeiterInnen sind da. Sie werden gesehen, anerkannt, und mit allen wird geredet. – So könnte es sein, wenn Anerkennender Erfahrungsaustausch im Rahmen einer umfassenden Gesprächsstrategie „Gesunde Dialoge“ praktiziert wird. – Das lenkt den Blick weg von der mangelnden Produktivität der Abwesenden, hin zur Produktivität der Anwesenden, insbesondere der Arbeitsfähigen, die (fast) immer zur Arbeit erscheinen.

Die Arbeitsfähigen – eine unerkannte Wirtschaftskraft

Die EntwicklerInnen des Anerkennenden Erfahrungsaustauschs stellen dazu vier Thesen auf, die aus unseren Beratungs-Erfahrungen abgeleitet sind:

- Führungskräfte kennen ihre Abwesenden besser als ihre Anwesenden.
- Personalakten enthalten zu wenig Informationen über Stärken der MitarbeiterInnen, insbesondere über Stärken, die über die unmittelbaren Arbeitsaufgaben bzw. Tätigkeitsfelder hinausgehen.
- Gespräche mit MitarbeiterInnen konzentrieren sich vor allem auf die Schwächen der MitarbeiterInnen und die Schwächen des Unternehmens. Die Stärken des Unternehmens werden meist nicht in systematischer Weise erhoben.
- Führungskräfte führen gerne (auch) positive Gespräche. Ihren Arbeitsall-

tag dominieren bislang problembezogene Gespräche. Diese werden ausführlich trainiert (z. B. Beurteilungsgespräche oder Fehlzeiten- und/oder Rückkehrgespräche).

MitarbeiterInnen als interne BeraterInnen

Wir plädieren für eine „ergänzende“ Mehrheitsorientierung: Raus aus der Fehlzeitenfalle, hin zu einer Orientierung über die Fehlzeiten hinaus. Hin zu einer Strategie, die das Selbst-Verständnis des Unternehmens erhöht, weil die operative Führung das Ohr an den LeistungsträgerInnen hat, die verlässlich Auskunft über Stärken des Unternehmens und Ressourcen in der Arbeit geben können.

Führungskräfte können Gesundheit, Wohlbefinden und Arbeitsfähigkeit ihrer Beschäftigten nachhaltig fördern: Durch den Aufbau und die Pflege wertschätzender, anerkennender Beziehungen im systematischen Anerkennenden Erfahrungsaustausch – im Gegensatz zu gelegentlichen Belobigungen und immer wieder einmal einem „Schulterklopfen“.

„Aber was bedeutet das praktisch, im Betriebsalltag? Wie machen das Führungskräfte?“ Mit der Konzeptionierung der Gesunden Dialoge sollten diese Fragen beantwortet werden. „Wer fragt, der/die führt“ ist der Grundsatz, nach dem Führungskräfte systematisch und strukturiert anerkennende Dialoge mit ihren Beschäftigten führen. Im Anerkennenden Erfahrungsaustausch, dem Dialog mit den Mehrheiten, haben die Arbeitsfähigen die Rolle der internen Beraterinnen und Berater der Führungskräfte zu den Themen Arbeit, Arbeitsfähigkeit, Arbeit bis zum gesetzlichen Pensions-/Rentenalter, Gesundheit und Wohlbefinden: Das zu erwartende Ergebnis ist eine höhere Wettbewerbsfähigkeit durch Nutzung der Ressourcen und die Beseitigung von Produktivitäts-Hemmnissen, die niemand besser kennt als die ExpertInnen vor Ort: die (meist) anwesenden MitarbeiterInnen.

Alternsgerechte Berufsverläufe

Strategien zur aktiven Erhaltung und Förderung der Arbeitsbewältigungsfähigkeit bis ins höhere Berufsalter lassen sich in betrieblichen Aktionsträngen zusammenfassen. Sie beinhalten

- eine *alters- oder kapazitätsgerechte Arbeits(platz)gestaltung*, die („barrierefreies“) Arbeiten auch mit gewandelter Arbeitskapazität ermöglicht,

und

- eine *alterns-* und *geschlechtergerechte Organisation horizontaler Berufsverläufe*, die systematisch Belastungswechsel zur Erhaltung der Arbeitsbewältigungsfähigkeit und der Gesundheit von Frauen und Männern über das gesamte Berufsleben hinweg bietet und ermöglicht.

Weitere Säulen sind

- eine *gesundheits- und alternssensible (Betriebs- und Personal-)Führung*, die einerseits erforderliche Entscheidungen im Hinblick auf alter(n)sgerechte Programme und betriebliche Gesundheitsförderung trifft und andererseits selbst ein offenes Ohr für die individuellen Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat. Die Genderkompetenz ist hierfür eine wesentliche Voraussetzung.
- Akzeptanz von Seiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bezug darauf, einerseits selbst *persönlichen Gesundheitsschutz* zu betreiben und andererseits die *Angebote der betrieblichen Gesundheitsförderung und des Gesundheitsschutzes* wahrzunehmen.

Im Betriebsalltag wird es sich oftmals um parallele Ansätze für aktives Altern in der Arbeit handeln.

Ein Vorteil des Modells der „alternsgerechten Berufsverläufe“ liegt in der kompensatorischen Handlungsalternative, wenn bestimmte Arbeitsbereiche trotz ergonomischer Maßnahmen körperlich oder seelisch beanspruchend bleiben und nur zeitlich begrenzt gesundheitsgerecht bewältigt werden können.

Morschhäuser (1999) fasst die wesentlichen alterskritischen Arbeitsanforderungen wie folgt zusammen:

- *Körperlich anstrengende Arbeiten*: Heben und Tragen von Lasten, Zwangshaltungen, einseitige belastende Tätigkeiten, kurzzyklische Tätigkeiten;
- *Arbeitsumgebungsbelastungen*: Hitze, Lärm, schlechte Beleuchtungsverhältnisse;
- *hohe/starre Leistungsvorgaben*: taktgebundene Arbeit, Zeitdruck;
- *Schicht- und Nachtarbeit*: Arbeitsrhythmus gegen die „innere Uhr“, soziale Beeinträchtigungen;
- *hohe psychische Belastungen*: Daueraufmerksamkeit, Stress.

Treten diese Merkmale systematisch, ggf. kombiniert und über längere Zeit bei Arbeiten auf, gilt – sofern die Risikofaktoren nicht verändert werden

können – für die Ausübung dieser Tätigkeiten aus gesundheits- und arbeitswissenschaftlicher Sicht eine „*begrenzte Tätigkeitsdauer*“ (Behrens, S. 2001).

Die negativen Folgen eines nicht ausreichenden Präventionsansatzes in Arbeitsbereichen mit alterskritischen Tätigkeiten und damit „begrenzter Tätigkeitsdauer“ lassen sich anhand der Ergebnisse der Studie „Schwerarbeit – Schwerpunkt Bau“ (Krenn/Vogt 2004) nachvollziehen:

- Dauernd hohe Arbeitsbelastungen führen zu hohen Invaliditätsraten: z. B. erfolgen 60 Prozent der Pensionszugänge im Bau aus Gesundheitsgründen.
- Die Mortalitätsrate männlicher Arbeiter mit Invaliditätspension ist bei 66- bis 70-Jährigen um 70 Prozent höher als bei Alterspensionisten.
- Später Berufswechsel erst in höherem Berufsalter (50+) führt heute zu einem höherem Langzeitarbeitslosigkeitsrisiko.

Zu alterskritischen Tätigkeiten, die ggf. aufgrund betrieblicher Prozesse nicht ersetzt werden können, zählen etwa Wechsel- und Nachtschicht-Arbeit, Arbeiten in schwierigen Körperhaltungen (z. B. bei der Instandhaltung), Hitze- und Kältearbeiten oder schweres Arbeiten im Freien (z. B. Dachdecken), aber auch spezifische emotionale Dienstleistungsarbeiten (Pflege, Sicherheitsdienst) u.a.m.

Präventionsziele des Modells der „*Alternsgerechten Berufsverläufe*“ im Sinne dieser Überlegungen sind:

- Vorbeugung von Gesundheitsgefährdungen durch Belastungswechsel im Rahmen des Berufslebens,
- Gesundheitsförderung durch betriebliche und überbetriebliche Entwicklungsperspektiven,
- Verhütung alterstypischer Arbeitsbewältigungs-Schwierigkeiten aufgrund von geringeren körperlichen Kapazitäten und Beschäftigungsproblemen im Betrieb und am Arbeitsmarkt.

Der Lösungsansatz „*Alternsgerechte Berufsverläufe*“ geht konform mit der Empfehlung der Europäischen Kommission nach einem „*[...] präventiven, auf Mobilisierung des gesamten Potenzials aller Altersgruppen in einem Lebenszyklusperspektive basierenden Ansatz*“ (Europäische Kommission 2004, S. 4), um durch betriebliche Laufbahngestaltung und Weiterbildung Alternativen zur „*Schwerarbeits-Sackgasse*“ zu eröffnen.

Zusammenfassend verstehen wir unter dem Modell „Alternsgerechte Berufsverläufe“ eine *systematische Laufbahnplanung*

- zum *betrieblichen* (flexibel qualifizierte MitarbeiterInnen) und *persönlichen Wohle* (Erhaltung der Arbeitsbewältigungsfähigkeit und Gesundheitsförderung durch Persönlichkeitsentwicklung),
- unter geschlechtergerechter Berücksichtigung *alterstypischer* Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit und *Stärken*,
- vorrangig durch *horizontale oder diagonale* Berufsverläufe.

Das Beratungswerkzeug „Arbeitsbewältigungs-Coaching®“ (ab-c)¹

Das Instrument zur bedarfsgerechten Analyse und Planung von Gestaltungsmaßnahmen zur Förderung der Arbeitsbewältigungsfähigkeit ist das „Arbeitsbewältigungs-Coaching®“ (ab-c). „Das Individuum stärken und die betriebliche Zukunft sichern“ – so könnte man die Ziele von ab-c zusammenfassen.

Die Beschäftigten sind ExpertInnen in eigener Sache und für ihre Arbeit. Sie können ihre eigene Kompetenz und Gesundheit ebenso gut einschätzen wie die Arbeitsbedingungen. Sie haben in aller Regel gute Vorschläge, wie die Arbeit gut gestaltet werden kann. Und sie sind selbst verantwortlich für ihr Handeln.

Im Rahmen eines geförderten Projektes wurde das Beratungswerkzeug entwickelt und wird in verschiedenen weiteren Projekten in Deutschland, in der Schweiz und in Österreich seit 2006 eingesetzt und weiterentwickelt.² Die Prozessberatung mit dem Arbeitsbewältigungs-Coaching wird nur von ausgebildeten BeraterInnen durchgeführt, die zur Verschwiegenheit ver-

¹ Die Grundlagen für das Beratungswerkzeug wurden im Rahmen eines BMBF-Projekts zur zukunftsfähigen Arbeitsforschung entwickelt. Der Verfasser ist Stellvertretender Vorsitzender des Vereins Arbeit und Zukunft e. V. mit Sitz in Hamburg, der dieses Arbeitsbewältigungs-Coaching® anbietet. Siehe: Arbeit und Zukunft e. V. 2006. www.ab-c.eu. Das ab-c Konzept basiert auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen und überprüften Praxiserfahrungen zum Arbeitsbewältigungs-Konzept und zum Messverfahren des Arbeitsbewältigungs-Index.

² Siehe unter anderem: Geißler-Gruber et al. 2007 und Arbeitsleben 2008.

pflichtet sind.³ Eine ausführliche Beschreibung des Beratungswerkzeugs ist als Bericht der Initiative Neue Qualität der Arbeit veröffentlicht.⁴

Das Arbeitsbewältigungs-Coaching[®] ist besonders gut geeignet für Klein- und Mittelbetriebe; es ist in allen Branchen einsetzbar und ermöglicht ein geschlechtergerechtes Vorgehen. Ziel des Einsatzes ist es, Beschäftigte und Unternehmen in ihrer Selbstbeobachtungs- und Selbstmanagement-Kompetenz zu unterstützen und sowohl auf individueller als auch auf betrieblicher Ebene zu Gestaltungs- und Veränderungsmaßnahmen zu gelangen. Im Mittelpunkt des ab-c steht das Modell zur Förderung der Arbeitsfähigkeit und damit zur Entwicklung von bedarfsgerechten individuellen und betrieblichen Maßnahmen. Die wichtigsten Gestaltungsbereiche sind:

Für die Person	Für den Betrieb
<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheit • Betriebsklima und Arbeitsorganisation • Kompetenz • Arbeitsbedingungen, Belastungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitsförderung • Führung und Unternehmenskultur • Personalentwicklung • (ergonomische, zeitliche etc.) Arbeitsgestaltung

Tabelle 1: Der Beratungsprozess mit dem Arbeitsbewältigungs-Coaching

Für den Einsatz im Betrieb erfolgen zunächst Absprachen mit der Geschäftsführung, der Belegschaftsvertretung und – soweit vorhanden – Fachleuten aus den Bereichen Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin. Dafür bietet sich die Einrichtung eines Projektsteuerkreises an. Vereinbart werden u. a. die Zielausrichtung auf eine Maßnahmenumsetzung, die Art und Reichweite der Beschäftigten-Information, der zeitliche Ablauf und Regelungen zum Datenschutz.

³ Mittlerweile gibt es im deutschsprachigen Raum mehr als 550 Beraterinnen und Berater aus den Bereichen Gesundheitsförderung, Arbeitsmedizin, Organisations- und Personalentwicklung, Demographieberatung u. Ä., die für die Anwendung des Instruments qualifiziert sind. Voraussetzungen für die Teilnahme, Anmeldung und Informationen: <http://www.arbeitsbewaeltigungscoaching.net>.

⁴ Initiative Neue Qualität der Arbeit 2009.

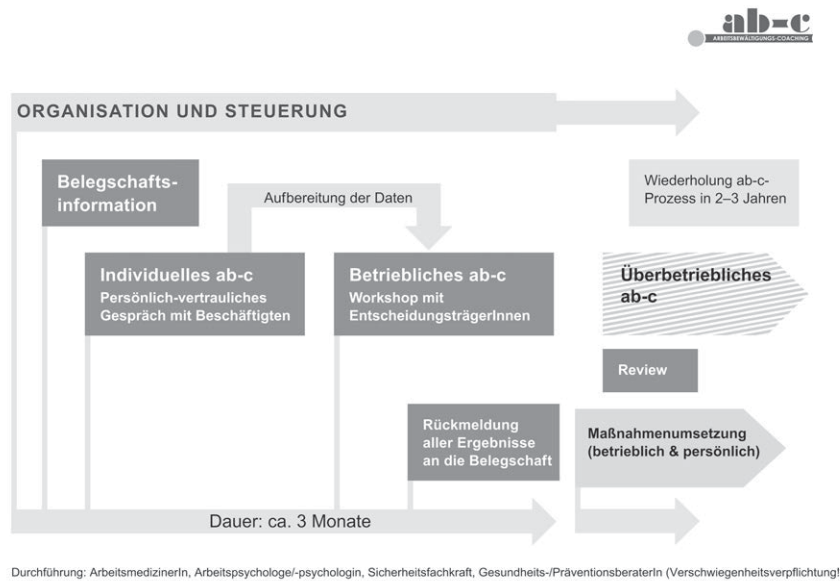


Abb. 4: Beratungsprozess – Arbeitsbewältigungs-Coaching im Betrieb

Das Arbeitsbewältigungs-Coaching ist im Kern ein zweistufiger Entwicklungsprozess. Dabei stellt die Analysephase zugleich schon einen Eingriff (eine Intervention) in das betriebliche Gefüge dar – dies insofern, als externe BeraterInnen Gespräche über Bedingungen der Arbeit führen und alle Beschäftigten sich beteiligen können.

Die Kernbausteine des Beratungsprozesses sind:

- Das persönlich-vertrauliche Arbeitsbewältigungs-Gespräch zur Entwicklung von individuellen Fördermaßnahmen.
- Die anonymisierte Auswertung der individuellen Coaching-Gespräche und der darauf aufbauende Arbeitsbewältigungs-Workshop zur Entwicklung von betrieblichen Fördermaßnahmen.

Statt einer Zusammenfassung

Die demographischen Herausforderungen sind bekannt. Ebenso Messinstrumente und Werkzeuge für wirksames Generationen-Management im Betrieb. Nur die Politik ignoriert die finnischen Erfahrungen: „Zuerst das

Gute machen“, so Prof. Ilmarinen, also die Arbeitswelt alter(n)sgerecht umbauen, und dann das „Schlechtere“, die Erhöhung des Pensionsalters. Bei uns läuft es umgekehrt, und damit sind die betrieblichen Interventionen für eine alter(n)sgerechte Arbeitswelt besonders wichtig.

Literatur

- Arbeit und Zukunft e. V. (Hg.) (2006) *Dialoge verändern. Partizipative Arbeitsgestaltung – Voraussetzungen, Methoden und Erfahrungen für eine zukunftsfähige Arbeitsforschung*. Köln.
- Arbeitsleben KG (2008) *Zwischenbericht. Arbeitsbewältigung in der ambulanten Pflege. PIZA II – Ergebnisse 2007*. In: MASGFF (Hg.) *Berichte aus der Pflege*, Heft Nr. 8. Mainz.
- Behrens, Johann (2001) *Arbeits- und Laufbahngestaltung zur Bewältigung begrenzter Tätigkeitsdauer im Generationenaustausch*. In: Buck, Hartmut/ Schletz, Alexander (Hg.) *Wege aus dem demographischen Dilemma durch Sensibilisierung, Beratung und Gestaltung*. Broschürenreihe Demographie und Erwerbsarbeit, Stuttgart.
- Böhm, Renate/ Buchinger, Birgit (2007) *Mythen von Arbeit und Altern*. Wien
- Europäische Kommission (2004) *Anhebung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitskräfte und des Erwerbsaustrittsalters*. KOM 2004, 146 endgültig, verfügbar unter: eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2004:0146:FIN:DE:PDF, abgerufen am 1.6.2011.
- Frevel, Alexander (1997) *Partizipation beim lebenslangen Lernen. Ein Fallbeispiel für alter(n)s-gerechte Personalentwicklung und Arbeitsgestaltung*. In: *Logistik + Arbeit*, 9-10, 30-33.
- Gould, Raija/ Ilmarinen, Juhani/ Järvisalo, Jorma/ Koskinen, Seppo (2008) *Dimensions of Work Ability. Results of the Health 2000 Survey*. Helsinki.
- Geißler, Heinrich/ Bökenheide, Torsten/ Schlünkes, Holger/ Geißler-Gruber, Brigitta (2007) *Faktor Anerkennung. Betriebliche Erfahrungen mit wertschätzenden Dialogen. Das Praxisbuch*. Frankfurt a. M., New York.
- Geißler-Gruber, Brigitta/ Geißler, Heinrich/ Frevel, Alexander (2007) *Die Dinge in die eigene Hand nehmen! Arbeitsbewältigungs-Coaching als Antwort auf veränderte Bedürfnisse und Arbeitswelten*. In: *Why WAI? Der Work Ability Index im Einsatz für Arbeitsfähigkeit und Prävention. Erfahrungsberichte aus der Praxis*. Hg. von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Berlin, 101-107.

- Ilmarinen, Juhani (2006) *Towards a Longer Worklife! Ageing and the Quality of Work in the European Union*. Finnish Institute of Occupational Health, Ministry of Social Affairs and Health, Helsinki. Helsinki, 132-148.
- Ilmarinen, Juhani/ Tempel, Jürgen (2002) *Arbeitsfähigkeit 2010. Was können wir tun, damit Sie gesund bleiben?* Hg. von Marianne Giesert im Auftrag des DGB-Bildungswerks e. V., Hamburg.
- Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) (Hg.) (2009) *Arbeitsbewältigungs-Coaching®: Das Individuum stärken, die betriebliche Zukunft sichern!* Text von Brigitta Gruber und Alexander Frevel. Bericht Nr. 38. Dortmund, Berlin 2009.
- Krenn, Manfred/ Vogt, Marion (FORBA) (2004) *Ältere Arbeitskräfte in belastungsintensiven Tätigkeitsbereichen: Probleme und Gestaltungsansätze*. Wien.
- Morschhäuser, Martina (1999) *Grundzüge altersgerechter Arbeitsgestaltung*. In: Gussone, Max/ Huber, Achim/ Morschhäuser, Martina/ Petrenz, Johannes (HgInnen) *Ältere Arbeitnehmer. Altern und Erwerbsarbeit in rechtlicher, arbeits- und sozialwissenschaftlicher Sicht*. Handbücher für die Unternehmenspraxis. Frankfurt a. M., 101-185.

Kurzbiographien der AutorInnen

Christopher Coenen, Dipl.-Pol., wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), forscht vor allem zu gesellschaftlichen, ethischen, politischen und kulturellen Aspekten neuer oder in Entstehung befindlicher naturwissenschaftlich-technischer Felder (z. B. Nano- und Neurotechnologien und Synthetische Biologie). Ausgewählte Publikationen: „Die Debatte über Human Enhancement“ (2010; Mitherausgeber); „Visions and Ethics in Current Discourse on Human Enhancement“, in: *Nanoethics* 6(2012)3 (Koautor).

Franz Fischler, Dipl.-Ing. Dr., Studium der Landwirtschaft an der Universität für Bodenkultur, Wien, 1989-1994: Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, 1995-1999: Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, 1999-2004: zusätzlich zuständig für Fischerei, seit 2005 Geschäftsführer der Franz Fischler Consult GmbH, Chairman der RISE Foundation, Brüssel, Berater zahlreicher Regierungen und der OECD, umfangreiche Vortragstätigkeit im In- und Ausland, Vorsitzender der Raiffeisen Klimaschutz-Initiative, Präsident des Europäischen Forum Alpbach.

Ulrike Garstenauer, Mag.^a, Studium der Politikwissenschaft. Seit 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin, Projektkoordinatorin und Lektorin am Zentrum für Zukunftsstudien der Fachhochschule Salzburg GmbH. Schwerpunktbereiche: Sozial- und Gesundheitspolitik, Gender Mainstreaming, Gleichstellung und Diversity sowie Evaluationsforschung.

Heinrich Geißler, Prof. Dr., ist seit 1991 selbstständiger Berater für Betriebliche Gesundheitsförderung mit den Schwerpunkten „Gesundheitsfördernde Führung“ und „Generationen-Management“. Darüber hinaus war und ist er an verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen in

Österreich, Deutschland und der Schweiz lehrend tätig. Siehe www.bf-geissler.com und www.ZukunftGesundheit.net.

Robert Pfaller, Univ.-Prof. Dr., ist Professor für Philosophie an der Universität für angewandte Kunst in Wien. 2007 ausgezeichnet mit dem Preis „The Missing Link“ des Psychoanalytischen Seminars Zürich. Veröffentlichungen u. a.: „Zweite Welten. Und andere Lebenselixiere“ (Frankfurt/M.: Fischer, 2012); „Wofür es sich zu leben lohnt. Elemente materialistischer Philosophie“ (Frankfurt/M.: Fischer, 2011); „Das schmutzige Heilige und die reine Vernunft. Symptome der Gegenwarts-kultur“ (Frankfurt/M.: Fischer, 2008); Hg. gem. m. Beate Hofstadler: „Hätten Sie mal Feuer? Intellektualismus, Begehren und Tabakkultur“ (Wien: Löcker, 2012).

Reinhold Popp, Univ.-Prof. Dr., ist einer der wenigen Hochschullehrer im deutschsprachigen Raum, die sich systematisch mit Zukunftsforschung befassen. Er ist Wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Zukunftsstudien in Salzburg, Koordinator eines zukunftsorientierten Doktoratsstudiums an der Universität Innsbruck, Dozent und Beiratsmitglied des Master-Studiengangs für Zukunftsforschung an der Freien Universität Berlin, Kooperationspartner der Stiftung für Zukunftsfragen, Hamburg, Mitherausgeber der wissenschaftlichen Fachzeitschrift „European Journal of Futures Research“ (Springer-Verlag), Berater von Politik und Wirtschaft sowie Autor bzw. Herausgeber einer Vielzahl von Publikationen. Weit über die Welt der Wissenschaft hinaus ist Univ.-Prof. Dr. Reinhold Popp durch Vorträge, Interviews, Kolumnen und Kommentare in Presse, Rundfunk und Fernsehen einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

Ulrich Reinhardt, FH-Prof. Dr., ist Wissenschaftlicher Leiter der „Stiftung für Zukunftsfragen – eine Initiative von British American Tobacco“, Hamburg. Studium der Erziehungswissenschaft und Psychologie an der Universität Hamburg. Ab 2007 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der BAT-Stiftung; seit 2011 dessen Wissenschaftlicher Leiter. Forschungsschwerpunkte: Gesellschaftlicher Wandel, Freizeit-, Konsum- und Tourismusverhalten sowie die Europaforschung. Autor zahlreicher Publikationen; Professor am Zentrum für Zukunftsstudien der Fachhochschule Salzburg, mit dem er seine Forschung eng koordiniert. Mitglied der World Future Society und des Bayreuther Zukunftsforums,

Member of the Advisory Board der EFCL sowie Mitglied des Landeskuratoriums Hamburg/Schleswig-Holstein des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Petra Schaper-Rinkel, Dr., Studium der Politikwissenschaft, Publizistik und Germanistik an der Freien Universität Berlin. Senior Scientist am AIT – Austrian Institute of Technology in Wien. Forschungsschwerpunkte: Theorien, Praxen und Methoden zur Antizipation von Zukunft; Politikwissenschaftliche Technikforschung; Governance von Zukunftstechnologien.

Cornelia Schweppe, Univ.-Prof., Dr. phil. habil., Studium der Erziehungswissenschaft, Social Work und Psychologie in Berlin, Chicago und Montpellier (Frankreich). Universitätsprofessorin für Sozialpädagogik an der Universität Mainz (Deutschland). Sprecherin des DFG-Graduiertenkollegs und des internationalen Forschungsclusters „Transnationale Soziale Unterstützung“. Arbeitsschwerpunkte: Transnationalität und Internationalität in der Sozialen Arbeit, Alter(n)s- und Altenhilfeforschung, Professionalisierung der Sozialen Arbeit, Generationenforschung, Migration, Armut, qualitative Sozialforschung.

Susanne Tatje, Dipl.-Soz., bisherige Tätigkeitsfelder u. a.: Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt der Universität Bielefeld zur einphasigen Juristenausbildung; Referatsleiterin für Grundsatzfragen im Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf; seit 2004 Demographiebeauftragte und seit 2011 Leiterin des Amtes für Demographie und Statistik der Stadt Bielefeld im Dezernat des Oberbürgermeisters; Mitglied der Steuerungsgruppe „Demographischer Wandel“ der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt). Diverse Veröffentlichungen zum Thema Demographischer Wandel.